

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS

INTERNATIONALE REVUE

HERAUSGEgeben von PROFESSOR DR. R.
BRODA:PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR:HERMANN BECK:BERLIN UND
ERICH LILIENTHAL:BERLIN+VER-
LEGT BEI GEORG REIMER:BERLIN:W35

JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK

AUSGEGEHEN ANF: MAI 1912
5. JAHR 5. HEFT



INHALT:

DIESES HEFT IST VORNEHMlich PROBLEMEN DER ARBEITER-BEWEGUNG GEWIDMET.

NACHDRUCK MIT AUSNAHME DER DURCH EINEN VERMERK GEKENNZEICHNETEN ARTIKEL MIT QUELLENANGABE GESTATTET.

ALLE MANUSKRIPTE SIND AN DIE DEUTSCHE REDAKTION, BERLIN-WILMERSDORF, PRINZREGENTENSTR. 115/116 ZU RICHTEN.
UNVERLANGTE MANUSKRIFTSENDUNGEN WERDEN NUR ZURÜCK-
GESANDT, WENN IHNEN RÜCKPORTO BEILIEGT.

ENGELBERT PERNERSTORFER, Vizepräsident des österreichischen Reichsrats, Wien: Über Kulturaufgaben der Arbeiterschaft in Österreich	315
GEORG SCHMIEDL, Wien: Die Wandlungen in der Lebensführung der Arbeiterschaft	322
ROBERT BREUER, Berlin: Die Anfänge der proletarischen Wohnkultur in Deutschland	326
WALTER ASSMUS, Berlin: Das Buch und die Masse.....	330
Prof. Dr. GEORGES BLONDEL, Paris: Neue Entwicklungen in der französischen Gewerkschaftsbewegung	334
Dr. OTTO MICHALKE, Charlottenburg: Die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung in Deutschland.....	339
Dr. GEORG JAHN, Leipzig: Der Gewerkschaftsgedanke unter den Privatangestellten	343
ERIK SJÖSTRAND, Stockholm: Die kollektiven Arbeitsverträge in Schweden	346
MARGARETHE VON GOTTBORG, Stuttgart: Ein Vergleich der staatlichen Gewerbeaufsicht in Europa	349
Die Arbeitslosenversicherung in Belgien.....	352
Chronik	353
RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:	
Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Der englische Bergarbeiterstreik	361
ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG:	
ALBERT SAUZÈDE, Sommières: Ein neues Bergwerksgesetz in Frankreich	365
POLITISCHE ENTWICKLUNG:	
EDUARD BERNSTEIN, Mitglied des Reichstages, Berlin: Wie ist eine Kooperation der Parteien der Linken im deutschen Reichstag möglich?.....	366
Chronik	372
SOZIALE ENTWICKLUNG:	
Dr. WERNER HEGEMANN, Berlin: Demokratie oder Diktatur für Groß-Berlin?.....	372
RENÉ SIMON, Kabinetschef im französischen Arbeitsministerium, Paris: Wechselseitige Unterstützungsvereine in Frankreich.....	378
NEUE LITERARISCHE TENDENZEN:	
HERMANN KROEPELIN: Über Walther Rathenaus: „Mechanisierung“ ...	380
Chronik.....	382

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

ENGELBERT PERNERSTORFER, VIZEPRÄSIDENT DES ÖSTERREICHISCHEN REICHSRATS, WIEN: ÜBER KULTURAUFGABEN DER ARBEITER- SCHAFT IN ÖSTERREICH.



OR der verfassungsmäßigen Gesetzgebung der Jahre 1867 und 68 gibt es in Österreich keine Arbeiterbewegung. Aber kaum ist das Vereins- und Versammlungsgesetz in Kraft getreten, so röhrt sich auch schon die Schicht der gewerblichen und industriellen Arbeiterschaft. Bewußtsein und Bedürfnis des organischen Zusammenhangs und öffentlicher Betätigung war also schon vorhanden. Kaum waren die Fesseln gelockert, als auch der Organisationsgedanke sich mächtig zu betätigen begann. Das neue Leben äußerte sich in doppelten Formen. Der Streit, der damals die deutsche Arbeiterschaft im Reiche leidenschaftlich bewegte, begann auch in Österreich. Er drehte sich um die Namen Schultze-Delitzsch und Lassalle. Große Versammlungen in Wien beschäftigten sich mit den Fragen der Selbst- und der Staatshilfe. Bedeutsamer als diese Frage war aber das Bewußtsein der Notwendigkeit eines straffen Zusammenschlusses der Arbeiterklasse. Das konnte nur in der organisatorisch einzig möglichen Form von Vereinigungen sein. So entstanden allüberall, wo es größere Arbeitermassen gab, Arbeiterbildungsvereine. Am Anfang der österreichischen Arbeiterbewegung steht also das Streben nach Wissen und Bildung. Es ist wichtig, dies hervorzuheben, weil nirgends sonst diese Form der Organisation so stark und dauernd gewirkt hat wie in Österreich.

Auch im Deutschen Reiche hatten Arbeiter- und Handwerkervereine sich mit Bildungsfragen beschäftigt. Sie veranstalteten häufig genug sogenannte volkstümlich-wissenschaftliche Vorträge. Einmal über einen naturwissenschaftlichen, ein andermal über einen geschichtlichen, ein drittes Mal über einen literarischen Gegenstand. Alles das, wie es der Zufall brachte, ohne Plan und ohne Zusammenhang. Da ist es denn bezeichnend für die österreichischen Arbeiterbildungsvereine, daß sie von Anfang an ihr Hauptaugenmerk auf den methodischen Unterricht in den Gegenständen der Volksschule richteten. Bis zu dem neuen Volksschulgesetz des Jahres 1868 lag die Volksschule in Österreich sehr im argen. Erstlich war sie auch in den größeren Städten nur vierklassig. Sie reichte vom 6. bis 10. Jahre. Wie sie in den kleineren Orten aussah, kann man sich ungefähr vorstellen. Insbesondere in ganz kleinen abgelegenen Orten konnte sie wohl kaum den dürftigsten Anforderungen entsprechen. Allein an dem Umstände, daß noch heute, nach mehr als vierzigjährigem Bestande des Volksschulgesetzes und der allgemeinen Schulpflicht, die Hälfte aller Volksschulen einklassig ist und daß heute noch Tausende von Orten, die nach den Bestimmungen des Volksschulgesetzes eine Schule haben sollten, ohne jede Schule sind, kann man ermessen, wie es vor 50 Jahren in dieser Beziehung ausgesehen hat. Eine große Menge der Arbeiterschaft erlangte jeder Volksschulbildung oder hatte, weil sie zu kärglich war, das wenige Gelernte wieder vergessen. Daß nun in den Reihen dieser Arbeiterschaft dieser Mangel so lebhaft empfunden wurde, ist ein Zeichen überaus großer Einsicht und gereicht den Begründern der ersten Arbeiterbewegung zur hohen Ehre. Die Mittelpunkte der Industrie waren vorwiegend deutsch. Die Arbeiterschaft kam

aber aus allen Gegenden des Reiches. Sie floß insbesondere aus den feldwirtschaftlichen Becken Böhmens und Mährens in die deutschen Gegenden. Diese slavische Arbeiterschaft wollte die Sprache der Umgebung nicht allein aus dem Umgange lernen, sie wollte sie auch lesen und schreiben können. So wurde denn in den Arbeiterbildungsvereinen fast überall auch Elementarunterricht erteilt. Der größte dieser Vereine bestand in Wien und wer seine Bildungstätigkeit aus eigener Anschauung kennen gelernt hat, weiß, was sie zu bedeuten hatte. Ich spreche da nicht vom Hörensagen. Ich habe 1870 als 20jähriger Student selbst in der Filiale Alservorstadt des Arbeiterbildungsvereins solchen Elementarunterricht erteilt und es wird mir unvergeßlich bleiben, wie 20 bis 30 Arbeiter nach Schluß des Arbeitstages, noch in der Arbeitskleidung, notdürftig gereinigt, sich an den Tisch setzten, um zu lernen, wie kleine Kinder in der Volksschule lernen. Aus solchen Tatsachen konnte man die Kraft und den Willen einer Schicht erkennen lernen, die damals noch allgemein sehr gering geschätzt wurde.

Förderung durch die Behörden erhielten diese Bestrebungen nicht. Der Wiener Arbeiterbildungsverein hatte in allen Bezirken selbständige Filialen. Diese wurden verboten, was freilich im Wesen an den Dingen wenig änderte, nur die Verwaltung etwas erschwerte. Obwohl die Verfassungsgesetze den Arbeitern politische Vereinigungen nicht untersagt, so verhinderte sie doch die staatliche Verwaltung. Die Folge war, daß die Arbeiterschaft die einzige Vereinsform, die ihr zur Verfügung stand, auch für politische Zwecke benutzte. Die Polizei wußte davon, aber sie konnte wenig dagegen machen, da diese rein politische Tätigkeit sich sehr geschickt zu maskieren verstand. Aber es muß daran festgehalten werden, daß, auch nachdem die Arbeiterbildungsvereine politische Mittelpunkte für die Arbeiterschaft geworden waren, der Bildungszweck nie aus den Augen gelassen wurde.

Die österreichische Arbeiterschaft war selbständig geworden. Ihr erster Schritt war — und das wird ihr zum dauernden Ruhme gereichen — nach Bildung zu streben. Dabei konnte sie aber natürlich nicht stehen bleiben. Sie erkannte die Notwendigkeit politischer Forderungen. Durch diese konnte sie hoffen, Verbesserungen und Sicherungen ihrer wirtschaftlichen Lage zu erreichen. Aber da sie, als eine unterdrückte Klasse, nach Freiheit drängte, mußte sie sich damit zugleich in den Dienst aller Kulturbestrebungen stellen. Sie forderte Koalitionsfreiheit und Wahlrecht, aber auch eine gute Volksschule und Befreiung von der klerikalen Herrschaft. Und je mehr der Liberalismus in Österreich versagte, je engherziger er wurde und je mehr er die Arbeiterschaft zu fürchten begann, wurde sie immer mehr die eigentliche Trägerin aller Fortschrittsgedanken. Die neue Verfassung von 1867 hatte dem Bürgertum durchaus nicht bürgerliche Freiheit gebracht. Sie gab nur ihren Schein. Das Kurienwahlrecht des Parlamentes gab dem Großgrundbesitz und damit dem Feudaladel, besonders im Zusammenhang mit dem konservativen oder reaktionären Bauerntum ein dauerndes Übergewicht, das dadurch nicht beschränkt wurde, daß man auch Bürgerlichen gestattete, auf den Ministerstühlen Platz zu nehmen. Das Staatsgrundgesetz war zwar ein laut tönender Trompetenschrei der Freiheit, aber die nachher kommenden Ausführungsgesetze waren so beschaffen, daß sie kautschuckartig sich eben so gut zur Gewährung völliger Freiheit, sowie zu ihrer völligen Unterdrückung verwenden ließen. In der Praxis sorgten die trotz Verfassungsphrasen noch stark wirksamen Gewalten des Feudalismus und des katholischen Klerikalismus, daß die Gesetze engherzig angewendet und zu Hemmungen jeder

freiheitlichen Entwicklung wurden. Wohl sagte hier und da ein Mutiger im Bürgertum die Wahrheit über die österreichische Freiheit, wie der unvergessliche Kürnberger*), aber von einem frischen, fröhlichen Krieg um die Erkämpfung der nur formell gegebenen Freiheit war weit und breit keine Rede. Wollte man von diesem Kampfe etwas sehen und hören, so mußte man zur Arbeiterschaft gehen. Hier war Kraft und Trotz. Sie kämpfte, je länger, je mehr, mit dem Bewußtsein, daß es um materielle und geistige Kultur gehe. Den politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungskampf in den letzten 40 Jahren hat in Österreich wesentlich die Arbeiterschaft gekämpft. Der einzige Punkt, in dem das österreichische Bürgertum in diesem Kampfe mitgetan hat, war der des Widerstandes gegen die klerikalen Übergriffe. Aber auch da hat die Kampfeslust der bürgerlichen Parteien sehr abgeflaut und es sind nur mehr sehr kleine Gruppen, besonders in Wien, die standhalten. Wenn man diese Haltung des Bürgertums ganz begreifen will, muß man sich immer erinnern, daß in Österreich alle Verhältnisse durch die unglücklichen Völkerstreitigkeiten verwirrt, verdunkelt und verfälscht werden. Als letzter Rest der einstigen Gesinnung ist in den verschiedenen nationalen Kreisen des Bürgertums in Österreich der früher vorhandene starke Antiklerikalismus stark abgeschwächt, ja zuzeiten völlig ausgelöscht worden. Da kommt besonders in Betracht auf der einen Seite das deutsche, auf der andern das tschechische Bürgertum. Um nationale wirkliche oder eingebildete Errungenschaften zu erreichen, hat man auf beiden Seiten nicht gezögert, dem Klerikalismus erhebliche Zugeständnisse zu machen. Es war z. B. immer der Stolz des deutsch-böhmisches Bürgertums wie der Bauernschaft, daß in Böhmen niemals klerikale Abgeordnete nach Wien ins Parlament geschickt wurden. Bei den letzten Wahlen ist in Deutschböhmen zum erstenmal ein christlichsozialer deutscher Abgeordneter (im Städtewahlbezirk Rumberg) gewählt worden, der in engerer Wahl mit einem deutschen Sozialdemokraten stand. Der Haß gegen die Sozialdemokraten und ihren Internationalismus überwog alle anderen Rücksichten.

Auch dieser wohlverstandene, durchaus nicht antinationale Internationalismus der österreichischen Arbeiterschaft ist, sowohl ein Ausdruck ihres Parteiprogramms, als auch eine Betätigung ihrer Ansicht über moderne Kulturforderungen. Ohne den hohen Wert der Volkseigentümlichkeiten, der lebendigen Existenz der Völker und des Rechtes auf Existenz der Völker in Frage zu stellen, steht die österreichische Arbeiterschaft von je zu dem Gedanken der Weltinternationale, die für sie nicht bloß eine Notwendigkeit ihres Kampfes um die Niederringung der Klassenherrschaft, sondern auch die Zukunftsgewähr einer friedlichen Gestaltung der kommenden Gesellschaftsordnung ist, in der das Ringen um Kultur in einem bisher auf der Erde nie gesehenem Grade erweckt und betätigt werden wird. Auch in dieser Beziehung stand die österreichische Arbeiterschaft bisher immer auf der Höhe des

*) Die Lektüre der kritischen Schriften dieses Mannes, der einer der besten Tagesschriftsteller der Deutschen und als politischer Pamphletist vielleicht der erste war und seit seinem Tode nicht übertroffen wurde, ist nicht genugsam zu empfehlen. Der Verlag Georg Müller in München hat es unternommen, eine Gesamtausgabe seiner Werke herauszubringen. Bisher sind drei starke Bände erschienen: „Siegelringe“, eine Sammlung politischer, „Literarische Herzenssachen“, eine Sammlung literarischer Stücke und „Der Amerikamüde“, ein für seine Zeit sehr bedeutsamer, auch heute noch interessanter und lesenswerter Roman.

sozialistischen Denkens. Freilich ist darin in der letzten Zeit ein gewisser Wandel eingetreten, der Bedenken erregen muß. Die tschechische Arbeiterschaft hat in ihrer sozialdemokratischen Mehrheit trotz wiederholten Beschlüssen internationaler Sozialistenkongresse sich durch das Beharren auf national gesonderten Gewerkschaften abseits gestellt. Sie hat dadurch sogar die früher bestandene politische Einheit der national organisierten sozialdemokratischen Parteien gestört, den einheitlichen Verband aller sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Parlamente gesprengt und sich selbst in merklich nähere Beziehungen zu den nationalchauvinistischen Parteien des tschechischen Volkes gesetzt. Dieser Zustand setzt die Handlungsfähigkeit der österreichischen Arbeiterschaft in der Öffentlichkeit beträchtlich herab und nimmt ihr einen großen Teil jener Kräfte, die sie notwendig hätte, um im Kampfe für die großen Kulturaufgaben, die ihrer harren, schneller siegen zu können.

Denn dieser Kampf liegt fast ausschließlich auf den Schultern der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft. Es wird uns sehr freuen, wenn ein freiheitliches Bürgertum sich wieder auf seine Kulturaufgaben besinnen sollte, aber ein Zeichen dafür ist weit und breit nicht wahrzunehmen, immer abgesehen von einigen schwachen Schichten des gebildeten Bürgertums, die wir ja um ihrer Bravheit willen immer loben und ermuntern wollen, die aber wohl selbst einsehen, daß den Hauptanteil an dem Kampfe die Arbeiterschaft hat. Ihr Kampf um das allgemeine Wahlrecht war selbst ein Kulturmampf, nur sie hat geführt und führt den Kampf um Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, um die Freiheit und Ausbildung des Schulwesens, gegen die unausgesetzten Vorstöße eines zielbewußten Klerikalismus, dessen neuerliche Niederlage im beispiellosen Zusammenbrüche der christlich-sozialen Partei noch lange nicht sein Ende bedeutet. Denn er hat noch immer die stärksten Stützen in der Unbildung breiter Massen und in dem Herrscherbedürfnis feudaler Kreise. Freilich wird er nicht leicht wieder einen Helfer finden wie Lueger, einen der gerissensten Demagogen, den die Weltgeschichte je gesehen hat. Doch der Klerikalismus weiß auch mit Wasser zu kochen und wird zu kämpfen und zu hoffen nicht eher aufhören, bis es gelungen ist, ihn gänzlich niederzuringen.

Dieser Klerikalismus weiß, daß er nur einen Feind zu fürchten hat: den Sozialismus. Daher entwickelt er ihm gegenüber einen Haß von dessen Größe sich Landesfremde kaum eine Vorstellung machen können. Diesen Haß und diesen Kampf zu beschreiben, wird Aufgabe der Geschichte sein. Diesen Haß erwidert die sozialdemokratische Arbeiterschaft herzlich, aufrichtig und offen. Sie weiß es, wie wenig sie denen zu danken hat, die sich selbst so gern als Wohltäter der Menschheit aufspielen, die von sich behaupten, daß sie durch das ganze Mittelalter hindurch die Wissenschaft gehegt und gepflegt hätten. Und es gibt noch immer viele, die die Kulturtätigkeit der Kirche preisen, selbst solche, die ihr längst den Rücken gekehrt haben. Dennoch sehen wir in der Arbeiterschaft Österreichs wenig Lust zu dem, was man gemeinlich „Kulturmampf“ nennt. Mit ein paar Worten muß diese Erscheinung erklärt werden. Man kann ruhig sagen, daß von allen organisierten Sozialdemokraten gewiß 95 % in den katholischen Matrikeln stehen. Das ist sicher zu niedrig gegriffen. Wer aber erkunden wollte, wieviele von diesen 95 % kirchlich gläubig gestimmt sind, der würde zu den größten Überraschungen kommen. Die große Masse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ist religiös völlig gleichgültig. Ob-

wohl bei uns der römisch-katholische Klerikalismus jahrhundertelang herrschte und noch herrscht, ist eine katholische Arbeiterorganisation im Sinn und Geist der reichsdeutschen katholischen Arbeiterschaft für alle Zukunft ganz undenkbar. Wenn in Österreich neben der sozialdemokratischen Arbeiterorganisation noch eine andere in Betracht kommen könnte, so wäre es vielleicht eine nationale. So dachten wir wenigstens noch vor einigen Jahren. Die deutschnational organisierte Arbeiterschaft hat sogar im vorigen Jahre bei den Neuwahlen drei Abgeordnete durchgebracht. Aber die neueren Erfahrungen machen auch das — wenigstens bei den Deutschen — wenig wahrscheinlich. Diese Organisationen erweisen sich meist als Pflanzen, die aus Unternehmerkreisen herauswachsen und zeigen viel mehr Neigung zu verfaulen als zu wachsen. Es ist eine Frage, wert der Untersuchung, warum diese Massen der Arbeiterschaft den klerikalen Mächten so unzugänglich sind. Vielleicht käme dabei auch heraus, daß die Gegenreformation des 17. Jahrhunderts durch die gewaltsame Rekatholisierung die späteren Geschlechter immer mehr in eine religiöse Gleichgültigkeit versanken. So wurde die katholische Religion zu einer Sache der Gewohnheit, bei der man sich nichts mehr dachte und die eben zum Leben gehört, wie andere Formen auch. So leben heute Millionen in Österreich innerhalb der katholischen Kirche ohne jede innere Anteilnahme. Man läßt sein Kind taufen, man heiratet vor dem Altare, man läßt sich kirchlich begraben, weil es so hergebracht ist. Man denkt sich dabei nichts, was mit Religion einen tieferen Zusammenhang hat. Das Freidenkertum hat nicht viele bewußte Anhänger. Im Norden Deutschlands ist der Ruf nach dem Austritt aus der Landeskirche in der Arbeiterschaft oft leidenschaftlich erhoben worden und ist in weiten Kreisen gehört worden, die ihm auch Folge leisteten. Als in Österreich von deutsch-nationaler Seite das „Los von Rom“ ertönte, war das Ergebnis kläglich und hatte zumal auf die Arbeiterschaft nur eine geringe Wirkung. Und wenn überhaupt, so nur im deutschen Norden Österreichs in Böhmen und Mähren. Immerhin ist die Zahl der Konfessionslosen unter der Arbeiterschaft verhältnismäßig am größten.

Ein wirklich katholisch-kirchlich gesinnter sozialdemokratischer Arbeiter ist bei uns fast undenkbar. Ich verstehe darunter einen solchen, der dogmatisch gläubig ist. Seine Lebenserfahrungen treiben ihn fort von der Kirche. Er ist ihr ebenso feindlich gesinnt, wie dem Staate, denn beide haben ihm nichts für sein Leben gegeben. Je mehr er sozialistisch zu denken gewohnt ist, desto mehr öffnen sich ihm die Augen für die Wirklichkeiten des Lebens. Diese sieht er mit immer größerer Deutlichkeit und so gewöhnt er sich daran, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und verzichtet darauf, sich mit dem Jenseits zu beschäftigen. Er will für sein Leben arbeiten und leben. Er erkennt den Wert des Wissens und die Dinge und er mißtraut allem, was auf Treu und Glauben hingenommen werden soll. Er will wissen und muß daher lernen. Was im Anfang der Arbeiterbewegung mehr aus dem Triebe heraus geschah, wird nunmehr bewußt gepflegt. Er will seinem gegenwärtigen Leben Inhalt geben und Zukunftsformen des Lebens vorbereiten helfen. Diese Art zu denken und zu fühlen, steigert sich in ihm zu Empfindungen, die selbst religiöses Leben in sich haben. So wird er im besten Sinne des Wortes Kulturträger und Vorkämpfer der Entwicklung.

Nicht leicht ist der Lerntrieb irgendwo so stark wie in der Arbeiterschaft. Längst ist die Form der Arbeiterbildungsvereine verlassen worden. Die Gewerkschaften sind an ihre Stelle getreten und haben auch die Bildungs-

bestrebungen auf sich genommen. Sie führen Unterrichte, sie stellen Bibliotheken auf und pflegen das Vortragswesen. Aber damit sind die Kulturaufgaben der Arbeiterschaft nicht erschöpft. Sie will Kunstgenuß haben. Zu ihm zu gelangen, ist für den Arbeiter noch weit schwieriger, als Wissenswertes zu erlernen. Und doch sind diese Wege gefunden worden. Wenigstens in den größeren Städten, zumal in Wien, wo seit Jahren eine Reihe von Konzertabenden für die organisierten Arbeiter eingerichtet worden sind, und wo wie in Berlin eine „Freie Volksbühne“ sich gebildet hat, die stetig an Mitgliederzahl zunimmt. Außerdem geben die beiden parteilosen Vereine in Wien, der „Volksbildungsverein“ und das „Volksheim“ selbstverständlich den Arbeitern freien Zutritt zu ihren Unterrichtskursen und künstlerischen Veranstaltungen, so daß reichliche Kulturarbeit geleistet wird.

Ist so die Arbeiterschaft bestrebt, rastlos selbst Kultur zu erwerben, so ist noch zu erwägen, welche Stellung sie im öffentlichen Leben im Kampfe um die Förderung der Kultur einnimmt. Es wird nicht mehr zweifelhaft sein: sie marschiert in diesem Kampfe in erster Linie. Schon ihr lebhafter politischer Kampf geht in dieser Richtung. Schließlich geht alle Kultur auf die Einzelpersönlichkeit. Wo die große Masse der Menschen eines Staates oder einer Gesellschaft in ungleichem Rechte lebt, fehlt die Grundlage der höchsten menschlichen Kultur. Man komme uns nicht mit den Sklaven des griechischen Staates und mit den Übermenschen der Renaissance. In den Zeiten der Antike und der Renaissance konnte Kultur nur für gewisse Schichten bestehen. Die geschichtliche Notwendigkeit dieser Zustände hat gerade die sozialistische Geschichtsauffassung klarer und zwingender nachgewiesen, als es die bisherige Wissenschaft vermochte. Menschenwert und Persönlichkeitswert stellen wir Heutigen viel höher als vergangene Zeiten. Rechtliche und gesetzliche Unterordnung des Menschen unter den Menschen empfinden wir als eine Demütigung. Wir anerkennen nur eine Unterordnung als menschenwürdig: die freiwillige, die selbstgewollte. So sind also alle Kämpfe um politische Freiheit und Gleichberechtigung Kulturkämpfe. Was in dieser Beziehung die österreichische Arbeiterschaft in Österreich geleistet hat, steht auf den Blättern der Geschichte. Das waren glorreiche Kämpfe, mit vielen Opfern, aber auch mit vielen Erfolgen. Was in den öffentlichen Einrichtungen Österreichs heute irgendwie modern ist, wäre ohne die rastlose Arbeit der Arbeiterschaft nicht zu denken. Das leugnet heute in Österreich kaum ein Einsichtiger. Aber es ist unvergleichlich mehr noch zu leisten, als bisher erreicht wurde. Weder ist die politische Freiheit in Österreich schon erkämpft, noch erfreuen wir uns in den geistigen Dingen des allerbescheidensten Maßes an Selbstbestimmung. In diesem Kampfe haben früher weite Schichten des Bürgertums mitgetan. Das zeigte sich insbesondere, als einige Male der Versuch gemacht wurde, das Reichsvolksschulgesetz im Sinne der geistlichen Herrschaft zu verschlechtern. Bemerkenswert ist die Bewegung des Jahres 1887, als Fürst Alois Liechtenstein einen großen Schulverschlechterungsantrag im Parlamente einbrachte. Damals führte das freisinnige deutsche Bürgertum den Kampf im Vereine mit der Arbeiterschaft, und es gelang auch, den Sturm abzuschlagen. Aber seither haben die Behörden die Volksschule auf dem Verwaltungswege immer mehr klerikaliert und das freisinnige Bürgertum fügt sich, ja hilft sogar noch bisweilen mit. Es sieht ganz so aus, als würde schließlich die Arbeiterschaft in dem Kampfe um die Schule fast ganz allein bleiben. Sollte es so kommen, so wird die Arbeiterschaft ihn rühmlich weiterzuführen wissen. Es gilt aber auf der

ganzen Linie den Kampf gegen den Klerikalismus. Wie groß dessen Macht noch in Österreich ist, weiß man im Auslande doch nur zum Teil. Konfessionslose Kinder konfessionsloser Eltern werden zum Religionsunterricht gezwungen, wer eine Ehe katholisch geschlossen hat, kann, auch wenn die Ehe endgültig geschieden ist, solange nicht wieder heiraten, bis der andere Ehe teil gestorben ist, jedermann ist bei Strafe gezwungen, der Monstranz auf der Straße Ehrfurcht zu bezeugen, niemand darf bei schwerer Strafe einem Geistlichen, der von der Kanzel herab Menschen, Parteien, Einrichtungen, ja etwa ihn selbst auf das größlichste beschimpft, widersprechen, die Feuerbestattung ist noch immer verboten usw. usw.

Aber auch auf jedem anderen Gebiete des Fortschrittes führt die Arbeiterschaft. Ich will die österreichische bürgerliche Frauenbewegung nicht verkleinern. Aber sie geht doch wesentlich auf die Eroberung der höheren Schulen hinaus. Die Forderung nach politischer Gleichberechtigung wird nur von vereinzelten bürgerlichen Gruppen vertreten. Die Sozialdemokratie hat die Frauenfrage in ihrem gesamten Umfange erfaßt. Wenn im vorigen Jahre im Abgeordnetenhaus eine Novelle zum Vereinsgesetz beschlossen wurde, durch die die bisherige Beschränkung des politischen Vereinsrechts auf männliche Personen aufgehoben wurde, so ist dies ein Verdienst der Vertreter der sozialdemokratischen Abgeordneten. Ohne ihr Drängen hätte das Parlament nie diese Novelle beschlossen. Sie ist nicht Gesetz geworden, weil das Haus aufgelöst wurde, aber das Drängen der Sozialdemokratie hat doch dazu geführt, daß im neuen Abgeordnetenhause die Regierung einen neuen Vereinsgesetzentwurf eingebracht hat, in dem sie sich in bezug auf die Frauenfrage ganz auf den Standpunkt jener Novelle stellt.

Aber Kulturfragen sind nicht allein die Fragen der politischen Entwicklung und des geistigen Fortschrittes, sondern auch die Fragen der allgemeinen Gesundheitslehre. Die Arbeiterschaft ist es, die auf diesem Gebiete ununterbrochen aufklärend und fordernd auftritt. Sie verlangt öffentliche Gesundheitspflege im weitesten Umfange. Die bisherige soziale Gesetzgebung hat da nur ungenügend vorgebaut. Sie tritt erst dann mit ihren Bestimmungen hervor, wenn das Unglück schon geschehen ist, wenn Krankheit oder Unfall schon vielleicht so gewirkt haben, daß die Ärzte oft wenig mehr tun können. Die Arbeiterschaft verlangt, auch da in Übereinstimmung mit der heutigen Wissenschaft, die Vorbeugung. Nirgends als bei ihr ist das Bewußtsein der Rassenhygiene so stark und löst so entschiedene Forderungen aus. Nirgends faßt auch jene moderne Bewegung, die so überaus hoffnungsvoll ist und die so viel zur körperlichen Neuschaffung der Menschheit beizutragen bestimmt ist, der Antialkoholismus, so tief Boden als in der Arbeiterschaft. Sie treibt zur Betätigung in dieser Bewegung nicht allein der gesundheitliche Gedanke, sondern auch eine moralische Stimmung, die sie erkennen läßt, daß der weltgeschichtliche Kampf, den sie zu kämpfen hat, nur siegreich beendet werden kann, wenn die Kämpfer über ein großes Maß moralischer und intellektueller Kräfte verfügt, die sie befähigen, nicht nur alle Widerstände zu beseitigen, sondern auch geschickt machen zu positiver Mitarbeit beim Neubau der Menschheit. In dieser Bewegung empfinden die bewußtesten Anhänger eine ihren Stolz und ihr Selbstbewußtsein steigernde Erhöhung ihres Wesens.

So ist die Arbeiterschaft in der Tat die Vorkämpferin aller kulturellen Bestrebungen, welches Gebiet man immer ins Auge fasse. Sie ist im Kulturmorpfe die natürliche Vorhut, weil sie allein als Partei und Masse jene drei

Forderungen vertritt, deren Erfüllung ein neues Zeitalter der Menschheit hervorrufen soll: ein Zeitalter der körperlichen Gesundheit des einzelnen und des ganzen Geschlechtes, der geistigen Entwicklungsmöglichkeit für alle und der ungehinderten Entfaltung der Einzelpersönlichkeit. Während alle liberalen und konservativen Politiker damit rechnen, daß die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung des Menschen und der Menschheit im wesentlichen abgeschlossen sei, hat die sozialistische Arbeiterschaft den Mut und die Kühnheit, ein neues Menschheitsideal aufzustellen, nicht bloß als einen Wunsch und ein leeres Hoffen, sondern in Übereinstimmung mit wichtigen Ergebnissen der Natur-, Geschichts- und Gesellschaftswissenschaft. Und wäre selbst diese Zukunftshoffnung nichts als ein kühnes Ideal, um wie viel höher stände die Klasse der Arbeiterschaft als die Trägerin dieses Ideals gegenüber denen, die im alten Geleise verharren, deren Wünsche mit einer verabscheugwürdigen Gegenwart zufrieden sind oder Gestaltungen wollen, für deren Werden nirgends ein irgendwie haltbarer Stützpunkt zu finden ist.

Einmal war der Mensch ein Tier, wie andere Tiere, von diesen einzig unterschieden durch die keimhafte Anlage zu hohem Aufstieg. Dieser hat schon in unvordenklichen Zeiten begonnen. Die Erringung der ersten Stufe war die erste Kulturtat. Viele Stufen wurden erklimmen in Jahrhunderttausenden, von denen wir nichts oder wenig wissen. Und in den fünf Jahrtausenden des geschichtlichen Menschen soll alles enthalten sein, wessen der Mensch an innerer Entfaltung fähig ist? Wir glauben nicht daran, daß das Ende der Menschheitsentwicklung schon da sei, wir glauben im Gegenteil, daß alles bisher Erlebte nur die Vorgeschichte der Menschheit war, deren letztes Ziel die Erreichung hoher und höchster Kultur, hoher und höchster Menschlichkeit ist.



GEORG SCHMIEDL, WIEN: DIE WANDLUNGEN IN DER LEBENSFÜHRUNG DER ARBEITERSCHAFT.



LICKT man etwa drei Jahrzehnte zurück und vergleicht die Lebensführung der arbeitenden Klassen jener Zeit mit der von heute, so bemerkt man eine große Veränderung.

Damals bildete an Wochen- und Sonntagen die Wirtsstube mit ihren Zerstreuungen den Mittelpunkt des geselligen Lebens der Lohnarbeiter. Die wärmere Jahreszeit brachte als Abwechslung Spaziergänge in die nächste Umgebung des Arbeitsortes, die wieder in Gastwirtschaften oder auf Kegelbahnen endeten. In diesem Einerlei bedeutete die Feier eines katholischen Vereins oder eine Wallfahrt eine Abwechslung. Ganz beschränkte Gruppen hörten sich einmal in der Zeit einen belehrenden Vortrag an oder traten zu Gesangvereinen zusammen.

Die wachsende und sich auch auf dem Lande ansiedelnde Großindustrie, die immer mehr gleichinteressierte Arbeiter vereinigte, brachte diesen nicht nur besseren Einblick in die Bedingungen ihres Daseins, ihres Arbeitserfolges, ihres Verhältnisses zum Arbeitsmarkte, sie lehrte sie auch, den Kampf um eine höhere Lebenslage erfolgreich und kräftesparend führen.

Dieses genossenschaftliche Handeln beschränkte sich jedoch nicht allein auf wirtschaftliche, sondern es erfaßte auch die Kulturgebiete der Arbeiter.

Gleichschreitend mit dem Zunehmen der Gewerkschaften sehen wir die Bildung von Vereinigungen, die der körperlichen und schönen geistigen Wohlfahrt dienen, ja sogar religiöse Bedürfnisse befriedigen. Ein ganzes Netz von Verbänden spannt sich über Deutsch-Österreich. Sie schließen sich zu immer höheren Einheiten zusammen und bilden so Kulturpotenzen, deren Tätigkeit sich in allen Fragen bemerkbar macht.

Welche bedeutende Erziehungsarbeit da geleistet wird, ahnt man kaum, und mit Verwunderung sieht man, nebst großer literarischer Befähigung, eine außerordentliche Zahl von Verwaltungstalenten, durchwegs Proletariern, Leistungen vollbringen, die man nur gelernten Technikern, Juristen und Beamten zutraute.

Die folgenden Angaben beziehen sich auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutsch-Österreichs.

Der Pflege des Gesanges widmen sich 299 Vereine, die 7600 Mitglieder zählen und in einem Reichsverbande vereinigt sind. Im verflossenen Jahre verzeichnete der Bund an Einnahmen für Chorwerke des eigenen Verlages 4900 K. In Musikaufführungen, die von Tausenden Arbeitern besucht sind, werden die Werke der größten Tonkünstler zu sehr geringen Eintrittspreisen dargeboten.

Das Radfahren, noch vor wenigen Jahren der Liebling bürgerlicher Sportkreise, wird von der Arbeiterschaft eifrig betrieben. Ist es doch hier ein wahres Verkehrsmittel geworden, das auch den Zwecken der Unterhaltung und körperlichen Ausbildung dient. Gegenwärtig gibt es 7000 Radfahrer in 200 Vereinen, die auch einem Bunde angehören, der heuer 26 000 K. Einnahmen hatte. Die Mitglieder sind gegen Unfall, Diebstahl des Rades und Grenzüberschreitung versichert. Der Bund hat eine Rechtsschutzaabteilung und eine Leichenkasse.

Eine ganz gewaltige Ausdehnung hat die Touristik zu verzeichnen. Der Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“ besitzt 147 Ortsgruppen u. zw. 85 in Österreich, 3 in Ungarn und Bosnien, 28 in Deutschland, 30 in der Schweiz und 1 in Nord-Amerika. Der Verein zählt gegenwärtig 15 000 Mitglieder. Er hat, nebst Wegbauten, Markierungen durchgeführt und Schutzhäuser errichtet, die allen Touristen frei zugänglich sind. Viele Ortsgruppen haben ansehnliche Schätze an Büchern, Karten, Ausrüstungsobjekten, Lichtbildern u. ä. Die Ortsgruppe Wien, die 4800 Mitglieder hat, besitzt 4000 Lichtbilder. Ihre Versammlungen, die wöchentlich von vielen hundert Teilnehmern besucht werden, bieten Vorträge hervorragender Touristen und Naturforscher. In den letzten Jahren haben sich in vielen Ortsgruppen Abteilungen für Wintersport, Photographie, Naturwissenschaften, Sammelsport (Käfer, Reptilien u. ä.) und Gesang gebildet. Auch Ausflüge von Kindern, sowie Schülerreisen werden an manchen Orten durchgeführt.

Der im Jahre 1909 gegründete „Arbeiter-Schwimmverein in Wien“ verzeichnet jetzt 800 männliche, 120 weibliche und 90 jugendliche Mitglieder. Das Wachstum des Vereins findet leider in dem Mangel an Entgegenkommen der Gemeinde ein Hindernis. Der Verein plant die Errichtung eines Strandbades und eines Kinderferienheims daselbst, zu welchem Zwecke ein Grundstück erworben worden ist.

Mit staunenswerter Raschheit breitet sich die Lust am Turnen in der Arbeiterschaft aus — ein im Interesse körperlicher und sittlicher Wohlfahrt nicht genug hoch anzuschlagendes Symptom. Erst im November 1909 begründet, zählt der „Öster. Arbeiter-Turnerbund“ gegenwärtig 237 Vereine mit 12 470 Mitgliedern. Bei manchen Vereinen sind Abteilungen für Frauen eingerichtet.

Am deutlichsten zeigt sich der Gegensatz zwischen einst und jetzt bei den gewerblichen Lehrlingen. Diese sogenannten „jugendlichen Arbeiter“, etwa 10 000 an der Zahl, die in 170 Ortsgruppen vereinigt sind, leisten tatsächlich ein Stück Kulturarbeit. Hier ist das schöne Wort gewiß am Platze: „Wenn die Rose selbst sich schmückt, schmückt sie auch den Garten“. Sich selbst bildend, sind diese strebsamen Menschen für ihre jungen Mitbürger ein nachahmenswertes Beispiel.

In den 20 Ortsgruppen Wiens wurden im Jahre 1910 368 Vorträge über die verschiedensten Wissensgebiete gehalten und 10 Exkursionen öffentlicher Institute durchgeführt die 22704 Teilnehmer zählten. Die jungen Leute besuchen allsonntäglich die Vorstellungen der „Freien Volksbühne“ und in einzelnen Monaten jene des Hofburgtheaters, wozu ihnen 4400 Karten zur Verfügung standen. Allsonnabendlich versammeln sich 388 Teilnehmer beim Turnunterrichte. Auch für den Besuch von Symphoniekonzerten wird ausgiebig gesorgt. In den Wintermonaten finden große Gesamtveranstaltungen für alle Ortsgruppen statt, wobei Vorträge, Rezitationen dichterischer Werke und musikalische Schöpfungen der lauschenden Jugend dargeboten werden. Der Vollständigkeit wegen sei erwähnt, daß die „jugendlichen Arbeiter“ zum größten Teile sich des Alkoholgenusses enthalten und bei ihren Zusammenkünften alkoholhaltige Getränke nicht verabreicht werden.

Alle aufgezählten Vereinigungen verfügen über eigene Zeitschriften, die mit Geschick und wahrer Begeisterung die Interessen ihrer Leser vertreten.

Der Wissensdurst der Arbeiterschaft findet durch drei hervorragende Einrichtungen Befriedigung und Anregung zu mannigfacher Betätigung. Die Arbeiterschaft stellte zu der Besucherzahl des „Volksbildungsvereins“, der sich besonders der Verbreitung literarischer, geschichtlicher und philosophischer Kenntnisse widmet, 30 %. Von den 2000 Hörern der Wiener Volksuniversität, dem durch seine Organisation und seine vorzüglichen Lehrkräfte in Europa unübertroffen dastehendem „V o l k s h e i m“ waren 80 % Vertreter der arbeitenden Klassen. Hier wird in der Tat eine Universitas litterarum et artium dargeboten, bei den Elementen beginnend, bis zu den Höhen auf allen Gebieten fortschreitend: Elementarunterricht, Naturwissenschaft, Geschichte, Literatur, Kulturgeschichte, Mathematik, Zeichnen, Malen, Modellieren, moderne Sprachen, Musikgeschichte u. a. m. Daran schließen sich eigene Gesellschaften für Englisch, Philosophie, experimentelle Psychologie, chemische und physikalische Übungen, Geologie und Petrefaktenkunde usw.

Die dritte Einrichtung sind die vom Staate unterstützten, von der Wiener Universität veranstalteten „Volkstümlichen Universitätskurse“, die die gesamte moderne Bildung durch Universitätslehrer in Vortragszyklen der Bevölkerung vermittelt. Von den diese Darbietungen in den letzten 10 Jahren besuchenden Teilnehmern — 121 233 — waren 51 % Arbeiter. Dieser Prozentsatz ist bei den in der Provinz veranstalteten Kursen — 16 975 Teilnehmer — natürlich noch höher, ja in einem einzelnen Falle sogar 98 % — (Metallarbeiter).

Die Wiener Arbeiterschaft unternahm es im Jahre 1908 für ihre Bil-

dungsbedürfnisse selbst zu sorgen und schuf zu diesem Zwecke eine eigene Organisation. Ihr gehörten 344 Vereine mit 87 743 Mitgliedern an, die 52 954 K Einnahmen und 47 108 K Ausgaben hatten. Es wurden 34 Zyklen mit 2492, 71 Unterrichte mit 2696 und 3213 Einzelvorträge mit 70 000 Besuchern abgehalten. Die von der Hauptstadt gegebene Anregung fand in den Provinzen lebhaften Wiederhall. Mit einem Aufwande von 1200 K wurden 121 Vortragszyklen (3460 Teilnehmer) und 235 Einzelvorträge abgehalten. An vielen Orten gab es Theatervorstellungen und Ausstellungen. Die Organisation besitzt ein eigenes Blatt, die „Bildungsarbeit“, die eine Auflage von 2 150 Exemplaren hat.

Besonderer Beliebtheit erfreuen sich Vorträge, die sich auf die Gesund-
erhaltung des Körpers und die „Erste Hilfe bei Unfällen“ beziehen. Solche
wurden 100 veranstaltet, die von 7500 Zuhörern besucht waren. Die ver-
schiedenen Arten der Kurzschrift finden in der Arbeiterschaft viele Freunde
und ausdauernde Pflege. In 70 Kursen werden Gabelsbergersche, Faulmann-
sche und Stoltzesche Stenographie unterrichtet.

Daß im Jahrhundert der Assoziation auch die Schachspieler
sich zusammenschließen, ist wohl selbstverständlich. Es gab heuer schon
6 Gruppen mit 200 Teilnehmern. Auch die Zitherspieler — 120 Mann —
haben sich zu 7 Gruppen vereinigt. Für die Pflege des Kunstsinnes wird
mit immer steigendem Erfolge sehr Ersprechliches geleistet.

Die von führenden Persönlichkeiten der Arbeiterschaft begründete und
geleitete „Freie Volksbühne“ bietet allwöchentlich in 4 Schauspielhäusern
ihren 14 000 Mitgliedern — fast 50 % Arbeiter — Gelegenheit, gute, neue
und alte dramatische Werke zu sehen, die im verflossenen Jahre von 118 810
Personen besucht waren. Auch an guter Musik und formvollendeten Rezi-
tationen erfreuen sich die Teilnehmer der „Fr. V.“. 12 250 Personen be-
suchten 7 solcher Konzerte. Jeder Besucher erhält ein Heftchen, in dem
alles auf die Darbietung bezügliche in Wort und Bild erläutert ist.

Auf musikalischem Gebiete wirkt gleichzeitig ein Komitee, das den schwie-
rigen, man kann aber jetzt schon sagen, gelungenen Versuch unternommen
hat, klassische Musik, die Werke eines Mozart, Mendelsohn, Schubert,
Schumann, Bach, Bruckner, Brahms, Beethoven u. a. den Arbeitern darzu-
bieten. Eine auserlesene Schar von Tonkünstlern, unter Leitung von Ferd.
L ö w e , unterstützt von Meistern des Gesangs, versammelt vier- bis fünf-
mal im Jahre im großen Musikvereinssale zu Wien durchwegs organisierte
Arbeiter zu diesen Festabenden, deren Wirkung in dem feierlichen und an-
dächtigen Lauschen, wie in dem nicht endenwollenden Beifall der Zuhörer
sich zeigt. Im verflossenen Jahre waren es 10 300 Arbeiter, die solchem Gottes-
dienste beiwohnen konnten.

Auch die bildende Kunst wird in den Dienst der Bildungsarbeit gestellt.
Nicht nur Ausstellungen werden unter fachmännischer Führung besucht,
sondern auch die Teilnahme an Museumskursen ermöglicht.

Ebenso wird der Bildungswert der darstellenden Kunst zur Genüge
geschätzt. Das kk. Hofburgtheater stellt jährlich 6736 Karten zu ermäßigten
Preisen zur Verfügung. Die „Arbeiterheime“ veranstalten gleichfalls Vor-
stellungen, die im abgelaufenen Jahre von 100 000 Personen besucht waren.
Bei passenden Gelegenheiten werden die Werke bedeutender Volksdichter
unentgeltlich verteilt.

Diese Erweiterung des Gesichtskreises der industriellen Arbeiter bringt
es natürlich mit sich, daß nach und nach alle Gebiete kultureller Betätigung

betreten werden. So findet jetzt auch die Ausschmückung des Heimes allmählich Beachtung. Der erste Schritt auf diesem neuen Wege war die Veranstaltung von Wander-Bilderausstellungen, die von 10 000 Personen besucht wurden, wobei 530 Bilder zum Preise von 1100 K verkauft worden sind.

Nach alledem ist es nicht zu verwundern, wenn diese Kreise mit bewundernswürdiger Ausdauer an dem Kampfe um eine Reform der Volkschule teilnehmen und hierfür große Opfer an Zeit und Geld bringen. Sie wenden der Jugendlektüre ihre Aufmerksamkeit zu, veranstalten Ausstellungen von Kinderbüchern und geben Verzeichnisse geeigneter Literatur heraus.

Auf solchen Vorbedingungen fußend, durfte es die „Sozialpädagogische Gesellschaft“ wagen, eine ganze Reihe von Vortragszyklen über Erziehungsfragen vor Arbeitern und Arbeiterinnen zu halten.

Aus diesem Milieu heraus entstanden zahlreiche Vereine von „Kinderfreunden“, die die Jugend dem schlechten Einflusse der Straße und des Müßigganges entziehen sollen.

Trennt auch eine unüberbrückbare Kluft verschiedener wirtschaftlicher Interessen das Proletariat vom Bürgertum, so geht aus diesen Darlegungen dennoch hervor, daß es einen Weg gibt, der beide Lager verbinden kann und auch schon stellenweise verbündet. Was an wahren Kulturstufen geschaffen wird, vom Künstler, vom Gelehrten, vom Erzieher, all das findet willige Aufnahme in jenen breiten Schichten der Bevölkerung, die durch einen organisierten Kampf um bessere Lebensverhältnisse gelernt haben, daß die Benützung der Denkarbeit der Besten unserer Zeit ihre eigene Stellung befestigt. Dies ist aber auch eine Gewähr dafür, daß der Kampf sich in milderer, gesitteteren Formen abspielen werde.



ROBERT BREUER, BERLIN: DIE ANFÄNGE DER PROLETARISCHEN WOHNKULTUR IN DEUTSCHLAND.



EGENWÄRTIG ist es um das Wohnen des deutschen Arbeiters zumeist noch recht schlimm bestellt. Alle Welt weiß, wie sehr Berlin unter der Mietskaserne und der durch sie gesteigerten Bodenspekulation zu leiden hat. Es ist nichts eingetreten von dem, was der Baurat Hobrecht, der Verfasser des für Berlin so verhängnisvollen Bebauungsplanes von 1858, von der Mietskaserne erwartete, nämlich eine friedliche Durchdringung der sozialen Schichten, etwa so: „daß die sogenannte bessere Familie in der Vorderwohnung den kleinen Leuten in der Hofwohnung einen Teller Suppe oder eine alte Hose hinüberschickt“. Solche Romantik hat sich als durchaus taub erwiesen. Wir haben in Berlin heute zwar längst nicht die Zustände der Londoner Slums, aber jedenfalls eine schwere Wohnungsnot. Nicht minder charakteristisch für die Wohnverhältnisse der deutschen Arbeiter ist die Lage im rheinischen Industriegebiet. Nach dem Bericht des statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf stand 1908 die dringende Gefahr eines Wohnungsmangels vor der Tür; besonders für den Massenkonsum gab es keinen Vorrat. In Crefeld gab es gleichfalls einen erheblichen Mangel an Kleinwohnungen. Die Essener Woh-

nungsinspektion ermittelte, daß einräumige Wohnungen mit drei, zweiräumige mit neun, dreiräumige mit zwölf Personen belegt waren. Es schliefen die Eltern und zwei erwachsene Söhne in einem Raum von 19,5 cbm, die Eltern und fünf Kinder in einem Raum von 25 cbm. Nach solchen Proben steht fest, daß auch die Industriezentren durchaus unzulängliche Wohnverhältnisse aufweisen.

Diese Zustände sind erst seit wenigen Jahren so den Leidtragenden wie den Verantwortlichen zum Bewußtsein gekommen. Die Theoretiker hatten die Elendsziffern weit früher erkannt; es fehlte ihrerseits auch nicht an Vorschlägen, die Wohnnot aufzuhalten. Nur: diese Propagandisten der Wohnungsreform fanden nicht die Resonanz der Massen. Das muß kühn und bewußt zugegeben werden. Zu einem Teil mangelt dem deutschen Volk noch heute der Instinkt für die Kultur des Wohnens. Zu einem andern Teil (der zugleich die Ursache solchen Mangels ist) bedeutet die deutsche Hypothekarwirtschaft eine beinahe absolute Hörigkeit der Wohnungskonsumenten unter das Bodenkapital und die Wohnungshersteller. Wir haben in Deutschland zurzeit an die 75 Milliarden untilgbare Hypothekenschulden. Dazu kommt, daß die meisten Stadtgebiete ausreichend für hundert Jahre festgelegte Bebauungspläne zur Last haben. Ein großzügiger Umschwung ist ohne eingreifende wirtschaftliche und politische Wandlung, die man schon beinahe Revolution nennen müßte, in absehbarer Zeit kaum zu erwarten. Solange das Hausbesitzerprivileg und das Dreiklassenwahlrecht der Kommunen bestehen bleiben, solange nicht mit Wertzuwachssteuern und Enteignungen rücksichtslos operiert wird, kann es sich nur um Milderungen unserer manchesterlichen Bodenpolitik handeln. Versuche, solche Abschwächungen zu erzielen, sind indessen zu verzeichnen.

Es ist nun beschämend, aber nicht zu leugnen, daß eine wirklich intensive Besserung der Wohnungsnot bestimmter Orte bisher hauptsächlich der arbeitgebenden Großindustrie gelang. Der Jahresbericht des Rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens lehrt uns, daß es 1907 in dem Berichtsgebiet gab: 139 Baugenossenschaften und ähnliche Bildungen mit etwa 10 Millionen gezeichnetem Kapital und etwa 50 Millionen Hypothekendarlehen. Für die Wohnungen, die durch die Zechenverwaltungen den Arbeitern allein im Oberbergamtsbezirk Dortmund gebaut wurden, ergibt sich, daß die Anlagekosten von 1901 zu 1907 von 94 Millionen auf 194 Millionen stiegen. Die Wohndichtigkeit dieser Zechenwohnungen hat sich vermindert. Solche Ziffern beweisen, daß die grausamen Folgen der modernen Kapitalwirtschaft am ehesten überwunden werden können, wenn dieses Kapital seinen Zinsanspruch gewissermaßen selber expropriert. Was dagegen durch die Sammlung von kleinen Kapitalien, durch Baugenossenschaften, Rentengüter usw. erreicht werden kann, bedeutet wenigstens heute kaum mehr als ein Wetterzeichen für das Vorhandensein der Not und eines langsam erwachenden Widerstandes gegen diese.

Von den Arbeiterwohnungen der Arbeitgeber verdienen die der Firma Krupp in Essen besondere Anerkennung. Aus dem Bericht sei wiedergegeben: 1907 hat die Gußstahlfabrik 33 505 Werksangehörige. Es gibt 5052 Werkswohnungen; davon zweiräumig 1659, drei- und mehrräumig 3393. Die Durchschnittsbelegziffern für die zweiräumige Wohnung beträgt vier; der Durchschnittspreis für eine solche Wohnung jährlich 110 Mark. Dazu kommen 296 Wohnungen für Invaliden. In dem Haus für ledige Arbeiter wohnen 1200 Mann; 2500 nehmen dort ihre Speisung. Man kann also sagen, daß

für einen erheblichen Teil der Kruppschen Arbeiter brauchbare Wohnungen vorhanden sind. Wer die Siedelungen gesehen hat, muß auch anerkennen, daß es sich um Anlagen handelt, die immer das relativ Beste ihrer Bauzeit nützten. Die Bauten der letzten Jahre sind mustergültig; die einzelnen Häuser sind praktisch und freundlich in der Architektur, die Gruppenbildungen zeigen glückliche Lösungen städtebaulicher Probleme. Die Zechenverwaltung selbst gibt zu: „Die Veranlassung zu den ersten Hausbauten war nicht sowohl vorhandene Wohnungsnot, als vielmehr das Bedürfnis, einen Teil der Meister und Arbeiter in der unmittelbaren Nähe der Fabrik zu haben.“ Das ist nur selbstverständlich. Wenn das Kapital des Unternehmers von der Wohnungsfürsorge keine Vorteile zöge, würde es naturgemäß nicht fürsorgend wirken können. Gute Wohnungen geben gute Arbeiter; Gesundheit erhöht die Leistung. Und außerdem: durch die Zechenwohnung wird die wirtschaftliche Selbständigkeit des Arbeitnehmers wesentlich geschwächt, die Abhängigkeit vom Kapital verstärkt. Ebensowenig wie den tatsächlichen Nutzen kann man solche Gefahren der Werkswohnungen leugnen. Aber jedenfalls: die Krankheits- und Sterblichkeitsziffer ist in diesen Kruppschen Wohnungen wesentlich geringer, als in der Stadt Essen.

Neben Krupp seien als Beispiele der Wohnungsreform durch die Arbeitgeber noch aufgezählt: die Kolonie Gmündersdorf in Württemberg. Es wohnen von 2620 Arbeitern 362 mit 500 Angehörigen in 151 Wohnungen oder 48 Gebäuden. Die Kolonie ist vortrefflich in die Landschaft gestellt und von Theodor Fischer mustergültig gebaut. In der Baubeschreibung heißt es: „Das Arbeiterhaus darf mit dem Typus der Villa so gut wie gar nichts gemein haben. Viel eher liefert der uralte mittel- und süddeutsche Bauerngrundriß brauchbare Vorbilder.“ Ferner: die Arbeiterkolonie Niedereving bei Dortmund; sie zählt etwa 50 Häuser mit meist vier drei- bis fünfräumigen Wohnungen. Man beachte solche Weiträumigkeit und erinnere sich der 600 000 Berliner, die zu fünf ein Zimmer bevölkern.

Es wäre sehr schlimm, hätte das proletarische Deutschland nur solche Wohnungsreform des Arbeitgeberkapitals aufzuweisen. Glücklicherweise sind wir schon so weit, durch genossenschaftliche Selbsthilfe Bedeutendes zu leisten. Rings im Reich mehren sich die Baugenossenschaften. Indessen: „So gewaltig die in den Dienst der gemeinnützigen Bautätigkeit tretenden Kapitalien auch sind, so entsprechen sie doch nur einem geringen Bruchteil des in der Wohnungsproduktion zum Umschlag kommenden Kapitals. Die gemeinnützige Bautätigkeit wird also vor allem Regulator, Vorbild und Erzieherin sein“ (*). Eine besondere Förderung bekamen die Baugenossenschaften durch die Gartenstadtbewegung. Wenn auch wiederum hier die einzelnen Ziffern an sich unbedeutend bleiben, so will doch der Idealismus, mit dem die Gartenstädte geplant und gegründet wurden, hoch geschätzt sein. „In der Volkswirtschaft entscheiden die Illusionen.“ Die Gartenstädte bringen dem Industriestaat schwerlich die Lösung des Wohnungsproblems, aber sie zeugen von dem endlich erwachten Willen des Proletariats: Wohnungskultur zu erringen. Über den Umfang der Bewegung gibt der im Verlag der deutschen Gartenstadtgesellschaft erschienene Bericht für 1911 gute Auskunft. Zu den besten Gründungen gehört Hellerau bei Dresden; architektonisch und städtebaulich wurde es durch Riemerschmid, Muthesius

*) Hermann Hecker, Die Wohnungsfrage und das Problem architektonischen Gestaltens. Aachen 1909.

und Tessenow ausgezeichnet angelegt. Sehr interessant ist die Gründung von Neumünster: „Nicht der Mangel an Arbeiterwohnungen war der Anlaß für die Gründung der Gartenstadtgenossenschaft. Die gut bezahlten Industriearbeiter wollten aus dem unbefriedigenden Mietsverhältnis herauskommen und ein eigenes Heim beziehen.“ So wurden 100 ha in 500 Rentengüter von 1250 bis 1600 qm aufgeteilt. Das fünfzigste Haus wurde bereits gebaut. Solche Begeisterung zum Eigenhaus und zur ländlichen Lebensweise darf gewiß nicht unterschätzt werden; indessen, es bleibt zu erwägen, ob solch Wohnen weit vor den Toren der Stadt den Arbeiter nicht zu sehr in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation und in der Pflege der Solidarität behindert. Auch den autonomen Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft dürfte die Verländlichung gerade der besten Kräfte kaum fördernd sein. Weit richtiger wäre es, genossenschaftlich, Häuser mittlerer Bauklassen im Zusammenhang großer Blöcke (Randbebauung), bei strenger Trennung von Wohn- und Verkehrsstraßen, zu bauen. Diese Viertel hätten an den großen Ausfallstraßen (Schnellverkehr), unmittelbar vor dem Wald- und Wiesengürtel zu liegen. Daneben wird sich auch das von Eberstadt, früher schon von Goecke, empfohlene kombinierte Verfahren: hohe oder halbhöhe Randbebauung und im Innern des Blocks Einfamilienhäuser bei offner Bauweise — durchführen lassen. Diese Methode wird jetzt in Berlin zum erstenmal von der Neuköllner Baugenossenschaft „Ideal“ praktisch versucht. Wie es scheint, mit Erfolg.

Das Entscheidende bei all diesen Versuchen der Selbsthilfe sind und bleiben der Wille zur Wohnkultur und zugleich die Erkenntnis, daß die Wohnung mit allem was zu ihr gehört, dem Lebensinhalt der Klasse Ausdruck gibt und geben muß. Dafür ein Symptom ist das Interesse, das die deutschen Arbeiter an der Inneneinrichtung und den Möbeln ihrer Wohnung zu nehmen beginnen. Es dürfte kaum zufällig sein, eher ein Metaphysikum, daß beinahe gleichzeitig aus den Kreisen der katholischen und der freien Gewerkschaften Leute hervortraten, die den Arbeitsgenossen die Lächerlichkeiten des bisherigen Arbeitermöbels und die Notwendigkeit neuer Typen predigten. Bisher war es so, daß in den Arbeiterwohnungen Muschelmöbel, die letzten verderbten Nachkömmlinge einstigen Schloßmobiliars, standen. Jetzt sollen nun die Arbeiter Möbel bekommen, die restlos brauchbar, durchaus sachlich und eben dadurch dem Charakter des Proletariats genau so entsprechend sind, wie ein Fauteuil des Louis seize dem Sonnenkönigtum gehört. Die meisten Erfolge solcher Art erreichte bis heute die Propaganda der Kommission für vorbildliche Arbeiterwohnungen im Berliner Gewerkschaftshaus. Sie hat durch zwei Typen, die sie sich von Hermann Münchhausen und Peter Behrens schaffen ließ, nicht nur so manchen Arbeiter mit einer guten Wohnungseinrichtung versorgt; sie hat auch, was viel wichtiger ist, die üblichen Berliner Möbelhändler, deren Waren- und deren Leihverträge, stark beunruhigt. Es bleibt zu hoffen, daß das neue Arbeitermöbel ein weiterer Hebel wird, das Wohnungsproblem zu fördern.

Trotzdem darf nicht vergessen werden, daß die Selbsthilfe auf die Besserung der Wohnungsverhältnisse immer nur sporadisch wirken kann. Wirklich eingreifend und allgemein wird eine neue Zeit erst kommen, wenn der Staat und die Kommunen die Wohnungsproduktion übernehmen. Das können beide unter den bestehenden Wirtschaftsverhältnissen nur in besonders günstigen Fällen. Welche Schwierigkeiten sich solchen kommunalen Absichten entgegenstellen können, zeigen die Grotesken des Groß-Berliner

Zweckverbandes. Andererseits, wenn das Glück gut ist, kann etwas zu stande kommen, wie die vorbildliche Bodenpolitik der Stadt Ulm. Dieser Kommune gelang es, durch rechtzeitiges Zugreifen bei der Auflassung des veralteten Festungsgeländes drei Fünftel des Gesamtareals an sich zu bringen. Auf diesen Grundstücken hat die Stadt in eigner Regie gebaut. Von dem Rest hat sie in Erbbaurecht oder durch ähnliche Verfahren große Stücke zur Erstellung billiger Wohnungen abgegeben. Durch solches Verfahren direkter oder indirekter Wohnungspolitik wurde für 50—60 % des Zuwachses der Bevölkerung einwandfrei gesorgt. Dabei war es den Ulmer Verhältnissen entsprechend, daß lockre Bauweise mit Kleinhausbauten angewandt wurde *). Wiederum: es wäre falsch, wollten die Großstädte, selbst in den äußeren Bezirken, prinzipiell Kleinhausbau bei offner Bauweise pflegen. Hier wird der Hochbau bis auf weiteres noch notwendig bleiben. Er wird aber nach den Ratschlägen von Kuczynski, Eberstadt, Meves, Jansen **) und anderen zu reformieren sein: Randbebauung großer Blocks, Fortfall des Hinterhauses, Innengarten, Querlüftung, architektonische Einheitsgestaltung. Auch jenes kombinierte Prinzip, das am Rand Hochbau, innen Kleinhausbau vorsieht, könnte, wenn die Komune zum Bauherrn wird, auf möglichst großen Arealen erfolgreich durchgeführt werden. Das Wohnungsproblem kann eine gründliche Lösung nur dann finden, wenn der Wohnungsproduzent das Exekutivorgan der wohnungsproduzierenden Masse ist.



WALTER ASSMUS, BERLIN: DAS BUCH UND DIE MASSE.



UVERLÄSSIGE Statistiken sagen aus, daß das deutsche Volk etwa 50 Millionen Mark jährlich für die Schundliteratur ausgibt. Da man wohl annehmen kann, daß der größte Teil der Schundliteraturleser dem vierten Stand entstammt, so beweisen diese Zahlen, daß gerade auch das moderne Proletariat ein sehr starkes Lesebedürfnis zeigt. Leider ist dies Bedürfnis in falsche Wege geleitet worden. Daß die Masse nicht den Weg zu dem richtigen Vermittler fand, nämlich zu dem Sortimentsbuchhändler, der ihr dank seines Wissens und seiner Bildung, hätte helfen und ihr Lesebedürfnis leiten können, ist tief bedauerlich, um so mehr, als die Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland auch nicht in einem genügend schnellen Tempo erfolgte, als daß hierdurch die ungünstigen Einflüsse hätten aufgehoben werden können. Bedenkt man, wie sehr die Masse wuchs, sieht man sich einmal das ungeheure Wachsen der Bevölkerungszahl an, dann wird man doch nicht verkennen, daß die paar Volksbibliotheken mit ihren, wenn auch recht imponierenden Entleihungszahlen, nicht viel mehr wirken können als ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein.

*) Berlepsch-Valendas. Bodenpolitik und Wohnungsfürsorge einer deutschen Mittelstadt.

**) Der Städtebau von Dr. Werner Hegemann.

Das Lesebedürfnis der großen Masse, die nach guten, billigen Büchern verlangte, hat der deutsche Verlagsbuchhandel sehr rechtzeitig erkannt. Es ist durchaus kein Zufall, wenn die Anfänge der Reclam-Bibliothek mit dem Beginn der großen proletarischen Bewegung bei uns zusammenfallen. Reclam und nach ihm manch anderer deutscher Verleger sah das große Problem. Die Masse wuchs ungeheuer schnell, aber sie hatte absolut keine Beziehungen zur Kunst und Wissenschaft. Die Masse war und ist arm, darum mußten es, wenn man ihr Bücher bieten wollte, billige Bücher sein. Durch die Masse selbst aber entstanden auch wieder neue Möglichkeiten. Der Absatz eines Buches konnte weitaus größer werden, als jemals früher; der Verleger konnte sich bei dem einzelnen Exemplar mit einem kleineren Nutzen begnügen, die Masse mußte es eben bringen. Die Hauptaufgabe lag, nachdem der Verlagsbuchhandel einmal das Problem erkannt hatte, darin, nun mit den billigen Büchern auch an die Masse heranzukommen. In befriedigender Weise ist diese Aufgabe bis heute wohl kaum gelöst. Gewiß jeder Mensch, der einmal etwas von Reclam, Hendel oder „Aus Natur und Geisteswelt“ gehört hat und nun einen ganz ernsthaften Willen hat, der findet schließlich auch den Weg zum Buchhändler. Aber diesen Willen haben doch nur die allerwenigsten; bei der großen Masse ist die geistige oder überhaupt die Trägheit viel zu groß, die kommt nicht zum Buch, das Buch muß zu ihr kommen. Man braucht das geistige Niveau unseres heutigen modernen Arbeiters durchaus nicht zu unterschätzen. Wir wissen von vielen, daß sie den Weg zur Philosophie, zu Nietzsche und den erlauchtesten Geistern gefunden haben, und daß sie sich eingehend mit den bleibenden Werken der Weltliteratur beschäftigt haben. Gewiß, diese Leute haben den Weg zum Buch gefunden; aber es sind doch immer nur Ausnahmen; es ist doch nur die Aristokratie des Proletariats. Die Masse geht leer aus. In seinem Werk „Arbeiterfrage“ teilt Levenstein, nach dem bei ihm eingegangenen Material, die Arbeiter in vier Schichten:

5,9 %	entfallen dabei auf die intellektuelle Schicht
9,9 %	„ „ „ kontemplative „
20,1 %	„ „ „ verbildete „
64,1 %	„ „ „ „ Massenschicht.

Dabei ist noch zu bedenken, daß Levensteins Untersuchungen sich nur auf die organisierte Arbeiterschaft erstrecken. Wenn diese Massenschicht überhaupt ihren geistigen Hunger befriedigt, so geschieht es mit einem Kolportageroman recht zweifelhafter Art. Jedenfalls, das darf wohl als sicher angenommen werden, in einen Buchladen kommt diese Schicht nicht. Will man sie für gute Lektüre gewinnen — und daß das im Interesse des einzelnen sowie des Volksganzen unbedingt erforderlich ist, bestreitet doch niemand —, so muß man ihr die Bücher bringen. Es wäre theoretisch ja nichts einfacher, als möglichst viel Buchhandlungen in den Arbeitervierteln zu eröffnen, und ähnlich wie die Zigarren Geschäfte, an jeder zweiten oder dritten Ecke eine Filiale aufzumachen. Aber das Buch ist kein Verbrauchsartikel, wie etwa der Tabak, sondern es ist ein Luxusartikel und darum ist der oben angegebene Weg natürlich unmöglich. Die Schundliteratur ist durch den Kolportagevertrieb an die Leute herangebracht worden. Man hat sich nun gesagt, so muß man die gute Literatur auf denselben Wege, durch dieselben Kanäle an die Leute heranbringen. Aber die Praxis hat gelehrt, daß die Kolportage für den Vertrieb guter billiger Literatur

nicht zu verwenden ist. Einmal ist sie, da viel Leute unterwegs sein müssen, ein sehr teurer Vertriebsweg und der Verleger ist gezwungen, seine Werke sehr hoch zu rabattieren, dann aber hat die Praxis gelehrt, daß der Kolporteur erfolgreich nur mit Fortsetzungswerken, nicht aber mit kleinen in sich abgeschlossenen Bänden arbeiten kann. Dabei müssen die Fortsetzungen so angelegt sein, daß sie an einer höchst spannenden Stelle abbrechen und so die Fortsetzung mit Unruhe schon erwartet wird. Das ist ein für die gute Literatur unmöglichster Weg. Das Schicksal des Vereins für Massenverbreitung guter Volksliteratur hat dies wohl zur Genüge bewiesen. Um die leer ausgehende Masse zu erfassen, hat man nun nach Mitteln gesucht und ist auf die kleinen Mittelchen verfallen. Man hat z. B. in Danzig durch einen in der Stadt umherfahrenden Bücherwagen versucht, den guten billigen Büchern einen größeren Absatz zu verschaffen. Die Erfolge, die hierdurch erzielt wurden, waren allerdings so gering, daß die erwachsenden Unkosten auch nicht annähernd gedeckt wurden und die Einrichtung eingehen mußte. Besseren Erfolg haben die in verschiedenen Städten in das Leben gerufenen Marktburden gehabt. Bei Jahrmärkten, Messen und dergleichen hat der Volksbildungsverein einer Stadt eine Bude errichtet und hier meist durch freiwillige Helfer gute billige Literatur vertreiben lassen. Finanziell scheint die Sache in den meisten Fällen so zu liegen, daß der Sortimentsbuchhandel den Vereinen 15 % Rabatt gewährt; dadurch werden für den Verband, wenn er mit freiwilligen Helfern arbeitet, gerade die Kosten gedeckt. An anderen Orten wieder hat man Ausstellungen guter billiger Literatur veranstaltet und mit diesen Ausstellungen teils mit recht gutem Erfolg einen Verkauf verknüpft. Einzelne Vereine (wie der Arbeiterdiskussionsklub Karlsruhe u. a.), die Vorträge veranstalten, halten die betreffende Literatur an den Vortragsabenden vorrätig oder sie suchen, sich ganz nach dem Individuellen ihrer Mitglieder richtend, diese im rechten Augenblick zu dem richtigen Buch zu führen, wie das Hamburger Volksheim, bei dem ja überhaupt der Mensch im Mittelpunkt der Arbeit steht. Vielversprechend ist der Weg, den das Gewerkschaftshaus in Berlin geht, das folgende Einrichtungen getroffen hat. Anerkannt gute Jugendschriften zum Preise von 10 bis 30 Pfg. sind in größerer Anzahl angeschafft worden und werden leihweise gegen Hinterlegung des Preises zur Verfügung gestellt. Jedermann erhält in den Ausgabestellen (etwa 30) ohne Legitimation soviele Bücher wie er will. Er hat entweder den Wert der Bücher zu deponieren oder bereits früher entnommene Bücher zurückzugeben. Eine Leihgebühr wird nicht erhoben. Wer die Bücher behalten will, hat dazu das Recht, er hat dann bei Entnahme neuer Bücher wiederum den entsprechenden Betrag zu hinterlegen. Systematisch sind besonders zwei Verbände vorgegangen, nämlich der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung und der Verband oberschlesischer Volksbüchereien. Der Rhein-Mainische Verband hat, von der Erkenntnis ausgehend, daß sich der Mann aus dem Volke gewöhnlich nicht in die Buchhandlung hineintraut, die Volksbibliothek oft zu weit entfernt ist und den Leser durch Verpflichtung zur Rückgabe innerhalb einer bestimmten Frist bindet, volkstümliche Verkaufsstellen für gute Literatur eingerichtet und steht mit etwa 150 solcher Verkaufsstellen in Verbindung. Er liefert die betreffende Literatur mit Rabatt in Kommission und rechnet einerseits mit den Verkaufsstellen, andererseits mit etwa 20—30 in Frage kommenden Verlegern ab. Diese Einrichtung ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Der kleine Geschäftsmann kann nicht mit jedem Verleger um ein paar Pfennige abrechnen. Ebenso

wenig kann der Verleger die Vertrauenswürdigkeit solch kleiner Verkaufsstellen prüfen. Die Verkaufsstellen, d. h. diejenigen Händler, die sich verpflichten, neben den ausgewählten Büchern, die ihnen der Rhein-Mainische Verband liefert, keine schlechte Literatur zu verbreiten, erhalten ein Verkaufsschild zum Aushang in dem Ladenfenster. Der Verband der oberschlesischen Volksbüchereien unterhält zurzeit etwa 300 Verkaufsstellen, die Kleinkaufleuten (Krämer), Gastwirten und sonstigen Gewerbetreibenden überlassen werden, denen, damit sich das Geschäft lohnt, auch die Lieferung des Schulbedarfs (Schreibmaterial, Fibeln usw.) und des oberschlesischen Kalenders (*Der Landbote*) übertragen wird. Die Sortimentsbuchhändler, die meist in den Städten und Verkehrsmittelpunkten ihren geschäftlichen Sitz haben, werden dafür gewonnen, Vermittlungsstellen einzurichten. Die Inhaber der Vermittlungsstellen geben an die Wiederverkäufer in der Regel mit 20 bis 25 % ab. Beide Wege, der zentralisierende, den der Rhein-Mainische Verband eingeschlagen hat, und der dezentralisierende des Verbandes oberschlesischer Büchereien sind gut und laufen darauf hinaus, möglichst viele Verkaufsstellen einzurichten, von der richtigen Erkenntnis ausgehend, daß man das Bücherkaufen der Masse so bequem wie nur irgend möglich machen muß. Nun tritt jetzt die bekannte Firma Philipp Reclam, Leipzig mit einer Neuerung auf, die wohl berufen ist, die ganze Arbeit ungemein zu vereinfachen; nämlich mit ihren Bücherautomaten.

Die Idee, Bücher durch Automaten verkaufen zu lassen, ist nicht neu. Die Schwierigkeit, die bisher nie behoben wurde, lag darin, einen Auswahlautomaten zu erfinden, denn es hat natürlich gar keinen Zweck, Automaten aufzustellen, bei denen man nicht die Möglichkeit hat, seinen Lesestoff selbst zu wählen. Der Reclamsche Bücherautomat stellt eine kleines Schaufenster dar, in dem stets (in vier Reihen à 3 Bücher) zwölf verschiedene Bücher zur Auswahl bereit liegen. Jedes einzelne Buch ist mit einem Streifband umgeben, auf dem in kurzen, prägnanten Sätzen der Inhalt erläutert, oder eine Charakteristik des Autors gegeben wird, besser als es durch einen Verkäufer geschehen kann, der ja über den Inhalt des einzelnen Buches nur selten unterrichtet sein wird. Bei jedesmaligem Verkauf fällt der vorderste Band von einem der zwölf sichtbaren Stapel. Da jeder Stapel 7 bis 8 Bände enthält, so bietet ein einziger Apparat eine Auswahl von 80 bis 100 verschiedenen Büchern. Die Handhabung ist äußerst einfach, man braucht nur an der Seite die Zahl des gewünschten Bandes (z. B. 2. Reihe 3. Stapel) einzustellen, 20 Pfg. in das Einwurfloch zu stecken, am Griff zu ziehen und hat dann den gewünschten Band. Die Aufgabe, eine zweckvolle und vornehme Form für den Automaten zu schaffen, hat Peter Behrens mit der ihm eigenen Meisterschaft gelöst. Kaufmännisch ist die Sache so geregelt, daß der Sortimentsbuchhändler den Automaten gegen eine Leihgebühr aufstellen kann. Hier ist nun endlich einmal ein ganz ideales Mittel, denn der Automat läßt sich überall aufstellen; in der Fabrik, in der Kneipe, im Krankenhaus, auf dem Bahnhof, in den Wartehallen, in öffentlichen Parks usw. Durch diese Bücherautomaten soll nicht bloß der Kampf gegen die Schundliteratur aufgenommen werden, sondern es soll auch ein Versuch gemacht werden, zum bewußten kritischen Lesen anzuregen und dadurch das gedankenlose Bücherverschlingen all derer zu bekämpfen, die, nur die äußerer Reize des Stoffes suchend, das Aufgenommene nicht überdenken und nicht innerlich verarbeiten. Zu diesem Zwecke wird die Verlagsbuchhandlung allen durch die Automaten zum Verkauf gelangenden Bänden Aufrufe an die Leser

beilegen, in denen dazu aufgefordert wird, in ein paar kurzen Sätzen ein Urteil über die Werke oder eine Inhaltsangabe niederzuschreiben und dem Verlage einzuschicken. Für die besten Einsendungen werden allmonatlich 50 Bücherprämien im Werte von 2—50 Mark zur Verfügung gestellt. Auf den ersten Blick mag es vielleicht unangebracht erscheinen, daß eine Firma das ausschließliche Recht auf diesen Auswahl-Automaten hat. Aber die Firma, die dahinter steht, verdient es. Zu keiner anderen Büchersammlung hat das deutsche Volk das Vertrauen, wie zu der Reclamschen Universalbibliothek, und auch keine Sammlung ist so universal wie sie. Den Buchhändler kann und soll der Automat nicht ersetzen. Hier soll nur die erste Anregung gegeben, nur der erste Schritt erleichtert werden. Wer überhaupt nur etwas Wissensdrang in sich hat, der kommt dann wieder zum Automaten und dann wird er sich an Hand des Verzeichnisses der Reclam-Bibliothek weitertasten, so findet er den Weg zum Buchhändler.

Reclams Bücherautomat und die Wege der beiden oben angeführten Verbände scheinen mir einen Sieg auf der ganzen Linie zu garantieren. Die Masse drängt zum Wissen, ohne daß wir uns von nun ihrer Intelligenz besonders übertriebene Vorstellungen zu machen brauchen. Da aber das Volk dereinst am besten abschneiden wird, das den bestgebildeten Arbeiter hat, so liegt es im eigenen wie im Interesse der Völker, zielbewußt an einer Steigerung der Intelligenz zu arbeiten, immer mehr den Weg zum Wissen und zur Kunst zu erleichtern und so auch den Weg zum Buch zu ebnen und allen denen, die noch abseits stehen, diesen Weg zu weisen. Mit dem Wissen kommt, wie Humboldt sagt, das Denken, und mit dem Denken der Ernst und die Kraft in die Menge.



PROF. DR. GEORGES BLONDEL, PARIS: NEUE ENTWICKLUNGEN IN DER FRANZÖSISCHEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG.



IN Charakteristikum des Arbeiterlebens in allen Industriestaaten ist der Zusammenschluß in mächtigen Gewerkvereinen, die in Frankreich Syndicate genannt werden. Schon vor der Revolution gab es in Frankreich bedeutende Vereinigungen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeiter, die den Zünften und Innungen der germanischen Länder entsprachen. Doch verloren sie gegen Ende des 18. Jahrhunderts wegen des Mißbrauches ihrer Vorrechte an Volkstümlichkeit. Auch wurde durch ein Gesetz vom Jahre 1791 ihre Wiederaufrichtung, sei es unter welchem Vorwand immer, verboten. Die Versuche, die zu Anfang des 19. Jahrhunderts gemacht wurden, die gemeinsamen Interessen gleicher Gewerbetreibender gemeinschaftlich zu verfolgen, führten höchstens zu wechselseitigen Versicherungsgesellschaften und Wohltätigkeitsvereinen.

Erst im Jahre 1884 wurde nach lebhaften Debatten in den Kammern wieder das Verbot aufgehoben, Vereinigungen auch von mehr als 20 Personen, die gleiches oder verwandtes Gewerbe ausüben, ohne Bewilligung der Regierung zu begründen.

Seit einem Vierteljahrhundert haben diese „Syndikate“ in Frankreich einen ungeahnten Aufschwung genommen. Sie sind heute die Aktionszentren der französischen Arbeiterklasse. — Die Zahl der Gewerkvereinsmitglieder Frankreichs hat sich in den letzten Dezennien verfünffacht. Die letzten statistischen Aufstellungen verzeichnen 957 105 organisierte Arbeiter in 5524 „Syndikaten“.

Die große Mehrheit dieser Gewerkvereine hat sich zu einem allgemeinen Arbeiterverband, der Confédération générale du Travail (C. G. T.) zusammengeschlossen. Diese steht seit einigen Jahren unter der Macht der Anarchisten und Revolutionäre, die sich als Programm den Kampf bis aufs Messer gegen die jetzige Gesellschaftsordnung gestellt haben. Sie gilt heute als der Herd der sozialen Revolution und ein großer Teil ihrer Anhänger ist geneigt, den Weg der Gewalt zu gehen und sich als Kampfmittel vorzüglich der sogen. „Sabotage“, der absichtlichen Beschädigung der vom Arbeitgeber anvertrauten Instrumente oder Produkte, zu bedienen.

Hervorgegangen ist die C. G. T. aus den Arbeiterkongressen, die anfänglich ja nur sehr eng begrenzte Ziele hatten. So war der Programmkerkpunkt des ersten Arbeiterkongresses in Paris im Jahre 1876 (des ersten Arbeiterkongresses nach der Kommune) eine Arbeiterversicherung, und der damalige Generalsekretär des Bildungsausschusses, Gillon, betonte noch ausdrücklich, daß die Arbeiter sehr zufrieden sein dürften, wenn die Regierung diesen Vorschlag verwirklichen wollte. Auch zwei Jahre später noch auf dem Arbeiterkongreß zu Lyon waren die Forderungen sehr gemäßigt und annehmbar gehalten. Doch schon im Jahre 1879 beim Kongreß zu Marseille unter dem Einflusse von Jules Guesde, der bis dahin und auch während der Verhandlungen des Kongresses hinter den Kulissen verblieb, proklamierte man die kollektivistische Idee und gründete die Fédération des syndicats ouvriers, d. h. einen Verband der Arbeitersyndikate. Jules Guesde mußte bald einem anderen Manne weichen, dem jungen, ausgezeichneten Agitator Fernand Pelloutier. Pelloutier hatte vor allem versucht, Stützpunkte in den Arbeitsbörsen, die kurze Zeit vorher durch die radikalen Parteien nach dem Vorbilde der Fonds- und Handelsbörse ins Leben gerufen worden, zu finden und dort seinen Einfluß auszuüben. Diese Schöpfung war eine Folge der großen wirtschaftlichen Umwandlung, die die Arbeit zu einer Ware stempelte. Und Pelloutier wollte, daß die Arbeitsbörse ein Sammelpunkt des Proletariats, das Rathaus der revolutionären Bewegung werde. Seit dieser Zeit standen sich zwei Bewegungen gegenüber: die Fédération des Syndicats mit Jules Guesde, die die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes durch politische Mittler strebte, und die Fédération des Bourses unter dem Einfluß von Pelloutier, mißtrauisch gegen die Politiker und — die soziale Revolution fordernd. Ein Kampf begann!

Eine besondere Tatsache begünstigte die Bewegung, an deren Spitze Pelloutier stand. Der Minister des Innern, Charles Dupuy, veranlaßte damals die Schließung der wichtigsten Arbeitsbörse, der von Paris. Pelloutier äußerte zu Dupuy, er habe durch diesen Schritt mehr geleistet als zwanzig Jahre ruhiger Propaganda; Guesde hingegen drückte sich über diese Schließung in einem ganz anderen Sinne aus. Auch er beglückwünschte den Minister, doch meinte er, die natürliche Folge, die der Minister durch diese Schließung bewirken werde, sei die, daß die Arbeiter sich eben mit Politik beschäftigen müßten. — Doch schon der nächste Kongreß zu Nantes bewies,

daß die Ansicht Pelloutiers die richtige war. Seine Anhänger, die Anarchisten und Revolutionäre, trugen den Sieg davon, unterstützt durch einen noch jungen, noch wenig bekannten Advokaten aus Saint Nazaire, Aristide Briand, der trotz Guesdes Widerstande zum Generalstreik aufforderte. Die Fédération des syndicats ging aus diesem Kampfe überaus geschwächt hervor; die Anarchisten, die Herrscher der Situation, beschlossen auf eben diesem Kongresse im Jahre 1894 die Gründung der *Confédération générale du travail*, deren Tätigkeit und Einfluß in den folgenden Jahren einen ungeahnten Aufschwung nahm. Bereits ein Jahr darauf, auf dem großen Arbeiterkongreß zu London, vertrat diese junge Gesellschaft die große Arbeiterbewegung Frankreichs in würdiger Weise.

Die Psychologie der Anarchisten ist wohl am besten in den bekannten Büchern von Georges Sorel gekennzeichnet. Das Hauptwerk von Sorel ist bereits vor neun Jahren erschienen und betitelt sich *Reflexions sur la violence*.

Sorel will nachweisen, daß der Marxismus überhaupt nur durch den revolutionären Syndikalismus verwirklicht werden könne, daß die Arbeitnehmer sich unter der syndikalistischen Flagge gruppieren müßten, um ihr Programm durch eigene Kraft zu erfüllen: daß der Parlamentarismus nicht zum Ziele führe.

Wer die Bücher von Sorel und dessen Artikel, in den verschiedensten Zeitschriften erschienen, liest, versteht z. B. sehr wohl, warum auf dem in Amiens im Oktober 1906 abgehaltenen Syndikatskongreß jede Annäherung an den Sozialistenverband rundweg abgelehnt wurde. Unter dem Einfluß von Sorel erklärte die C. G. T., sich nicht mit dem politischen Sozialismus, der sowohl Bürger als auch Arbeiter umfaßt, vermengen zu wollen, da sie selbst nur aus Proletariern bestehe.—Der Sozialismus, sagte man, ist politisch — unser Syndikalismus ist wirtschaftlich, revolutionär und will es bleiben.

Worin besteht nach Ansicht der Syndikalisten die wichtigste Aufgabe der Gegenwart?

Sie besteht darin, alle Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Klasseninteressen zu führen, die denjenigen der Bürgerschaft, die das Kapital besitzt, entgegen gesetzt sind.

„Der Syndikalismus verurteilt alle Versuche, die Klassen einander zu nähern, um ihre grundsätzliche Opposition zu vermindern; die Bemühungen der Philanthropen, den sozialen Frieden zu verwirklichen, um gemäßigte, wohlwollende, gütige Ideen zur Vorherrschaft zu bringen, beweisen nur, daß es Leute mit veralteten Ansichten gibt.“

„Wie hat man sich geirrt,“ fügen die Syndikalisten hinzu, „wenn man meinte, die Demokratie würde eine Umgestaltung der heutigen Gesellschaft bewirken. Die Demokratie, sagt der syndikalistische Theoretiker Professor Lagardelle, hat Bankrott gemacht, sie wollte die Gesellschaftsklassen durch einandermengen und hat nur Verwirrung in das politische Leben getragen. Die Erfahrung hat bewiesen, daß es unmöglich sei, den Klassenkampf auf parlamentarischem Gebiete und in der Wahlkampagne zu führen.“

„Nun ist aber“, sagen die Syndikalisten, „der Klassenkampf eine unabdingte Notwendigkeit. Die Klasse, d. h. die soziale Kategorie, welche die Individuen nach identischen Situationen, nach Interessengemeinschaften gruppiert, ist das unvermeidliche Ende der geschichtlichen Evolution, während die politische Partei, zu der die Demokratie führt, nur ein Aggregat heterogener Elemente ist, die durch künstliche Bande vereinigt werden. Es ist

eine falsche, gemachte, gefährliche Vereinigung, in der Männer, aus allen Schichten der Gesellschaft stammend, infolge mehr oder weniger übereinstimmender Ansichten etwas Gutes zu machen glauben, wenn sie feilschen und von Grund aus entgegengesetzte Interessen durch Zwitterkompromisse miteinander zu verkuppeln trachten.“

„Will man Staatsbürger einander nähern, weil sie vor der Wahlurne gleich sind, ohne den verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, dann begeht man einen monströsen Irrtum. Jedes Zusammenarbeiten dieser bringt Unheil, ist nur geeignet, den Klassenkampf in den Hintergrund zu schieben, dieser führenden Idee Gewalt anzutun. So sehen wir, daß die sozialistische Partei, während sie vorgibt, die Arbeiterschaft zu repräsentieren, neben den Arbeitern und Bauern eine Menge von kleinen Bürgern, Beamten, Intellektuellen, Ärzten und Advokaten umfaßt; ja, man findet darunter sogar Millionäre . . .“

„Die Politik wird also nicht vorwärts führen. Die heterogene Wählermasse ist sich ihrer wirklichen Interessen nicht bewußt. Wir sehen täglich das Ergebnis: die feige Mehrheit erdrückt die Minderheit. Welches ist denn auch im wesentlichen die Taktik der Wahlkandidaten aller Richtungen? Sie wollen so viel Wählerstimmen als möglich, selbst bürgerliche, gewinnen. Noch besser geht es beim zweiten oder dritten Wahlgange; unter dem Vorwande republikanischer Disziplin gelangt man zu den allerverdächtigsten, manchmal sogar schimpflichen Kompromissen. Schließlich vertreten selbst jene Versammlungen, deren Mitglieder sich für Demokraten reinsten Wassers ausgeben, vor allem die Interessen der Bürgerschaft; die Sachlage zwingt sie, die Staatsraison anzurufen.“

„Ein Revolutionär, der Minister wird, hört sofort auf, diese Bezeichnung weiter zu verdienen. Es gibt keine revolutionären Minister. Er verwendet alle alten Unterdrückungsmethoden: das Gericht, die Polizei und die Armee. Er schützt die Gesellschaftsordnung, die den Arbeiter dem Arbeitgeber, den Proletarier dem Kapitalisten unterwirft.“

„Man meint gut zu tun, indem man die Arbeiterschutzgesetze verstärkt. Gesetze, die beispielsweise auf eine Reglementierung der Streiks und ein obligatorisches Schiedsgericht hinauslaufen: Welche Illusion! Indem man Fristen, Zahlungstermine, Reglementierungen, Strafbestimmungen gegen jene schafft, die diese Gesetze verletzen würden, gelangt man nur dazu, die Initiative dieser aufgeklärten Minorität zu unterdrücken, die allein ein Ideal hat. Auf diese Weise wird der Streik parlamentarisiert, der Geist legitimer Revolte, der die Streikenden beleben soll, erstickt.“

„Man wende nicht ein, daß man viel von der Entwicklung des Unterrichtswesens erwarten könne. Man überschätzt auch die Wohltaten der Schule, die, wie man sagt, den einzelnen emanzipieren soll. Man glaubt, daß die Lehrer ein Wunderwerk verrichten, weil sie antiklerikal und Atheisten sind. Was tut diese Laienschule? Sie setzt an Stelle der alten Götzen neue. Sie zieht den Kultus der Armee, des Vaterlandes groß, läßt vor den Augen der Kinder den falschen Glanz der Kriegsgeschichte blinken; sie spricht ihnen von Unterwerfung unter die Gesetze, unter die Autorität der Behörden. Kann man jemanden auf diese Weise frei machen? Nicht die Schule, die Proletarier selbst müssen sich intellektuell befreien.“

„Die Syndikate werden nicht nur Sammelpunkte der Produktion, sondern auch des Unterrichts werden. Sie sind es, welche die Resolutionen unserer Kongresse aus Theorie in Praxis verwandeln werden.“

„Die Syndikalisten sagen ebensowenig, daß der Staat notwendig ist, um die große Vaterlandsiddee zu verkörpern. Sie sagen: wir wollen kein Vaterland mehr; man muß antipatriotisch und gleichzeitig staatsfeindlich sein; es ist ein Irrtum, von nationalem Boden, nationalen Reichtümern zu sprechen, die Vaterlandsiddee steht mit der Idee des Eigentums in inniger Verbindung. Der Patriotismus kann nur mit einer Teilhaberschaft an den sozialen Gütern erklärt werden; welche Absurdität ist daher ein Patriot ohne väterliches Erbteil. Der Proletarier besitzt nichts, er hat keinerlei Anteil am nationalen Vermögen. Die Bürger mögen nur ihr Vaterland lieben, für sie ist das die Dankbarkeit ihres Magens. Die Ära der Vaterlandsiddee ist vorüber, diejenige der Klassenidee beginnt. An die Stelle der patriotischen Pflichten tritt die Pflicht, sich der Klasse zu weihen.“

„Man sagt, daß das Vaterland das „Land der Väter“ sei, gut, so soll der Arbeiter seine Klasse wie seine „Mutter“ lieben. Er hat nur einen Feind: den internationalen Kapitalismus; der einzige berechtigte Krieg ist die Revolte aller Proletarier gegen alle Kapitalisten. Es gibt daher kein Vaterland, und mithin hat die Armee keine Daseinsberechtigung. Wozu soll man sich zum Krieg rüsten. Die Proletarier sollen nicht ihr Leben aufs Spiel setzen, um das Eigentum der Kapitalisten zu schützen. An dem Tage des Ausbruchs eines Krieges dürfen sie nicht zögern, den allgemeinen militärischen Streik zu erklären. Der revolutionäre Syndikalismus muß an der Verbreitung dieser Idee arbeiten, das ist das einzige richtige Mittel, in Zukunft jeden Krieg zu verhindern.“

„Zur Erreichung des kollektivistischen Ideals aber kann nur ein Generalstreik führen.“

Dies alles Zitate der syndikalistischen Lehre.

In der Tat stellt sich der revolutionäre Syndikalismus ganz besonders als eine Philosophie des Streikes dar. Der Streik bietet, wie uns die Syndikalisten versichern, von allen Zwischenfällen eines Arbeiterlebens die meisten Lehren. Der Streik zeigt den unüberbrückbaren Widerstreit zwischen den Interessen des Arbeitgebers und denjenigen des Arbeiters; er macht es wahrnehmbar, daß der Arbeitgeber vor allem die Arbeitszeit erhöhen, den Lohn vermindern will, und wie sehr dagegen der Arbeiter die Erhöhung seines Lohnes und die Verkürzung der Arbeitszeit herbeisehnt. Er verrät dem Arbeiter, daß das einzige Mittel, von Grund auf das Schicksal des Proletariats zu verbessern, die Umformung der Gesellschaft ist.

„Der Streik ist die beste Kritik des kapitalistischen Systems des ‚Vaterlandes‘ und Staatsbegriffes. Er läßt am besten die Unbilligkeit einer Organisation erkennen, unter deren Schutz es Leute gibt, die im Luxus leben können, ohne zu arbeiten, und andere, die sich abmühen, ohne etwas zu besitzen.“ „Einerseits Diebe, andererseits Bestohlene.“ Das sind die ureigenen Worte des Generalsekretärs der revolutionären Zeitung „La voix du peuple“.

Wie weit sind wir mit dem revolutionären Syndikalismus von der „kindlichen“ Auffassung des Gesetzes vom Jahre 1884 entfernt! Es handelt sich dem Syndikat darum, die Arbeiterklasse gegen alle andern aufzuhetzen; der Klassenkampf wird zum Ideal erhoben. Der Marxismus, der in ihm nur den Weg zur klassenlosen Gesellschaft der Zukunft sieht, ist längst überflügelt.

„Der Begriff einer sozialen Staatsordnung“, sagt Sorel in seinen Betrachtungen über die Gewalt, „ist eine reine Utopie. Es ist nutzlos, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, was heute die Bedürfnisse des Arbeiters befriedigen oder wie man mehr Gerechtigkeit in die Produktion hinein-

tragen könnte. Es ist nutzlos, die geringste Annäherung der Klassen untereinander anzustreben, den sozialen Gesetzen die geringste Bedeutung beizumessen, jenen Zwittereinrichtungen, in denen sich die Vertreter zweier Klassen begegnen: wie kollektive Arbeitsverträge, Arbeitsräte, obligatorische Schiedsgerichte. Die angeblichen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sind Schimären. Kampf, nichts als Kampf, der Kampf mit Gewaltmitteln. Die Gewalt, man darf darüber nicht erröten, sie ist eine normale Kundgebung des Kampfes; nur sie kann die Spaltung in Proletariat und Bürgerschaft aufrecht erhalten; nur sie allein befreit den edleren Kern, der in der Seele jedes Menschen sich findet.“

Die französischen Arbeiter sind weit davon entfernt, alle solchen und ähnlichen Doktrinen und Schlußfolgerungen anzunehmen.

Wenn die Mehrzahl der organisierten Arbeiter auch der Ansicht ist, daß die syndikalistische Tätigkeit unerlässlich sei, um anderen Aktionsmethoden der Arbeiterschaft einen proletarischen Charakter zu geben, wenn sie auch davon überzeugt ist, daß das Syndikat in hervorragender Weise geeignet ist, neue Energie, würdiges Selbstgefühl, Gefühle der Unabhängigkeit und Opferwilligkeit unter den Arbeitern zu erzeugen, steht sie doch dem Gesichtspunkt des englischen oder deutschen Gewerkvereins innerlich näher, als dem revolutionären Syndikalismus ihrer Führer.

Sie hat vor allem die Ansicht, daß es vorteilhaft sei, zunächst die Majorität der Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre politischen und religiösen Überzeugungen an die Syndikate heranzuziehen, um das Los der arbeitenden Klasse zu verbessern: genau die gleiche Idee, die ja auch der Bildung der „freien“ neutralen Gewerkschaften Deutschlands zugrunde lag, ob sie sich auch in der Praxis nur schwer verwirklichen läßt.

Die eigenartigen Ideen und Stimmungen des französischen Syndikalismus sind so nur die einer Minderheit in der französischen Arbeiterklasse, mag sie auch durch ihre größere Energie die Massen leiten.

Aber solche Beziehungen können sich wandeln, und damit kann die jetzige Phase der französischen Arbeiterbewegung, die so weit jenseits der Bahnen der internationalen Bewegung liegt, vorübergehen — und der Arm des großen Stromes, der sich so eigenwillig einen Weg gesucht hat, kann später einmal seine Wellen wieder dem großen Hauptstrom des internationalen sozialen Lebens zuführen.



DR. OTTO MICHALKE, CHARLOTTENBURG: DIE GEWERKSCHAFTLICHE ARBEITSVERMITTLUNG IN DEUTSCHLAND*).



LS vor ungefähr zwei Jahren der Zechenverband seinen großangelegten Plan eines Arbeitsnachweises für das Ruhrgebiet zur Ausführung brachte und damit große politische Aktionen im Reichstag und im preußischen Landtag verursachte, wurde neuerdings

*) Von Dr. Otto Michalke erschien ein außerordentlich unterrichtendes Werk: „Über die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften im Deutschen Reich“ (Berlin, Georg Reimer, brosch. 5 Mk.), das das gesamte Material in übersichtlicher Anordnung enthält.

Die Redaktion.

weiteren Kreisen klar, daß die Frage der Arbeitsvermittlung doch nicht so ganz bedeutungslos ist. Eigentlich könnte sie dies schon aus historischen Gründen nicht sein, denn solange wir wirtschaftliche Organisationen haben, spielte auch die Arbeitsvermittlung eine Rolle, und Kämpfe um den Arbeitsnachweis zwischen den Zünften und Gesellschaften des Mittelalters waren nichts Seltenes. Es trat nur eine Unterbrechung in der Einschätzung der Arbeitsvermittlung ein, als im 19. Jahrhundert mit dem Umschwung der Produktionsgrundlagen die tatsächliche und rechtliche Beseitigung der alten Handwerkerorganisationen Hand in Hand ging.

Damit verschwand auch meist die geregelte Arbeitsvermittlung. Im Zeitalter der vollen Gewerbefreiheit schien für eine derartige Regelung kein Platz zu sein, und es entsprach wohl den damaligen wirtschaftlichen Anschauungen, wenn sich jedermann Arbeit suchte, wie er es eben für gut hielt.

Es wurde jedoch bald klar, daß mit den Formen der ungeregelten Arbeitsvermittlung große Mißstände und schwere wirtschaftliche Verluste verbunden sind. Die Lasten liegen hauptsächlich auf der Arbeiterschaft. Das Inserat und die gewerbsmäßige Stellenvermittlung nehmen den Arbeitslosen oft die letzten Mittel ab, und die Umschau wurde für die Arbeiter, besonders in großen Städten, immer mühseliger und wirkt überdies äußerst lohndrückend, da sie das Angebot von Arbeitskräften in einer übertriebenen Form zum Ausdruck bringt. Dies alles führte, wie auf anderen Gebieten, auch hier zu einer Reaktion, indem man die Arbeitsvermittlung wieder in geregelte Formen, in die Arbeitsnachweise, zu bringen versuchte. Seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begannen die Interessenten dieser Frage wieder ihr Augenmerk zuzuwenden. Die ersten Versuche gingen von privaten Wohltätigkeitsvereinen aus, denen ziemlich gleichzeitig die Arbeiterorganisationen, sowie die in den achtziger Jahren neu ins Leben gerufenen Innungen folgten. Erst später setzte die Bewegung zur Gründung der städtischen Arbeitsnachweise ein, während die der Arbeitgeberorganisationen kaum seit einem Jahrzehnt so recht zur Entfaltung gelangen konnten. Heute nun ist der Boden so weit vorbearbeitet, daß von vielen Seiten eine gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweisfrage ernstlich gefordert wird und zwar aus zweierlei Gründen: einmal, weil man der Meinung ist, eine vollständige Ausbreitung der geregelten Arbeitvermittlung in Form eines lückenlosen Netzes von Arbeitsnachweisen sei auf freiwilliger Grundlage nicht möglich, und zweitens um die Machtfrage aus der Arbeitsvermittlung auszuscheiden. Diese letztere wurde in erhöhtem Maße durch das Auftreten der Arbeitgebernachweise aufgeworfen, die durch ihren teilweisen Zwangcharakter eine Schädigung der Arbeiterinteressen möglich machen konnten. Es muß aber hervorgehoben werden, daß derselbe Einwand auch der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung mit Recht gemacht werden konnte. Auch den Gewerkschaften war (oder ist vielleicht heute noch) der Arbeitsnachweis eine Macht- und keine Rechts- oder Zweckmäßigkeitsfrage. Nur haben in den Großindustrien die Arbeitgeber heute noch die Macht und können deshalb ihre Arbeitsnachweise einrichten und durchsetzen. Die Arbeiter konnten wohl die Theorie aufstellen und verfechten, daß ihnen als Verkäufer der Arbeitskraft der Arbeitsnachweis gehöre, daß sie ebenso wie andere Warenverkäufer das Recht haben müßten, auf die Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft durch den Arbeitsnachweis einwirken zu können. In der Praxis hing es von der Macht der Gewerkschaft ab, ob ihr Arbeitsnachweis irgendeine Bedeutung erlangte, und da die Macht der Gewerk-

schaften heute noch immer eine sehr beschränkte ist, waren es nur ganz wenige kleine Berufe, in denen die eigene Arbeitsvermittlung ausschlaggebend wurde. Dies wird aus einer Betrachtung der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung klar werden.

Aus welchem Grunde verlangten wohl die Gewerkschaften den eigenen Nachweis? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns kurz Wesen und Wert des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses überhaupt klar machen. Der Arbeiter bedeutet vereinzelt auf dem Arbeitsmarkt gar nichts. Er steht den Marktverhältnissen machtlos gegenüber. Erst die Gewerkschaften mit ihren Unterstützungseinrichtungen und ihrem Bestreben zur kollektiven Vertragsschließung geben den Arbeitern den nötigen Rückhalt, der ihre Stellung zu einer ähnlichen macht, wie sie andere Verkäufer am Markt einnehmen. Nun brauchen die organisierten Arbeiter bei verminderter Nachfrage nicht unter schlechten Arbeitsbedingungen Beschäftigung zu nehmen, denn es schützt sie die Arbeitslosenunterstützung ihres Verbandes. Sie können mit dem Verkauf der Arbeit zurückhalten, sie können ihr Angebot der Nachfrage anpassen und so verhindern, daß die bereits errungenen Vorteile durch das verminderte Kaufgebot verloren gehen. An manchen Orten werden die Verhältnisse schlechter sein und sich Arbeitskräfte ansammeln, die vielleicht anderswo begehrte werden. Durch die Reise- und Umzugsunterstützung, sowie eine gut funktionierende Arbeitsvermittlung kann die Gewerkschaft ausgleichend wirken. Endlich wurde durch die Tarifverträge ein Mindestniveau der Arbeitsbedingungen erreicht, das Arbeiter und Arbeitgeber einhalten sollen, auch wenn die Marktverhältnisse sich ändern.

Alle diese Teile der gewerkschaftlichen Arbeit haben unleugbar die Arbeitsvermittlung beeinflußt, wenigstens in dem Sinne, daß sie bei der Umschau das Moment des Lohndruckes sicherlich abgeschwächt haben, und das war schon ein großer Erfolg. Um aber zu einer wirksamen Bekämpfung der Umschau, sowie zu einer Aufrechterhaltung und Verbesserung der beruflichen Arbeitsbedingungen zu gelangen, brauchte es eines organisierten Vorgehens. Man glaubte dies am besten mit eigenen Arbeitsnachweisen zu erreichen. So schuf man die gewerkschaftlichen Nachweise, die einmal Selbstzweck sind, denn sie dienen zur Beseitigung der ungeregelten Arbeitsvermittlung, also der Umschau, des Inserates, der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung. Zugleich dienen sie aber als Ergänzung der Arbeitslosenunterstützung und sind ebenso wie diese eines der Mittel im Komplexe gewerkschaftlicher Arbeit. Theoretisch hat man den gewerkschaftlichen Nachweisen allerdings einen viel weitergehenden Aufgabenkreis gezogen. Sie sollten ein Mittel sein, die Macht der Gewerkschaften im wirtschaftlichen Kampfe zu erhöhen und zu vervollständigen. Die Beherrschung des Arbeitsmarktes ist es ja, was die Gewerkschaften letzten Endes erstreben. Könnten sie mit ihren Unterstützungseinrichtungen die überflüssige Arbeitskraft aufkaufen und so das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Belieben korrigieren, so wäre der Arbeitsnachweis in ihren Händen nur der Regulator. Nur durch ihn könnten die Arbeitgeber Arbeitskräfte bekommen, natürlich zu Preisen, die von der Gewerkschaft festgesetzt werden. Dieses Arbeitsnachweisideal ist heute von den Gewerkschaften fast durchwegs aufgegeben, wenigstens für die Praxis. Geblieben ist dem gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis heute nur die reine Arbeitsvermittlung, allerdings nur auf Grund bestimmter, irgendwie anerkannter Arbeitsbedingungen, und damit bildet er eine Ergänzung der Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften.

Auch diese Aufgabe kann er aber nicht voll erfüllen, weil er von den Arbeitgebern einfach nicht oder nur in Notfällen benutzt wird. Es sind nur einige wenige, meist kleine und gut organisierte Berufe, deren gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung für die Arbeitgeber tatsächlich obligatorisch ist. So vor allem die Notenstecher und Xylographen. Von andern Berufen, in denen der Gewerkschaftsnachweis noch bedeutend ist, wären zu nennen: Bildhauer, Dachdecker, Feilnhauer, Glaser, Graveure und Ziseleure, Hutmacher, Isolierer, Zigarrensortierer, zusammen etwa 30 000 Organisierte, während die Zahl der Berufstätigen 100 000 beträgt. Rechnen wir noch einige weitere Berufe hinzu, die auch einen mittelmäßig ausgebildeten Gewerkschaftsnachweis besitzen, so kommen wir wohl zu einer Zahl von 3—400 000 berufstätigen Arbeitern, von denen man sagen könnte, daß für sie die Gewerkschaftsnachweise von einiger Bedeutung sind. Was will dieser kleine Bruchteil aber bedeuten, da nach der letzten Berufszählung etwa 10 Millionen gewerblicher Arbeiter im Deutschen Reich beschäftigt waren.

Noch deutlicher tritt die Belanglosigkeit der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung in Erscheinung, wenn wir folgendes erwägen. Im Jahre 1894 wurde die Gesamtzahl der jährlich im Deutschen Reich gewechselten Stellen gewerblicher Arbeiter und Dienstboten auf 5 Millionen geschätzt. Wenn diese Zahl annähernd richtig war, so hat sie sich bis heute eher vermehrt, denn vermindert. Nun können wir die Gesamtvermittlung aller Nachweise 1910 auf etwa drei Millionen besetzte Stellen schätzen, und davon kommen auf die Arbeitnehmernachweise 300 000 Vermittlungen, also der zehnte Teil. Damit ist wohl der Wert der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung gebührend gekennzeichnet, und zugleich die Erklärung gefunden, weshalb die Gewerkschaften in den letzten Jahren eine vollständige Schwenkung zum paritätischen Arbeitsnachweis vollzogen haben.

Gründe für diesen Umschwung gab es mancherlei. Einmal sahen wohl die Gewerkschaften ein, daß ihre Macht zur Durchführung eigener Nachweise nicht ausreichte, daß sie allein nicht zu einer geordneten Arbeitsvermittlung kommen könnten. Am meisten dürfte aber die Entstehung der Arbeitgebernachweise diesen Umschwung beschleunigt und die Gewerkschaften in das Lager der Parität getrieben haben. Von allen Kampfmitteln der Arbeitgeberorganisationen ist heute der Arbeitsnachweis von den Gewerkschaften vielleicht am meisten gefürchtet. Und als sich der Arbeitgebernachweis besonders in den letzten Jahren so mächtig entwickelte, da wurde die Arbeitsnachweisfrage für die Gewerkschaften brennend. Heute genügt ihnen ihr Verlangen nach öffentlich-paritätischen Nachweisen kaum mehr, heute verlangen sie eine gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises und sind die eifrigsten Verfechter derselben geworden. Dies wurde auf den letzten Gewerkschaftskongressen zu Hamburg 1908 und Dresden 1911 ausgesprochen und tritt bei vielen anderen Anlässen scharf zutage. So haben die Arbeitgebernachweise das Verdienst, die Frage der Arbeitsvermittlung ins Rollen gebracht zu haben. Ob es aber so bald zu einer gesetzlichen Regelung kommt, ist unwahrscheinlich, und viele Kenner der ganzen Verhältnisse halten sie heute noch für unzweckmäßig. Jedenfalls wird dieses Jahrzehnt noch manchen großen Kampf um den Arbeitsnachweis sehen, und erst durch weitere harte Erziehungsarbeit werden beide Teile, Arbeiter und Arbeitgeber, zu der Einsicht kommen, daß der gemeinsam geführte Arbeitsnachweis viele Vorteile bietet, auch wenn er kaum die Arbeitsvermittlung den sozialen Kämpfen ganz entziehen wird.

DR. GEORG JAHN, LEIPZIG: DER GEWERKSCHAFTSGEDANKE UNTER DEN PRIVATANGESTELLTEN.



ENN es der Zweck der Gewerkschaften ist, Menschen mit gleichgerichteten wirtschaftlichen Interessen und Strebungen zu einer Einheit zusammenzufassen, um durch gemeinsamen Verkauf der Arbeitskraft und Regulierung des Arbeitsvertrages — sei es im Wege friedlicher Verständigung, sei es nach harter Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern — eine Steigerung des Arbeitsentgeltes und die Verbesserung aller übrigen Arbeitsbedingungen herbeizuführen, so muß sich der Gewerkschaftsgedanke in seiner ganzen Schärfe auch auf die Privatangestellten anwenden lassen. Tatsächlich gewinnt derselbe auch unter den Privatangestellten, die heute in Deutschland an Zahl bereits die zweite Million überschritten und sich starke Organisationen geschaffen haben, immer mehr an Einfluß und Zugkraft, zunächst rein theoretisch, neuerdings aber in stärkerem Grade auch praktisch. Dieser Anschauungs- und Stimmungsumschwung hat seinen Grund hauptsächlich wohl in der andersartigen Lebenslage der Angestellten und der — im Vergleich zu früher — wesentlich veränderten Stellung dem Arbeitgeber gegenüber. Die Privatangestelltenschaft als soziale Gesamterscheinung und die zu ihr gehörigen einzelnen Berufsstände sind ein Produkt des Kapitalismus und der gesteigerten Arbeitszerlegung und Differenzierung im modernen Großbetriebe und als solche noch ziemlich jugendlichen Alters. Die wenigen Privatangestellten, die es z. B. in den siebziger Jahren in Deutschland gab, waren noch so sehr die persönlichen Gehilfen ihrer Prinzipale und standen mit ihnen noch derart in direkter Arbeitsgemeinschaft, daß das Bewußtsein von einer etwa vorhandenen Interessengegensätzlichkeit kaum je oder doch nur in außerordentlichen Fällen wach werden konnte. Dazu kam, daß der Privatangestellte, und zwar der Handlungsgehilfe sowohl wie der Werkmeister und Techniker, gleich dem Handwerksgesellen mit Bestimmtheit darauf rechnete, sich später selbständig zu machen. Er betrachtete also die Angestelltentätigkeit als ein Durchgangsstadium, als die Lehr- und Vorbereitungszeit für den eigentlichen Lebensberuf. Es ist klar, daß unter solchen Umständen kein Angestellter an gewerkschaftlichen Kampf dachte. Waren die Verhältnisse wirklich schlechte, so versuchte man so schnell als möglich den Gehilfenrock auszuziehen und einen eigenen Betrieb zu eröffnen; waren sie gut, so hatte man keine Veranlassung, das ungetrübte Verhältnis zum Arbeitgeber irgendwie zu stören.

Das ist heute wesentlich anders geworden. Eine immer größer werdende Mehrheit unter den Privatangestellten ist von der wirtschaftlichen Selbständigkeit ausgeschlossen und zur dauernden Abhängigkeit verurteilt. Angestellter sein ist also heute kein Übergangsstadium mehr, sondern ein Lebensberuf. Deshalb muß sich der Privatangestellte in diesem Lebensberuf häuslich einrichten, muß er danach streben, seine Lage zu verbessern und einen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen zu gewinnen. Damit ändert sich notwendig auch seine Stellung zum Arbeitgeber. Er lernt sich als Glied einer zusammengehörigen Volksgruppe, eines Standes von Arbeitnehmern fühlen, und tritt unwillkürlich in einen Gegensatz zur Prinzipalität als der Gesamtheit der selbständigen Arbeitgeber seines Berufs- und Wirtschaftszweiges.

Auch die Stellung der Privatangestellten im Betriebe selber hat sich mit der starken Arbeitszerlegung und Differenzierung, die ein Charakteristikum des modernen Betriebes ist, verschoben, ohne freilich zu jener Gleichartigkeit zu führen, die wir von der Industriearbeiterschaft her kennen. Es ist durchaus falsch, wenn man behauptet, die Privatangestellten befänden sich gegenüber dem kapitalistischen Unternehmertum genau in der gleichen Lage wie die Lohnarbeiter, und es wäre deshalb das Zweckmäßigste und Vorteilhafteste, wenn beide Arbeitnehmerschichten sich in eine gemeinsame Schlachtlinie mit gemeinsamer Front stellen würden. Um stets Hand in Hand arbeiten zu können, dazu ist denn doch die Stellung der Privatbeamten im Wirtschaftsleben zu sehr von der der Arbeiter verschieden. Weder objektiv-tatsächlich, noch subjektiv-persönlich lassen sich Privatbeamtenenschaft und Arbeiterproletariat so zusammenschweißen, daß die namentlich von der Sozialdemokratie gewünschte gemeinsame Schlachtlinie hergestellt werden könnte. Zunächst ist die Stelle, an der der Privatangestellte in dem einzelnen Betriebe steht, eine durchaus andere als die des Arbeiters und läßt sich auch dort nicht mit ihr gleichsetzen, wo der Angestellte eine rein mechanische Tätigkeit verrichtet, oder der Arbeiter hochqualifizierte Arbeit leistet. Die Tätigkeit des Privatangestellten im üblichen Sinne des Wortes hat in der Regel den Zweck, entweder die Produktion selbst oder den Umsatz der Produkte aller Art vorzubereiten, und hat sich stets entwickelt durch mehr oder weniger weitgehende Differenzierung der eigentlichen Unternehmertätigkeit. Sie ist also immer Unternehmehilfstätigkeit, und steht als solche stets in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Zwecke und den Aufgaben des ganzen Betriebes, auch wenn sie noch so einfach und mechanisch ist. Das unterscheidet sie trotz aller tatsächlich und vielfach vorhandenen Übergangsstufen ziemlich scharf von der lediglich ausführenden Tätigkeit des Arbeiters, die man sich stets losgelöst denken kann von der Unternehmertätigkeit als solcher, ohne dadurch den unmittelbaren Arbeitserfolg wesentlich zu beeinträchtigen. Unmittelbar damit hängt der Umstand zusammen, daß die Arbeit des Privatangestellten objektiv wie subjektiv einen anderen Charakter trägt wie die des Lohnarbeiters. Diese ist durch Zerlegung und Übertragung auf Maschinen und Werkzeuge so stark mechanisiert worden, daß der Arbeiter heute kaum noch ein anderes Interesse an ihr hat als das, durch sie sein tägliches Brot zu verdienen. So seelenlos aber ist die Tätigkeit des Privatangestellten, auch wo sie stark mechanisiert ist, doch noch nicht geworden, und kann sie auch nicht werden, eben weil sie stets irgendwie in unmittelbarem Zusammenhange steht mit dem Zwecke des Betriebes und der Tätigkeit des Unternehmers. Das Verhältnis des Angestellten zum Arbeitgeber ist also nicht das gleiche wie beim Arbeiter. Immerhin kann man sagen, daß sich das erstere dem letzteren um so mehr nähert, je stärker die vom Angestellten ausgeübte Unternehmehilfstätigkeit differenziert ist und je unpersönlicher die Beziehungen zwischen ihm und dem Chef sind. In einem modernen Fabrikbetriebe mit Tausenden von Arbeitern, einem Bureau mit Hunderten von technischen Angestellten und einem Kontor mit einem entsprechend zahlreichen kaufmännischen Personal, hat sich die Angestelltentätigkeit bereits derartig spezialisiert, differenziert und mechanisiert, daß von einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Chef und Angestellten in dem Sinne wie früher nicht mehr geredet werden kann. Der Unternehmer ist in solchen Betrieben gezwungen, sich auf die Gesamtleitung zu beschränken, Anregungen zu geben, Anordnungen zu treffen und den Knotenpunkt, durch

den alle Fäden laufen müssen, zu bilden, dagegen die Durchführung seiner Gedanken und Befehle seinen kaufmännischen und technischen Gehilfen zu überlassen. Hier wird der Angestellte also Glied eines Mechanismus, den der Chef dirigiert, hier schwindet das persönliche Band, das früher beide umschlang, und bringt zugleich die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu stärkerem Bewußtsein. Anders z. B. im Detailhandel. Dort hängt alles noch viel enger zusammen, dort arbeiten selbst in ziemlich großen Verhältnissen noch Chef und Angestellte in direkter persönlicher Gemeinschaft. Der Angestellte spürt hier ganz unmittelbar, wie sehr von einem guten Verhältnis zwischen ihm und seinem Prinzipal der Arbeitserfolg und das Gedeihen des Geschäftes abhängig ist und unterdrückt deshalb eher feindselige Stimmungen, wie sie die energische Vertretung seiner Interessen oft mit sich bringen würde. Wieder anders liegen die Verhältnisse z. B. im Anwaltsbüro; hier ist der Bureauvorsteher die rechte Hand des Anwaltes, der ohne ihn nicht existieren kann, auf den er sich in tausend Fällen unbedingt verlassen muß, und den er deshalb dauernd an sich zu fesseln sucht. Das persönliche Moment, das Vertrauensband, ist also auch hier vorhanden. Es fehlt dagegen sehr leicht bei den übrigen Gehilfen, seien es nun Expedienten, Registratoren oder Stenotypisten, und zwar natürlich um so mehr, je größer der Betrieb ist.

Dem verschieden gearteten Verhältnis zwischen Chef und Angestellten entspricht denn auch der Grad, in welchem sich der Gewerkschaftsgedanke bisher in den einzelnen Privatangestelltenkategorien durchgesetzt hat. Die Handlungsgehilfen haben ein um so geringeres Verständnis für den gewerkschaftlichen Kampf, d. h. die energische Vertretung ihrer speziellen Angestellteninteressen gegenüber ihren Arbeitgebern, je kleiner die Betriebe sind, in denen sie arbeiten. Der Kommiss eines kleineren Detaulgeschäftes ist auch heute noch auf ein enges Zusammenarbeiten mit seinem Chef angewiesen, und es würde deshalb für ihn höchst unerquickliche Folgen haben, wenn er Stellung gegen den Prinzipal nehmen wollte. Anders liegen die Dinge dagegen bei den Hunderten von Angestellten der großen Spezialgeschäfte und Warenhäuser und vor allem dem kaufmännischen Personal großer Fabrikabställe. Wäre es bekannt, wie sich die Mitglieder der großen Handlungsgehilfenorganisationen nach Branchen und Betriebsgrößen zusammensetzen, so würde man finden, daß überall dort, wo die in kleineren Betrieben und vor allem im Detailhandel beschäftigten Gehilfen überwiegen, die Neigung zu gewerkschaftlicher Stellungnahme sehr gering ist, daß aber dort, wo die Angestellten der großen Engrosgeschäfte, Warenhäuser oder Fabrikkontore stärker in den Vordergrund treten, der Gewerkschaftsgedanke schon festeren Fuß gefaßt hat. Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, daß der „Bund der kaufmännischen Angestellten“, die neueste aus den Kreisen der kaufmännischen Angestellten großer Industriewerke hervorgegangene Verbandsgründung, sich von vornherein auf rein gewerkschaftlichen Boden gestellt hat, während die älteren Handlungsgehilfenorganisationen ihrer Zusammensetzung entsprechend sämtlich nur zaghaft und langsam dem Gewerkschaftsgedanken Konzessionen zu machen beginnen. Ganz ähnlich steht es mit den Bureaubeamtenverbänden, die um so rückständiger in dieser Beziehung sind, je ausschließlicher sie wie z. B. der Verband Deutscher Rechtsanwalts- und Notariatsbureaubeamten ältere Bureauvorsteher zu Mitgliedern haben. Derselbe Stufengang zeigt sich schließlich auch bei den technischen Angestellten, von deren Verbänden begreiflicherweise der Bund der technisch-

industriellen Beamten sich von Anfang an auf rein gewerkschaftlichen Boden stellte und stellen mußte, da sich seine Mitglieder fast ausschließlich aus den Angestellten großer und größter Industriewerke, in denen ein persönliches Band zwischen Chef und Angestellten vollständig fehlt, rekrutieren. Hingegen ist im Werkmeisterverband eine entschiedene Betonung des alten Harmoniestandpunktes zu beobachten, die erklärlich wird, wenn man an das engere Verhältnis des Werkmeisters zum Fabrikleiter und Chef denkt.

Die Neigung zur energischen Durchführung gewerkschaftlicher Aufgaben scheint also dem Grad der Entpersönlichung des Verhältnisses zwischen Chef und Angestellten direkt proportional zu sein. Allerdings muß man dabei bedenken, daß sich großen Arbeitskämpfen der Angestellten erheblichere Schwierigkeiten entgegensezten als denen der Arbeiter. Ganz abgesehen davon, daß die meisten Privatangestelltenverbände finanziell allzuwenig gerüstet sind, ein Umstand, der allerdings in kurzer Zeit beseitigt werden könnte, ist in vielen Fällen die Zahl der Organisierten im Vergleich zur Zahl der betreffenden Angestelltenkategorie viel zu gering, um von vornherein einen Erfolg zu gewährleisten. Die unorganisierten Privatangestellten lassen sich nicht wie bei den Arbeitern zur Teilnahme am Kampfe mit fortreißen, und sind infolgedessen in der Lage, mit Leichtigkeit auch die bestvorbereitete Bewegung zunichte zu machen. Dazu kommt, daß es zumeist nicht gelingt, den Arbeitsmarkt trotz regster Tätigkeit in der Fach- und Tagespresse und der Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel, einschließlich des Streikpostenstehens, völlig zu beherrschen, schon weil die Unternehmer in zahlreichen Fällen Gelegenheit haben, sich mit ausländischen Arbeitskräften oder Angehörigen benachbarter Berufe zu behelfen. Diese Schwierigkeiten, die einstweilen größere Erfolge in den bisherigen Arbeitskämpfen namentlich der technischen Angestellten verhindert oder zunichte gemacht haben, können jedoch als dauernde Hemmnisse nicht betrachtet werden.



ERIK SJÖSTRAND, STOCKHOLM: DIE KOLLEKTIVEN ARBEITSVERTRÄGE IN SCHWEDEN.



Die kollektiven Arbeitsverträge haben in Schweden eine größere Ausdehnung gewonnen als in irgend einem anderen Lande der Erde; während die Gesamtzahl aller gewerblichen Arbeiter im Lande zwischen 500 000 und 550 000 beträgt (Staatsangestellte nicht eingerechnet), betrug die Zahl der Arbeiter, deren Arbeitsverhältnisse durch kollektive Arbeitsverträge geregelt wurden, zu Ende 1908 320 000 und zu Beginn des Jahres 1909 356 000. Dieser große Aufschwung ging auf eine Reihe von kollektiven Arbeitsverträgen in den Eisenwerken, der Holzindustrie, den Papier- und Maschinenfabriken und Bekleidungswerkstätten zurück; allerdings hat der Generalstreik des Jahres 1909 einen fühlbaren Rückschlag gebracht, viele kollektive Arbeitsverträge wurden nicht erneuert, und heute dürfte die Zahl der Arbeiter, die an ihnen beteiligt sind, wieder auf den Stand von 1908, also ungefähr 320 000, gesunken sein.

Hauptbildner kollektiver Arbeitsverträge sind die großen Stapel-

industrien des Landes, die Holzbearbeitung, die Papierfabrikation, die Maschinenfabrikation und die Steinbrüche. Ein wesentliches Verdienst hieran muß der Staatspolitik zugeschrieben werden, die in ihren Lieferungsverträgen stets gewisse Bedingungen zugunsten der Angestellten und Arbeiter festlegte. Auf Grund dieser Bedingungen schlossen dann die Unternehmungen Verträge mit ihren Arbeitern, und deren strikte Einhaltung wurde von der Regierung kontrolliert; besonders auch die Holzindustrie und die Eisenwerke, die ihrerseits wieder mit staatlichen Konzessionen zu rechnen haben, haben sich in dieses System hineinfinden müssen.

Der älteste dieser Verträge betrifft das Buch- und Steindruckergewerbe, das in Schweden wie anderswo sich von alters her durch die straffe Organisation seiner Angehörigen auszeichnete. Diese gewerkschaftliche Organisation ebnete den Weg zum kollektiven Arbeitsvertrag und das gleiche Phänomen zeigte sich auch in anderen Gewerben. In der Landwirtschaft, wo sich gewerkschaftliche Organisationen wegen der großen Bodenausdehnung des Landes schwer erzielen ließen, haben auch die kollektiven Arbeitsverträge nicht die gleiche Verbreitung gefunden.

Die wichtigsten Bestimmungen der kollektiven Arbeitsverträge betreffen die Lohnverhältnisse. Sehr häufig werden Minimallöhne festgelegt, in anderen Fällen wieder wird in den Verträgen nicht ausdrücklich bestimmt, ob die in ihnen festgelegten Löhne Minimal- oder Durchschnittslöhne sein sollen. Im allgemeinen sind die Löhne als Minimallöhne aufzufassen und die tatsächlich bezahlten Summen übersteigen häufig die im Vertrag festgelegte untere Grenze. Andererseits sind in den meisten Verträgen auch gewisse Fälle angegeben, in denen die Gehälter unter das vertraglich festgelegte Ausmaß sinken dürfen resp. sind für den Anspruch auf den Minimallohn gewisse besondere Erfordernisse festgelegt, wie: berufliche Tüchtigkeit, Eifer in der Arbeit oder Erreichung eines bestimmten Alters. Im allgemeinen werden sowohl Zeit- als auch Akkordlöhne festgelegt, häufig werden beide in der Weise kombiniert, daß der Arbeiter im Akkord entlohnt wird, jedoch mit Festsetzung eines bestimmten Minimums pro Tag. Diese für die Arbeiter besonders günstige Bestimmung wird jedoch infolge des Widerstandes der Arbeitgeber in neue Verträgen nur noch selten aufgenommen. Eine Zeitlang wurde auch in viele Verträge eine Bestimmung eingefügt, daß die Löhne bei günstiger Geschäftslage automatisch steigen sollten. Diese Vereinbarung „gleitender Lohnskalen“ wird aber eher seltener denn häufiger, da man vielfach der Ansicht ist, daß die oft ganz zufälligen Ursachen zuzuschreibenden, vorübergehenden günstigen Geschäftskonjunkturen keinen Billigkeitsmaßstab für die Entlohnung der Arbeiter bieten. Die vom Staate überwachten Verträge gehen häufig ins Detail auch in geographischer Beziehung ein und sehen für Arbeit auf „teuerm Boden“ höhere Löhne als in Orten mit wohlfeilen Lebensbedingungen vor.

Die kollektiven Arbeitsverträge enthalten stets auch Bestimmungen über die Arbeitszeit und da sie leicht zugänglich sind, wird es möglich, die Verteilung der verschiedenen Arbeitszeiten auf die schwedischen Industrien klar festzuhalten. Es konnte so festgestellt werden, daß im Jahre 1908 nur 3 % aller Arbeiter mehr als 10 Stunden pro Tag arbeiteten und 60 % zwischen 57 und 58 Stunden pro Woche. Dies ist in der Tat die Arbeitszeit, die in den kollektiven Arbeitsverträgen durchschnittlich festgelegt wird. Auch die Beobachtung gewisser Freitage außerhalb der gesetzlichen Feste, so des Vortages von Weihnachten, Ostern und Pfingsten, wird häufig in die kollek-

tiven Arbeitsverträge aufgenommen, manchmal wird auch die Erteilung eines Urlaubs vorgesehen.

Wichtig sind auch die Bestimmungen über Arbeitsunfälle, die eine Erweiterung des Staatsgesetzes vom Jahre 1901 über die Haftpflicht der Unternehmer für Betriebsunfälle darstellen. Während die gesetzliche Haftpflicht für erzwungene Arbeitslosigkeit erst nach Ablauf von zwei Monaten beginnt, wird in den meisten Verträgen die Haft des Unternehmers auch für die ersten zwei Monate ausdrücklich festgelegt. Ebenso sehen viele Verträge eine Entschädigung im Krankheitsfalle, unentgeltliche Behandlung in Hospitälern, unentgeltliche Verabreichung von Medikamenten vor.

Viel Anlaß zu Streitigkeiten haben von jeher die Bestimmungen über die disziplinare Beziehung zwischen Fabrikherren und Arbeitern sowie das Ausmaß der Gewerkschaftsrechte gegeben. Mehr und mehr setzt sich jedoch in den Verträgen das Prinzip durch, daß einerseits die Arbeiter völlig frei sind, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen, und daß diese Gewerkschaften von den Arbeitgebern anerkannt werden und offizielle Verhandlungen zwischen denselben und dem Arbeitgeber stattfinden, während letzterer andererseits berechtigt ist, auch Arbeiter, die der Gewerkschaft nicht angehören, in seinem Betrieb zu beschäftigen. Nur in wenigen Fällen heißt es ausdrücklich im Vertrag, daß nur Angehörige, die sich der Gewerkschaft angeschlossen, im Betriebe beschäftigt werden oder, daß solche vor Nicht-Organisierten den Vorzug haben sollen, wenn beide in Wettbewerb kommen und gleiche berufliche Bedingungen aufweisen. Andererseits wird in vielen Verträgen festgelegt, daß in Fällen von Krisen verheiratete oder im Orte ansässige Arbeiter einer Vorzugsbehandlung teilhaftig zu machen seien resp. daß sie ihre Arbeitsgelegenheit so lange behalten sollen, als durch Entlassung Unverheirateter oder Zugewanderter der Betriebseinschränkung Rechnung getragen werden kann.

Die Arbeitgeber haben vielfach entschiedenen Wert darauf gelegt, daß ihnen das Recht auf alleinige Leitung der Betriebe im Vertrage ausdrücklich zugesprochen werde. Sie erachten dies als unumgängliche Voraussetzung für entsprechende technische Leitung. Die Arbeiter wieder geben oft vor zu fürchten, daß eine solche vorbehaltlose Entscheidung der Berechtigung des Gewerkvereins zur Kontrolle der Betriebsleitung, die für Durchsetzung aller Vertragsbedingungen unumgänglich sei, zuwiderlaufe. In der Regel einigte man sich dahin, in klarer und ausführlicher Weise die Rechte und Pflichten beider Parteien in dieser Beziehung festzulegen und so die kollektiven Arbeitsverträge zu wahren Friedensdokumenten auszugestalten.

Eine große Reihe juridischer Probleme hängt mit den kollektiven Arbeitsverträgen zusammen. Auch die theoretischen Meinungen über die Natur der Verträge sind verschieden. Es fragt sich, bis zu welchem Grade beispielsweise die Gewerkschaften verpflichtet sind, für strikte Einhaltung der Vertragsbestimmungen seitens ihrer Mitglieder einzustehen; häufig, doch nicht immer, ist dies in den Verträgen vorgesehen. Ebenso wird öfters stipuliert, daß der Arbeitgeber auch gegenüber Arbeitern, die nicht der Gewerkschaft angehören, zur Einhaltung der Vertragsbestimmungen verpflichtet sei. Diese letztere Bestimmung wird aber nicht immer beobachtet.

Sehr lebhaft wurde in den letzten Jahren die Frage erörtert, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, die einen kollektiven Arbeitsvertrag geschlossen haben zur Erklärung von Sympathiestreiks oder Aussperrungen, welche anderen Gruppen der Industrie zugute kommen sollen, berechtigt sind. Diese

Berechtigung wurde von vielen Sozialpolitikern, welche den kollektiven Arbeitsvertrag als einen Weg zum gewerblichen Frieden auffassen, bestritten. Vielfach wurde angeführt, daß gerade die Stetigkeit der Arbeit, die durch den Vertrag erlangt worden sei, einen der wesentlichsten Daseinsgründe der kollektiven Arbeitsverträge ausmache.

Von der Gegenseite wurde vielfach darauf hingewiesen, daß die Drohung mit Generalstreik in einer Industrie häufig unumgänglich notwendig sei, um die stete Wiederkehr kleinerer Konflikte zu vermeiden und Ruhe zu schaffen. Dieser Gegensatz war es, der das Zustandekommen eines Staatsgesetzes über die kollektiven Arbeitsverträge bisher verhindert hat.

In viele Verträge werden jetzt mehr und mehr Bestimmungen aufgenommen für den Fall des Auftauchens von Konflikten während der Gültigkeitsdauer der Verträge. Ein Paragraph, der vom größten Unternehmerverband des Landes mit besonderem Nachdruck gefordert wird, legt fest, daß auch ein Konflikt zwischen den vertragschließenden Parteien keine von beiden berechtigt, sofort einen Streik oder eine Aussperrung eintreten zu lassen, sondern daß Verhandlungen stattfinden müssen, zunächst zwischen den beiden Parteien und dann, wenn dieselben nicht zum Ziele führen, zwischen den betreffenden Landesverbänden. Dieser Paragraph, der eine bestimmte Methode zur Lösung der Konflikte nicht vorsieht, sondern dieselbe den Landesverbänden überweist, hat rasch viel Boden gewonnen.

Andererseits gibt es auch viele Arbeitsverträge, die ein schiedsgerichtliches Verfahren für die Entscheidung von Streitigkeiten vorsehen; manchmal geht man bis zum obligatorischen Schiedsgericht, so im Falle der kollektiven Arbeitsverträge für das Buchdruckergewerbe und die Privatbahnen; andere Verträge wieder sehen bloß Verhandlungen vor einem Einigungsamt vor, ohne daß die Annahme der Sprüche desselben für bindend erklärt wird.

Jedenfalls schreitet Schweden, trotz der durch den Generalstreik gegebenen Störung, in der Entwicklung seiner kollektiven Arbeitsverträge weiter fort und zeigt damit eine Entwicklungsmöglichkeit der Arbeitsverhältnisse, die auch für die industriell fortgeschrittenen Staaten des Auslands bedeutsam erscheinen muß.



MARGARETHE VON GOTTB ERG, STUTTGART: EIN VERGLEICH DER STAATLICHEN GEWERBE- AUFSICHT IN EUROPA.



IE staatliche Gewerbeinspektion ist gewissermaßen eine natürliche Konsequenz der Arbeiterschutzgesetzgebung. Denn neben den Polizeiorganen ist es Aufgabe der Gewerbeaufsichtsbeamten, die Durchführung der einschlägigen Reichsgesetze zu veranlassen und zu überwachen. Ihre Stellung gegenüber den Polizeibehörden hat eine Bestimmung des Bundesrats vom Jahre 1878 dahin erläutert, „daß die Beamten in dem ihnen zugewiesenen Wirkungskreise nicht an die Stelle der ordentlichen Polizeibehörden treten sollen, sondern sie sollen vielmehr durch Ergänzung ihrer Tätigkeit sowie durch sachverständige Beratung der zuständigen Verwaltungsbehörden eine sachgemäße und gleichmäßige Aus-

führung der Bestimmungen der Gewerbeordnung herbeizuführen suchen". Jedoch gehören nicht alle gesetzlichen Vorschriften über den Arbeiterschutz zum Wirkungskreise der Gewerbeaufsichtsbeamten. Ihnen ist zur Überwachung durch Reichsgesetz überwiesen: a) die Durchführung der Sonntagsruhe außer im Handelsgewerbe; b) Schutz der Arbeiter im Betriebe gegen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit; c) Lohnzahlungsbuch der Minderjährigen; d) Lohnverwirkung; e) Arbeitsordnung; f) Arbeiterausschüsse; g) Beschäftigung von Kindern, weiblichen und jugendlichen Arbeitern in Fabriken und Motorwerkstätten sowie in Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion; ferner gewerbliche Kinderarbeit überhaupt. Ein weiterer Aufgabenkreis liegt in der Überwachung der sog. genehmigungspflichtigen Anlagen. Da für ihre Errichtung aus Rücksicht für die benachbarten Grundstücke die behördliche Genehmigung erforderlich ist, so haben die Gewerbeaufsichtsbeamten entweder das Verfahren hierzu einzuleiten oder es ist ihnen die Prüfung der Konzessionsgesuche und gewerblichen Baugesuche übertragen. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt aber zweifellos in den Revisionen gewerblicher Betriebe und in der Abstellung der dabei vorgefundenen Gesetzwidrigkeiten und Übelstände.

Welche tatsächliche Bedeutung ihre Tätigkeit hat, kann man sich ver gegenwärtigen durch Heranziehung des Jahresberichts der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1909. Darnach wurden wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung im Deutschen Reich 22 200 gestrafte Handlungen und 21 743 verurteilte Personen gezählt.

Gegenwärtig ist nun in 22 europäischen Ländern eine staatliche Gewerbeaufsicht eingeführt, und zwar:

1. seit 1833 in Großbritannien	12. seit 1889 in Schweden
2. „ 1873 „ Dänemark	13. „ 1892 „ Norwegen
3. „ 1874 „ Frankreich	14. „ 1893 „ Portugal
4. „ 1877 „ der Schweiz	15. „ 1893 „ Ungarn
5. „ 1878 „ Deutschland	16. „ 1902 „ Luxemburg
6. „ 1882 „ Rußland	17. „ 1905 „ Bulgarien
7. „ 1883 „ Österreich	18. „ 1906 „ Italien
8. „ 1886 „ Liechtenstein	19. „ 1906 „ Rumänien
9. „ 1889 „ Belgien	20. „ 1907 „ Spanien
10. „ 1889 „ den Niederlanden	21. „ 1907 „ Bosnien u. Herzegowina
11. „ 1889 „ Finnland	22. „ 1910 „ Serbien

Sieben Staaten haben sich gemäß ihrer späteren und langsameren industriellen Entwicklung erst zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts zur Einführung der Gewerbeaufsicht verstanden. Dagegen sind ohne einen derartigen Aufsichtsdienst gegenwärtig in Europa nur noch die Türkei und Griechenland, ferner Montenegro, Monaco und San Marino.

Ein Vergleich in der Ausübung der Gewerbeaufsicht in den einzelnen Staaten ist insofern nicht ohne Interesse, da entsprechend den verschiedenartigen Verhältnissen bei ihrer Durchführung auch von verschiedenen Gesichtspunkten ausgegangen worden ist. Allerdings können bei einem derartigen Vergleich nur die hauptsächlichsten Momente dazu herangezogen werden, da ein diesbezüglicher erster Versuch stets auf außergewöhnliche Schwierigkeiten stößt, die in erster Linie in den verschiedenen Berichtsperioden begründet liegen.

In der Personalstärke des Gewerbeaufsichtsdienstes steht das Deutsche Reich mit 543 Beamten, zu denen noch 111 Bergrevierbeamte kommen, obenan. Es folgen Rußland mit 268, daneben 106 Bergrevierbeamten, Großbritannien mit 200, außerdem noch Sanitätsinspektoren und Bergrevierbeamte, ferner Frankreich und Österreich. In bezug auf weibliche Gewerbeaufsichtsbeamte steht das Deutsche Reich mit 29 ebenfalls an erster Stelle, es folgt Frankreich und Großbritannien mit je 18, die Niederlande mit 7, Österreich mit 5 weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten. Die Zahl der Revisionen stellte sich im Jahre 1909 in Großbritannien auf 424 737, im Deutschen Reich auf 205 953, in Frankreich auf 200 623, in Österreich auf 27 500, in Rußland auf 24 779. Von je 100 revisionspflichtigen Betrieben wurden revidiert: in Schweden 10,8, Italien 20,5, den Niederlanden 23,6, Frankreich 30,8, Deutschland 53,6, Österreich 64,0, Großbritannien 79,7, Rußland 87,9, Luxemburg 86,5, Schweiz 88,5, Ungarn 90,8, Dänemark rund 100,0 Prozent.

Der Wirkungskreis der Gewerbeaufsichtsbeamten erstreckt sich auf vier Hauptgesichtspunkte:

1. auf alle gewerblichen Betriebe mit Ausnahme der reinen Familienbetriebe. In diesem weitesten Umfange besteht die Aufsichtspflicht im Deutschen Reich, in Österreich, in Finnland, Frankreich, Großbritannien, Liechtenstein, Bosnien und der Herzegowina, Luxemburg, Rumänien und in den Niederlanden;

2. auf motorische Betriebe sowie auf andere, die mehr als eine bestimmte Zahl von Arbeitern beschäftigen. In diese Gruppe gehören Belgien, Dänemark, Italien, Norwegen, die Schweiz, Schweden, Ungarn und Serbien;

3. auf gewerbliche Betriebe, die Kinder oder Frauen beschäftigen. Hierher gehören: Spanien, Portugal und Bulgarien;

4. nur auf maschinell oder motorisch betriebene Gewerbebetriebe. Dieser auf das äußerste beschränkte Wirkungskreis befindet sich nur in Rußland.

Besonders beachtenswert ist, daß über den Umfang der deutschen Aufsichtspflicht Großbritannien insofern hinausgeht, als nach dem Factory and Workshop Act auch die Wohnräume der Arbeiter der Beaufsichtigung unterliegen. Es handelt sich hier um eine Ergänzung der Gewerbeaufsicht, die für die Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Klasse im Deutschen Reich nicht genug angestrebt werden kann.

Außerdem werden in Großbritannien auch reine Familienbetriebe, sofern sie Maschinen verwenden oder gesundheitsgefährlich sind, in die Aufsicht einbezogen; neuerdings dehnt sich dort in einigen Gewerbezweigen der Schutz auch auf die Festsetzung von Mindestlöhnen aus.

Im allgemeinen schneidet das Deutsche Reich bei diesem Vergleich befriedigend ab. Es steht nur hinter Großbritannien zurück, dafür setzt aber auch die Gewerbeaufsicht 45 Jahre später ein. Immerhin bleibt für das Deutsche Reich die Erstrebung der Aufsichtspflicht in bezug auf die Wohnräume der Arbeiter eine Notwendigkeit, die durch unsere schlechten Wohnungsverhältnisse in manchen Industriezentren, wie z. B. im Königreich Sachsen, auf eine baldige Erledigung dringt.

DIE ARBEITSLOSENVERSICHERUNG IN BELGIEN.

 AN hat bekanntlich in Belgien günstigere Erfolge mit der Versicherung der Arbeitslosen erzielt, als in irgendeinem anderen Lande Zentraleuropas. Am bekanntesten ist das System der Stadt Gent geworden, welches die von den Gewerkvereinen ausgehende Initiative der Arbeitslosenversicherung dadurch zu beleben und zu kräftigen sucht, daß sie allen arbeitslosen Werkleuten, die sich durch eigene, frühere Betätigung Anspruch auf Unterstützung von seiten ihrer Gewerkschaft erworben haben, ergänzende Hilfsmittel gewährt.

Weniger bekannt jedoch ist es, daß der Provinziallandtag des großen Industriebezirkes, der sich um die wallonische Hauptstadt Lüttich gebildet hat, eine andere Methode der Versicherung mit großem Erfolge durchführt. Er sieht ab vom Verkehre mit den einzelnen Arbeitslosen, von der Kontrolle ihrer Würdigkeit und beschränkt seine Beziehungen auf die Gewerkvereine selbst, denen Unterstützungen proportional zum Umfang der von ihnen geschaffenen Arbeitslosenversicherungen zugewendet werden.

Man hat vielfach, nicht mit Unrecht, dieses System als in gewissem Sinne soziales dem Genter individualistischen System entgegengestellt, wie der geistige Vater des Genter Systems, Louis Varlez in durchaus unparteiischer Würdigung der anders gearteten Einrichtung in einer vom „Musée Social“ veröffentlichten Studie ausführt. Man betonte auch, daß es die allgemeine Macht der Gewerkvereine — somit auch ihre Befähigung zum Kampf mit den Unternehmern — aus öffentlichen Mitteln stärke und fördere. Eben aus diesem Gesichtspunkt haben fast alle belgischen Städte der Nachahmung des Genter Vorbildes den Vorzug gegeben, so sehr auch die Arbeiterschaft selbst sich für Befolgung des Lütticher Beispiels einsetzte.

In der Praxis gehen beide Systeme inniger zusammen, als man von vornherein annehmen würde. — Auch in Gent hat sich die Stadtverwaltung nicht dazu entschließen können, die Arbeitslosen einzeln auf ihre Bureaux kommen zu lassen, sondern beauftragt die Gewerkvereine mit der Vermittlung ihrer Unterstützungen. Durch eine genaue Kontrolle der Buchführungen der Gewerkvereine vergewissert sie sich darüber, daß die Unterstützungen tatsächlich an die Bezugsberechtigten gelangen.

Auch in Lüttich sieht sich die Stadtverwaltung gezwungen, die Geschäftsführung der Gewerkvereine zu überprüfen, schon deshalb, um einen Schlüssel zur proportionalen Verteilung der Unterstützungen der einzelnen Gewerkvereine zu finden, wenngleich im Lütticher Fall die Verteilung der Gelder an die Arbeitslosen den statutarischen Bestimmungen der Gewerkvereine, in strittigen Fällen dem diskretionären Ermessen des Gewerkver einssekretars, überlassen bleibt.

In der Praxis drücken sich die Verschiedenheiten beider Systeme darin aus, daß in den Städten, welche dem Genter Vorbild folgen, die allmonatlich geforderte Vorweisung von eingehenden Schriften und Belegen in denjenigen Gewerkvereinen, die nicht über besondere Bureaukräfte verfügen, als störend empfunden wird, weshalb sich denn auch die Gewerkschaftskongresse für den Übergang vom Genter zum Lütticher System entschieden ausgesprochen haben.

Vergebens haben die Vertreter von Gent und Antwerpen darauf hingewiesen, daß dieses System keinerlei wirklichen Angriff auf gewerkverein-

liche Freiheiten bedeute, daß es eine bessere Schutzwehr gegen Unregelmäßigkeiten bilde.

Die öffentlichen Behörden sind in ihrer Meinung geteilt, die meisten Städte haben das Genter System akzeptiert, mehrere Landtage das Lütticher System und vielleicht erklärt sich diese Verschiedenheit in durchaus logischer Weise derart, daß eben die Gemeinden dem Leben ihrer Arbeiter näherstehen, unmittelbarere Möglichkeiten der Kontrolle besitzen, während diese dem Provinziallandtage schwerer fiele.



CHRONIK

DAS neue System der englischen Arbeitsvermittlung:

Die Annahme des englischen Gesetzes über Arbeitslosenversicherung lenkt die Aufmerksamkeit der sozialpolitischen Kreise aufs neue auf das große Gesetzgebungswerk Englands, das einerseits allen Arbeitsuchenden Arbeit zu verschaffen bestrebt ist, andererseits für Zeiten der Krise und besonders ungünstige Fälle eine allgemeine Arbeitslosenversicherung vorsieht. Folgen einige Angaben über das System der Arbeitsvermittlung selbst, das nun seit mehreren Jahren bereits die Probe seiner Brauchbarkeit abgelegt hat.*)

Den Mittelpunkt der Institution bildet eine besondere Abteilung des Arbeitsdepartements in London. Dieses Zentralamt befaßt sich grundsätzlich bloß mit der Organisation, der Kontrolle und der Statistik.

Das ganze Land ist in 11 Bezirke eingeteilt, deren jeder einem Be-

zirksbeamten unterstellt ist und in bezug auf die Kontrolle und die Ausgleichung der Nachfrage und des Angebots auf dem Arbeitsmarkt eine Einheit darstellt.

In jedem Bezirk gibt es eine gewisse Anzahl Arbeitsbörsen verschiedener Rangstufen je nach der Zahl und der Bedeutung der von denselben zu bedienenden Orte.

Die Gesamtzahl der bereits geschaffenen Börsen beträgt schon über 250. Alle Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern besitzen eine Börse.

Die Zahl der Beamten jeden Ranges beträgt zurzeit beinahe 1000. Die jährlichen Ausgaben beziffern sich auf rund 5 250 000 Mk., einschließlich der Kosten für die Erwerbung bzw. die Errichtung von Gebäuden.

Die Arbeitsvermittlung ist folgendermaßen eingerichtet:

Für jeden Bewerber wird eine Personalkarte ausgestellt, worin sämtliche von ihm gemachten Angaben enthalten sind. Bei der Einschreibung erhält der Arbeitslose eine Immatrikulationskarte, die er allwöchentlich abstempeln lassen muß, um nicht aus dem Verzeichnis gestrichen zu werden. Im Falle er Arbeit findet, hat er die Karte portofrei an den Nachweis zurückzustellen.

*) Wir entnehmen diese zum Teil einem Bericht, den Herr W. H. Beveridge, Chef des Arbeitsvermittlungs-Departements im englischen Handelsministerium, dem Kongreß der internationalen Vereinigung zum Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahre erstattet hat.

Die Nachfragen nach Arbeitskräften werden im allgemeinen telefonisch mitgeteilt. Die für die betreffende Stelle tauglich erscheinenden Beschäftigungslosen werden an den Arbeitgeber, mit einem Identitätsschein versehen, gewiesen, den dieser portofrei an die Börse zurückschickt nebst Angabe, ob er entsprechende Beschäftigung zu vergeben hat oder nicht.

Die Personalkarten zerfallen in drei Gruppen: 1. Die der Arbeitslosen, welche im Laufe der voraufgegangenen Woche neu oder von neuem eingetragen wurden (Live Register); 2. die der Arbeitslosen, welche sich nicht rechtzeitig haben wieder einschreiben lassen, — dieselben werden eine oder zwei Wochen lang aufbewahrt (Intermediate Register); 3. solcher Personen, welche Arbeit bekommen oder sich auf der Börse seit einigen Wochen nicht von neuem gemeldet haben (Dead Register).

Die wichtigsten Merkmale der Einrichtung sind folgende:

1. Sie umfaßt das ganze Königreich und wird von einem Department der Zentralregierung aus verwaltet.
2. Sie ist industriell und hat nichts von einer Unterstützungseinrichtung an sich.
3. Sie ist unentgeltlich und zwar für die Arbeitgeber wie für die Arbeitnehmer.
4. Sie ist fakultativ: weder die Arbeitgeber noch die Arbeitslosen können zu ihrer Benutzung gezwungen werden.
5. Sie ist neutral in den Fällen, wo die Interessen der beiden Parteien wirklich oder scheinbar zusammenstoßen. Im Falle von Streiks oder Aussperrungen wird folgendes Verfahren eingehalten: Die Tätigkeit der Börsen wird in üblicher Weise fortgesetzt, doch kann jede Unternehmer- oder Arbeitervereinigung die

Börse vom vorhandenen Konflikt in Kenntnis setzen, worauf diese ihrerseits davon jeden Arbeitslosen verständigen muß, der an einen am betreffenden Konflikt mitbeteiligten Unternehmer gewiesen wird. Umgekehrt muß jeder Arbeitgeber, dessen Beteiligung an einem Konflikt gemeldet wurde, davon benachrichtigt werden, wenn er nach Arbeitskräften verlangt, wobei er eine gegenteilige Erklärung abgeben kann. Die erstere Erklärung gilt nur für acht Tage. In die Festsetzung der Löhne und der sonstigen Arbeitsbedingungen greifen die Arbeitsbörsen nicht ein; in den Fällen jedoch, in denen die Börse sonst dem Arbeitslosen die Reisekosten für den Umzug nach einem andern Ort vorschreibt, darf davon Abstand genommen werden, wenn Grund zur Annahme vorliegt, daß die betreffende Stelle durch einen Konflikt frei wurde oder daß der Lohn dort unter dem berufs- und ortsüblichen Lohne steht.

Eine weitere Folge des Prinzips der Neutralität ist die in Aussicht genommene Schaffung von paritätschen Beratungsausschüssen an den Arbeitsbörsen. Am Zustandekommen dieser Ausschüsse, deren Kompetenz sich auf mehrere Börsen zugleich erstrecken soll, wird bereits jetzt tatkräftig gearbeitet.

Die bisherigen Ergebnisse sind durchaus günstig.

Die Zahl der vermittelten Stellen nahm regelmäßig zu, während die der eingegangenen und nicht befriedigten Stellengesuche stetig zurückgeht. Ersteres zeugt vom erfreulichen Wachstum der Börsentätigkeit; letzteres ist zum Teil der allgemeinen Belebung des Geschäftsganges, zum Teil aber auch ganz besonderen Ursachen zu danken. Die bei der Eröffnung der Börsen besorgte Publicität hatte nämlich anfänglich zwei Arbeiterschichten angezogen, die seither andern Sinnes wurden: erstens

eine bedeutende Anzahl Arbeiter von sehr schwachen Berufsfähigkeiten, um derentwillen sie keine Arbeit finden konnten, und zweitens Arbeiter, die bis dahin durch ihre Gewerkschaften oder andere Organisationen nach Arbeit gesucht hatten und die schließlich wieder der alten Vermittlungsart vor der neuen den Vorzug gaben.

Der wachsende Erfolg der Arbeitsbörsen wird bekundet durch das regelmäßige Steigen des Verhältnisses zwischen den vermittelten Stellen und den Stellengesuchen.

Die Organisation des interlokalen Arbeitsnachweises wurde anfänglich durch unnütze Komplikationen erschwert. Danach mußte jede Börse der Bezirkszentrale täglich ein Verzeichnis der Stellenangebote übermitteln, die sie selbst nicht erledigen konnte; hierauf wurde sodann ein einziges Verzeichnis aufgestellt, welches an die Börsen zurückging. Auf Grund der Bezirksverzeichnisse mußte schließlich ein Landesverzeichnis zusammengestellt werden. Bald nahm man wahr, daß dies ganze Verfahren nutzlos sei.... Heute wenden sich die Börsen, denen die verlangten Arbeitskräfte fehlen, einfach an diejenigen Schwesternanstalten, die voraussichtlich über Arbeitskräfte der verlangten Art verfügen.

Der Ortswechsel der Arbeitslosen ist dadurch erleichtert, daß die Börsen befugt sind, ihnen die Kosten der Eisenbahnreise vorzuschießen. Der Vorschuß darf nur dann bewilligt werden, wenn der Arbeitslose eine sichere Stelle, und zwar durch Vermittlung einer Arbeitsbörse gefunden hat und das Reiseziel mindestens 5 Meilen entfernt ist. Der Vorschuß kann verweigert werden, wenn, wie bereits oben bemerkt, die Börsenverwaltung Grund hat anzunehmen, daß die vermittelte Stelle durch einen industriellen Konflikt frei wurde oder der angebotene Lohn unter dem berufs- und ortsüblichen Lohne steht.

Der Arbeiter bekommt in der Regel kein Geld, sondern die Fahrkarte. Der Vorschuß wird gewöhnlich durch wöchentliche Abzüge am Lohne des Arbeiters zurückerstattet.

Im Verlaufe von 4 Monaten und zwar von Februar bis Mai 1910 wurden

in London	22 138 Stellen
„ Glasgow	9 602 „
„ Manchester	3 857 „
„ Birmingham	2 187 „
„ Edinburgh-.....	2 071 „
„ Nottingham	2 019 „

vermittelt.

Im allgemeinen haben die Arbeitsbörsen eine günstige Aufnahme gefunden und sich rasch im wirtschaftlichen Leben des Landes eingebürgert.

Von gewerkschaftlicher Seite sind sie durchschnittlich als nützliche Einrichtung anerkannt worden. Seit ihrem Bestehen haben mehrere Gewerkschaftsverbände oder Verbandssektionen ihre Mitglieder eingeladen, sich auf den Arbeitsbörsen einzuschreiben zu lassen. Ein paar Verbände haben letzteres sogar zu einer notwendigen Vorbedingung der Gewährung einer Arbeitslosenunterstützung erhoben.

Was die Arbeitgeber betrifft, so haben sie sich allerdings nicht alle zum Prinzip der Arbeitsbörsen bekehren lassen; doch beweist der immer häufigere Gebrauch, den sie von der neuen Einrichtung machen, daß sie derselben ein erhöhtes Vertrauen entgegenbringen. Eine bedeutende Anzahl Unternehmer wendet sich schon jetzt regelmäßig an die Börsen, um sich Arbeitskräfte zu verschaffen, und verweist die Arbeitslosen durch Anschlag am Fabrikator auf jene Anstalten.

Die administrative Praxis hat naturgemäß von der einfachen, in strenge Ordnung gefaßten und doch zweckloser Schroffheit baren Art der englischen Unterbeamten gro-

ßen Vorteil gezogen. Sie treten den Arbeitsuchenden ohne jede Herablassung oder Härte entgegen, nehmen ihre Wünsche freundlich zu Protokoll und gewinnen so ihr Vertrauen.

Dem Schreiber dieser Zeilen war es vergönnt, das Arbeitsvermittlungsaamt in der schottischen Hauptstadt Edinburgh zu besichtigen und sich davon zu überzeugen, wie praktisch all die Register angelegt, wie rasch und mit wie geringem Personal eine ungeheure Fülle von Vermittlungen durchgeführt wurde. Die Bureauräumlichkeiten waren frei von jedem Luxus, keine zwecklosen Kosten waren auf sie verwendet, und doch boten besonders ihre Wartehallen einen angenehmen Aufenthalt für die Arbeitslosen, die sich in gewissem Sinne im Amte zu Hause fühlen konnten. Von jenen Übeln, die man im allgemeinen vom staatlichen Betrieb derartiger Einrichtungen erwartet und um deren willen man autonome Einrichtungen, etwa paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verwaltet, vorzuziehen geneigt wäre — — keine Spur. Auch die staatliche Verwaltung Englands ist ebenso weit von der Lässigkeit, die den Behörden gewisser romanischer Länder eigen, als von einer dem „Untertan“ gegenüber stets wieder betonten und darum verleideten Wahrung der Staatsautorität entfernt; sie entspricht einer einfach ruhigen, auf gesunden Menschenverstand gegründeten, von allen Beteiligten um ihrer Ersprüchlichkeit willigen akzeptierten Ordnung.

Der schöne Erfolg der Einrichtung, zusammengehalten mit der eben angenommenen Arbeitslosenversicherungs-Vorlage, dem neuen System der Staatsbürgerversorgung und dem Gesetz über Minimallöhe für Heimarbeiter, zeigt jedem, daß England unter der derzeitigen liberalen Regierung im Begriff ist, die ganze Strecke, um die es Deutschland gegen-

über sozialpolitisch im Rückstand war, einzuholen; In einer Reihe von Einrichtungen ist es selbst beispielgebend geworden, und mit jedem neuen Schritt auf dem betretenen Wege, so der eben angeführten Arbeitslosenversicherung, tritt dieser Fortschritt noch markanter zutage.

*Prof. D. R. Broda,
Paris.*

◆

Die englischen Lohnämter für Festlegung von obligatorischen Minimallöhnen haben bekanntlich im Laufe des letzten Jahres ihre Entscheidungen erlassen; am schwierigsten waren diese Löhne im Bekleidungsgewerbe festzusetzen, das besonders zahlreiche, unter sehr verschiedenen Verhältnissen arbeitende Heimarbeitergruppen umfaßt. Dennoch kam eine Entscheidung kürzlich auch hier zustande, und zwar wurde für männliche Arbeiter ein Zeitlohn von 48 Pfennigen pro Stunde, für weibliche Arbeiter ein solcher von 28 Pfg. pro Stunde festgelegt.

Was die Stückarbeit anlangt, die vor allem für die weiblichen Heimarbeiter von großem Interesse ist, so wurden den Arbeitgebern die betreffenden Lohnfestlegungen überlassen unter der Voraussetzung, daß sie im einzelnen Falle nachweisen können, daß die Stücklöhne einem Arbeiter oder einer Arbeiterin von mittlerer Geschicklichkeit gestatten, 48 bzw. 28 Pfg. pro Stunde zu verdienen. Im entgegengesetzten Falle können sie nicht nur zur Erstattung der sich ergebenden Differenz gezwungen, sondern auch auf Antrag der Fabrikinspektoren, falls böswillige Absicht vorliegt, in erhebliche Geldstrafen genommen werden.

◆

Einigungämter bei den amerikanischen Eisenbahngesellschaften:
Die Vereinigten Staaten von Nord-

amerika besitzen seit dem Jahre 1898 ein Gesetz, das Einigungsämter zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Eisenbahngesellschaften und deren Angestellten vorsieht. Zunächst sollen Streitigkeiten vor eine vermittelnde Kommission gebracht werden und gelingt es dieser nicht, eine Einigung zu erzielen, so werden sie einem besonderen Schiedsgerichtshof vorgelegt. Dieser besteht aus drei Mitgliedern, von denen je eines von den beiden Parteien und das dritte von diesen zwei Delegierten gewählt wird; im Nichteinigungs-falle ernennt die Regierung das dritte Mitglied.

Diese Einrichtung hat jedoch nur einen rein fakultativen Charakter; nur wenn den Parteien ihre Dienste erwünscht sind, tritt sie in Funktion und nur wenn beide Teile von vornherein sich verpflichtet haben den Spruch des Schiedsgerichtshofes anzunehmen, hat dieser Gültigkeit.

Infolgedessen hat das Gesetz nur eine geringe Zahl von praktischen Anwendungen erfahren; immerhin mag eine als wichtig erwähnt werden: Im Jahre 1907 gelang es erwähnter Kommission, einen drohenden Eisenbahnstreik in Chicago abzuwenden, der das wirtschaftliche Leben des Landes stark gefährdet hätte.



Ein Gesetz über den zehnstündigen Maximalarbeitstag in Frankreich: Das französische Parlament diskutiert neuerdings ein Gesetz, das den zehnstündigen Maximalarbeitstag für sämtliche französische Industriebetriebe ohne Ausnahme festlegen soll. Es wurde bereits im Jahre 1907 im Parlamente eingebracht und erregte viel Widerspruch. Auch heute noch verlangt man von seiten der Industriellen stets neue Enquêtes, um die eventuellen Rückwirkungen des Gesetzes auf die Konkurrenzfähigkeit

des französischen Gewerbes festzustellen. Die Mehrheit des Parlaments scheint jedoch entschlossen zu sein, den vom Deputierten Gustave Godart im Namen der zuständigen Kammerkommission erstatteten Bericht und seine Schlußfolgerungen im oben erwähnten Sinne endgültig anzunehmen.

Eine gewisse Vorstufe dafür ist bereits in der bestehenden Gesetzgebung vorhanden, weil die Arbeit von Frauen und Kindern bereits heute auf ein Tagesmaximum von 10 Stunden beschränkt ist und auch Familienväter nicht länger als höchstens 10 Stunden täglich in Industriebetrieben beschäftigt werden dürfen.

Es war eines der wichtigsten Momente für den neuen Vorschlag, daß er eine Ungleichheit, durch die gewisse Kategorien von männlichen Arbeitern ohne inneren Unterscheidungsgrund gegenüber andern Kategorien zurückgesetzt wurden, beseitigte. Dem linken Flügel der Parlamentsmehrheit geht die Vorlage allerdings nicht weit genug, da er den acht- oder neunstündigen Maximaltag einführen wollte. Godart sagt in seinem Bericht hierüber, daß die Mehrheit der Kommission in der Tat in ihrem Endziel über den zehnstündigen Maximalarbeitstag hinausgehe, daß jedoch auch sie die einheitliche Festlegung zunächst dieser Grenze als wichtigste nächstliegende Etappe zur Verkürzung der Arbeitszeit ansehe.

Gleichzeitig wird im französischen Parlament ein anderes Gesetz verhandelt, das für die unter Tag arbeitenden Bergleute eine Maximalarbeitszeit von 8 Stunden festlegt.



Die Kommission des französischen Parlaments für Arbeiterfragen hat kürzlich den Bericht ihres Referenten Millerand über die friedliche Beilegung von Konflikten im

Eisenbahnwesen entgegengenommen. Der Bericht spricht sich für Wahrung des Streikrechtes der Eisenbahner, zugleich aber für Einrichtung von Schiedsgerichten nach kanadischem Muster aus. Während das Schiedsgericht tagt, soll der Streik verboten sein; nachher mögen die Arbeiter den Streik erklären, wenn sie trotz abschlägigen Spruches des Schiedsgerichts auf einen Erfolg hoffen zu können glauben. Der Bericht wurde mit großer Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Millerand wies außerdem auf eine Institution hin, die er selbst während seiner ministeriellen Tätigkeit eingeführt hatte, nämlich auf die Zuziehung erwählter Vertreter des Eisenbahnpersonals zu dessen Verwaltung. Das Vertrauen zwischen Chefs und untergeordneten Beamten sei dadurch außerordentlich gehoben worden.



Streiks in Neuseeland: Eine Publikation des Arbeitsministeriums von Neuseeland, die kürzlich erschien, gibt einen interessanten Überblick über die Zahl der Streiks, die in der Zeit von 1894 bis März 1911 ungeachtet des gesetzlichen Streikverbotes und der obligatorischen Schiedsgerichte ausgebrochen sind. Die Gesamtzahl war 42. In den ersten elf Jahren des Gesetzes bis inkl. 1906 gab es keinen einzigen Streik in Neuseeland. Die Jahre 1907 und 1908 waren dann Jahre verhältnismäßiger Unruhe, und seither konnten dank einer entsprechenden Modifikation und Anpassung des Gesetzes Streiks wieder fast völlig vermieden werden. Die Gesamtzahl der Arbeiter, die in Streiks verwickelt waren, betrug in der genannten Zeitperiode von elf Jahren 1565, die Durchschnittsdauer der Streiks zehn Tage. Etwa 64 000 Mark Strafen wurden auferlegt ob dieser überwiegend ungesetzlichen

Streiks und rund 26 000 Mark wurden tatsächlich eingezogen.

Dies alles ist jedenfalls ein Zeichen dafür, daß die Beunruhigung der Industrie durch Arbeitseinstellungen, wenn auch nicht gänzlich beseitigt, so doch auf ein Minimum reduziert wurde.

S. Jones.



Das Subunternehmertum in der Pariser Wäschekonfektion: In Paris wurde kürzlich eine Enquête darüber veranstaltet, in welcher Weise die großen Warenhäuser die Wäsche, die sie verkaufen, herstellen lassen: Sie verhandeln direkt bloß mit einem Großkaufmann, dem sie z. B. für ein Paar Bettücher 80 Pfg. für die Fasson zahlen. Der Großkaufmann gibt die Arbeit an einige Unternehmerinnen zum Preise von 72 Pfg. weiter, die sie an Subunternehmerinnen für 64 Pfg. vergeben, während die Heimarbeiterin, die die Tücher näht, nur 50 Pfg. erhält.

Die Arbeit ist sehr subtil, und fehlerhaft gearbeitete Stücke werden ohne Rücksicht zurückgegeben, so daß für die sorgfältige Anfertigung eines solchen Tuches etwa sechs bis neun Stunden gerechnet werden müssen, je nach der Geschicklichkeit der Arbeiterin. Sie verdient also bei einer Arbeitszeit von 12—16 Stunden pro Tag etwa 1 Mk., wovon sie jedoch noch Zwirn, Heizung und Beleuchtung zu zahlen hat, so daß ihr für ihren Lebensunterhalt weniger als 1 Mk. übrig bleibt.

Zu ähnlichen Ziffern gelangte man für die Herstellung von Polstern und anderen Weißnäharbeiten.

Daß diese Löhne eine auch nur halbwegs erträgliche Ernährung und Behausung der Arbeiterinnen nicht gestatten, versteht sich von selbst, und diese Verhältnisse haben denn auch jene Erregung der öffentlichen Meinung geschaffen, die jetzt auf

Erlaß eines neuen Gesetzes für Einführung von Minimallöhnen drängt.

F. Marguerite.



Schutz jugendlicher Arbeiter in Frankreich: Zum Schutz jugendlicher Arbeiter wurde am 15. April 1904 ein Staatsvertrag geschlossen, um den französischen Arbeitern, die in Italien, resp. um den zahlreicher italienischen Arbeitern, die in Frankreich arbeiten, den Genuss aller Wohltätigkeitseinrichtungen und Arbeiterschutzbestimmungen (besonders was jugendliche und weibliche Arbeiter anlangt) genau so wie den Arbeitern des eignen Landes zu gewähren.

In den Jahren 1904, 1906 und 1907 wurden weitere Verträge speziell auch über die Entschädigung der Arbeiter bei Unfällen geschlossen, und kürzlich kam ein neuer Vertrag über den Schutz jugendlicher Arbeiter zu stande. Dieselben werden nicht nur aller Schutzbestimmungen des betreffenden Landes teilhaftig erklärt, sondern die Fabriksinspektoren wurden beauftragt, diese jugendlichen Arbeiter, die keinen Rückhalt an ihren Familien und Freunden haben, der Sprache nicht mächtig sind, die Landessitten nicht kennen und die in doppelter Gefahr schwelen, dem Gesetz entgegen, zu übermäßiger Arbeit an gehalten zu werden, in ihren besondern Schutz zu nehmen. — Außerdem werden in gewissen Industriestädten Frankreichs, in denen besonders viel jugendliche Italiener beschäftigt sind, eigene Fürsorgekomitees für diese eingesetzt.

Henri Boulanger,
Paris.



Eine Arbeiterproduktivgenossenschaft in Belgien: In der Provinz Namur in Belgien hat unter dem Namen „Verrerie ouvrière“ eine Arbeitergenossenschaft den Betrieb

einer Glashütte übernommen. Diese Genossenschaft beschränkt sich jedoch im Sinne ihrer Statuten nicht nur auf die rein industrielle Tätigkeit, sondern beschäftigt sich auch mit dem Großhandel aller Produkte und Nebenprodukte sowie aller Rohstoffe, die in Glasfabriken erzeugt oder verbraucht werden. Darüber hinaus hat die Genossenschaft noch die Unternehmung und Ausführung aller Arbeiten, die irgendwie mit der Glasindustrie zusammenhängen, in den Bereich ihrer Tätigkeit gezogen. Die Gründung dieser Genossenschaft erregt umso größere Aufmerksamkeit, als die belgischen Syndikalisten im allgemeinen Gegner der selbständigen Produktivgenossenschaften sind.



Die ärztliche Beaufsichtigung jugendlicher Arbeiter ist eine sehr nachahmenswerte Einrichtung des österr. Ministers für öffentliche Arbeiten. Dem Berichte für das Jahr 1910 ist die erfreuliche Tatsache zu entnehmen, daß von 3436 untersuchten Schülern der Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen (2753 männliche und 683 weibliche) nur drei für deren Gewerbe als ungeeignet und 27 als minder geeignet befunden worden sind. An 303 Lehrlingen wurden Krankheiten oder Gebrechen konstatiert und 10 Prozent unter Beobachtung gestellt. Es gab keinen einzigen Fall von Geschlechtskrankheiten. In den Wiener Fortbildungsschulen sind 1 Chefarzt, 6 Ärzte und 1 Ärztin mit dem Sanitätsdienste betraut. Auf jedem Arzt entfielen im Durchschnitt 100 Stunder im Jahr, wovon ein Drittel der ärztlichen Untersuchung, der Rest dem hygienischen Unterrichte gewidmet waren. Auch die Schüler der Wiener Gremial-Handelsschulen werden vom Schuljahre 1911/1912 an einer solchen ärztlichen Untersu-

chung und Bewachung unterzogen werden.

*Georg Schmiedl,
Wien.*



Die Arbeiterbibliotheken in Leipzig im Jahre 1910: Im Jahre 1910 wurden in den 64 Bibliotheken der Arbeiterorganisationen im Stadt- und Landbezirk Leipzig im ganzen 163 933 Bände verliehen. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Steigerung um über 20 000 Bände. Die Benutzung der Bibliotheken ist seit dem Anfang dieses Jahrhunderts ganz enorm gewachsen. Im Jahre

1901 wurden etwa	8 000	Bände
1903 „ „	12 000	„
1906 „ „	20 000	„

1907 wurden etwa	70 835	Bände
1908 „ „	121 563	„
1909 „ „	140 243	„
1910 „ „	163 933	„

verliehen. Die nachfolgenden zwölf Bibliotheken hatten im vergangenen Jahre die höchsten Benutzungsziffern

Leipzig-Plagwitz-Lindenau-Schleußig	36 798
Leipzig-Kleinschocher	19 969
Leipzig-Stadt:	13 640
Buchdrucker-Verband	10 924
Leipzig-Thonberg	9 723
Buchbinder-Verband	9 505
Leipzig-Ost	8 439
Leipzig-Eutritzsch	5 340
Oetzsch-Gautsch	3 753
Markranstädt	3 572
Leipzig-Connewitz-Lößnig	3 376
Leutzsch	3 322



RICHTUNGLINIEN DES FORTSCHRITTS

von Professor DR. R. BRODA · PARIS

DER ENGLISCHE BERGARBEITERSTREIK.



ER Generalstreik der englischen Bergarbeiter muß wohl nach jeder Richtung zu den merkwürdigsten Erscheinungen der Wirtschaftsgeschichte, ja, in gewissem Grade, der Weltgeschichte gerechnet werden. Nicht etwa wegen der großen Verluste (wohl annähernd eine Milliarde Mark), die durch Stilllegung der Bergwerke und aller von ihnen abhängigen Industrien dem englischen Nationaleinkommen zugefügt wurden, sondern weil damit die soziale Krise unserer Zeit und ihre Lösungsmöglichkeiten wohl zum erstenmal auch für den Fernerstehenden wie mit einem Blitzlicht übergossen wurden. Der Streik brachte auf Wochen das ganze Wirtschaftsleben Englands in äußerste Verwirrung, zeigte aufs klarste die schwache Basis, auf der dasselbe beruhte, und die schwere Erkrankung eines Gesellschaftskörpers, welcher solchen Erschütterungen nicht unmittelbar zu wehren vermochte.

Der Streik war zugleich ein Symbol für das aufs äußerste gesteigerte Prinzip der eigenen Interessenwahrung, wie sie unsere, auf dem Egoismus jedes einzelnen und jeder Klasse fußende Wirtschaftsordnung beseelt. Es gilt ja als feststehend, daß diese Wahrung des Eigeninteresses innerhalb der Grenzen des Gesetzes und bestehender Verträge durchaus legitim sei, auch haben die englischen Bergarbeiter sich tatsächlich von Gewalttätigkeiten ferngehalten und die Niederlegung der Arbeit Wochen vorher den Bergwerksbesitzern angezeigt. Sie suchten einfach ihr Eigeninteresse, dem der Kaufmann durch möglichst billigen Einkauf und teuren Verkauf, der Industrielle durch Minderung der Produktionskosten vermöge Erniedrigung der Löhne und möglichst ausgedehnten Absatzes zu dienen trachtet, durch die ihrem speziellen Interessenproblem eigentümliche Methode der gemeinschaftlichen Arbeitsniederlegung zu vertreten. In der furchtbaren Werteverstörung, welche ihr Akt nicht nur für ihre unmittelbaren Gegner, die Bergwerksbesitzer, sondern für ganz unbeteiligte Industrielle und deren Arbeiter mit sich brachte, zeigten sie, daß eben diese rücksichtslose Wahrung des Eigeninteresses auf Kosten jedes anderen Gesichtspunktes, daß eben die Geltendmachung der im Kampfe aller gegen alle notwendig fußenden Berechtigung zur Schädigung des Gegners um eigenen Sieges willen doch unvergleichlich mehr Gefahren in sich berge, als die klassische Nationalökonomie geahnt, daß die immer weitergehende Differenzierung unseres Wirtschaftssystems, das Voneinander-Abhängigwerden der verschiedensten Wirtschaftsfaktoren, daß der weitgehende Strahlungskreis jeder lokalen Störung überaus bedenkliche Perspektiven eröffne.

Es ist vielfach als theoretische Überspannung verspottet worden, wenn

man das anarchische Prinzip der geltenden Wirtschaftsordnung mit ihrem zur Idee erhobenen Kampfe aller gegen alle identifizierte mit jenen Prinzipien der anarchistischen Partei, welche gleichfalls dem Eigeninteresse keine Schranken im Kollektivinteresse zu setzen gewillt ist. Der Bergarbeiterstreik stellt eine Brücke von der gesetzumkleideten Anarchie der herrschenden Ordnung zur gesetzlosen Anarchie gefährlicher Träumer dar. Er stand mit einem Fuße noch auf dem Boden unserer heutigen Ordnung, ihrer Wahrung kaufmännischen Eigeninteresses (im speziellen Falle des Interesses an entsprechender Lohnerhöhung), mit dem andern bereits mitten im Heerlager der Zerstörungskräfte, die Gesamtinteresse, Gesellschaft und Staat ohne weitere Bedenken aufs schwerste gefährden und schädigen, weil es persönliche Interessenverteidigung erheischt.

* * *

Was vom englischen Streik gesagt werden mag, ist natürlich von allgemein symbolischer und zukunftsvorzeigender Geltung: Was die englische Bergarbeiterorganisation vermöge methodischer Ausbildung ihrer Kampffähigkeit in technisch mustergültiger Weise geleistet, danach streben die Gewerkvereine der französischen Bahnarbeiter, Bergwerksarbeiter und sonstigen Arbeiterkategorien seit langem, und über all die Mißerfolge hinweg, die ihnen mangelnde Vorbereitung auferlegte, werden sie im Lichte der englischen Erfahrung gewiß zu gleich vollkommenen Zerstörungsmethoden gelangen. Ebenso liegt kein Anlaß vor, an der Befähigung der deutschen Gewerkvereine, es ihren britischen Kameraden mit der Zeit gleichzutun, zu zweifeln. Wenn also den Dingen freier Lauf gelassen wird, so müssen wir wohl mit Gewißheit darauf rechnen, daß jene Prinzipien der heutigen Ordnung zu weitestgehender Entfaltung gelangen, die diese Ordnung selbst für alle Beteiligten zur Hölle machen.

* * *

Eine wahrhaft traurige Perspektive — wenn nicht der englische Kampf selbst in wahrhaft dramatischer Präzision die Lösung des Problems und ihre unendliche Einfachheit aufzeigte!

Nachdem sowohl der Kampf als auch die freie Aussprache der Parteien untereinander versagt hatten, griff die Regierung als unparteiische Vertreterin des Allgemeininteresses ein; sie brachte im Parlamente ein Gesetz zur Annahme, das die gesetzliche Festlegung jener Lohnbedingungen, über welche sich die Beteiligten nicht hatten einigen können, vorsieht. In jedem Bergwerksbezirke Englands sollen Distriktskommissionen gebildet werden, zusammengesetzt aus freigewählten Delegierten der Bergherren und Bergarbeiter und einem von der Regierung ernannten unparteiischen Vorsitzenden. Einigen sich die Interessenvertreter nicht selbst über die Höhe des festzusetzenden Minimallohnes (welcher ja im vorliegenden Fall das Streikobjekt bildete), so entscheidet der Vorsitzende. Ebenso haben diese Distriktskommissionen festzusetzen, welche Arbeiterkategorien am Minimallohn teilhaben sollen und welche Garantien den Bergherren dafür zu bieten sind, daß die Arbeiter nicht im Vertrauen auf ihren Minimallohn in jenem Eifer nachlassen, den sie früher, um die Akkordlöhne zu erarbeiten, betätigt hatten. Die Entscheidungen der Distriktskommissionen sollen ferner auf den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit rückwirkend sein.

Der Gewerkverein der Bergarbeiter stellte zunächst die weitgehende Forderung auf, daß das Parlament selbst einen Minimallohn von 5 Mk. pro Tag festlegen möge — durchaus einverstanden mit dem Prinzip der gesetzlichen Lohnfestsetzung an sich. Die Regierung wieder glaubte festhalten zu müssen an der Festlegung der Minimallöhne durch die hierzu berufenen, eigens zu diesem Zwecke geschaffenen Distriktskommissionen und lehnte die Forderung des Bergarbeiterverbandes ab. Dessen ungeachtet ließ derselbe eine Urabstimmung der Bergarbeiter selbst über Annahme oder Verwerfung des neuen Gesetzes einleiten und ordnete auf Grund des Ausfalls dieser Abstimmung die Wiederaufnahme der Arbeit an. Der Friede war damit beschlossen, die anarchische Periode vorüber. In unscheinbarer, dem oberflächlich Denkenden kaum wahrnehmbarer Weise hatte über die Ohnmacht der Anarchie in ihrer verschwisterten Form des ökonomischen Kampfes aller gegen alle und der Bedrohung der Allgemeininteressen um spezieller Klasseninteressen willen ein sozialistisches Prinzip gesiegt, Segen und Friede über das Schlachtfeld gebracht. Die Festlegung der strittigen Löhne war nicht nach Maßgabe der Kampfeswerte auf beiden Seiten, nicht auf Grund des Faustrechts, sondern dank vernunftgemäßer Aussprache der Beteiligten resp., im Falle der Nichteinigung, dank jenem Billigkeitsstandpunkte und Kollektivinteresse, welche die von der Regierung zu ernennenden unparteiischen Vorsitzenden der Distriktskommissionen zu vertreten haben, entschieden worden. Für den Kampfgedanken der Friedensgedanke, statt planloser Energie planvoll bewußte Gestaltung sozialer Geschicke.

Über die praktische Bedeutung und Durchführbarkeit des neuen Prinzips ein Urteil zu bilden ist leicht; denn wenn auch Europa dadurch mit einer Neuerung beschenkt wurde, so hat es sich doch anderwärts bewährt, ist in Australien bereits seit einer großen Reihe von Jahren (seit 1895) geltendes Recht.

Anfangs blos für die Heimarbeit eingeführt, wurde zu Beginn unseres Jahrhunderts die gesetzliche Lohnregelung auch auf alle anderen Industrien, in welchen kein spezieller Notstand herrschte, ausgedehnt. Im führenden australischen Industriestaat Victoria waren aus einer Gesamtzahl von 79 000 industriellen Arbeitern im Vorjahr 75 000 in den Industrien beschäftigt, für welche Lohnämter bestanden, also nahezu die Gesamtzahl. Streiks wurden wohl nicht eigentlich gesetzlich verboten, aber diese Methode, auf Änderung der Arbeitsbedingungen hinzuwirken, ward eben durch die gesetzliche Lohnfestsetzung überflüssig gemacht, und tatsächlich sind Streiks aus Victoria so gut wie völlig verschwunden. In manchen Jahren zählte man im Gesamtbereiche des Staates nicht eine einzige Arbeitseinstellung *).

Dies und noch manches andere wird sich dank der neuen Lohnämter — Distriktskommissionen genannt — wiederfinden.

Das Arbeitsverhältnis selbst wird eine wesentliche Wandlung erfahren. Seine Bestimmung wird weder dem Belieben des Unternehmers noch einem Kampf zwischen den Parteien überlassen bleiben, alle feudalen und anarchischen Züge werden daraus verschwinden, die Rechte des Arbeiters und die Notwendigkeiten geregelter Produktion werden in gleicher Weise zur Geltung kommen und von den Lohnämtern gewahrt werden.

*) Siehe für nähere Beweisführung meine Schrift: „Inwieweit ist eine gesetzliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich (Erfahrungen Englands, Australiens, Kanadas)?“ Georg Reimer, Berlin, 1912.

Um diesen Prozeß seiner vollständigen Entfaltung zuzuführen, wird allerdings, wie die australische Erfahrung lehrt, die allmähliche Übernahme der zu Privatmonopolen sich zusammenschließenden Großindustrien in Hände des Staates erfolgen müssen. Die australischen Bergwerke stehen bereits heute teilweise im Staatsbesitz, ihre völlige Verstaatlichung wie ja auch die Verstaatlichung der anderen großen Monopolindustrien (Eisen-, Zucker-, Tabakindustrie, Schiffahrtsdienst) bildet den wichtigsten Punkt in dem zu unmittelbarster Verwirklichung bestimmten Gegenwartsprogramm der australischen Bundesregierung. Damit werden die Erträgnisse der industriellen Arbeit der Gesamtheit zufließen, die im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft — die ihrerseits wieder in ihrer Gänze mit der Bürgerschaft identisch ist — den jedem einzelnen Arbeiter in Form des Lohnes zu erfolgenden Anteil an den Ergebnissen der nationalen Güterproduktion zuweist. Für irgendwelchen Interessengegensatz und Kampf ist unter diesen Umständen, insoweit guter Glaube von Seiten aller Beteiligten vorhanden, kein Raum mehr gegeben, wenngleich die Lohnämter als solche durchaus nicht überflüssig werden; denn sie verbürgen eben die Interessenwahrung des am speziellen Betrieb unmittelbar beteiligten Arbeiters, wie auch die Wahrung eines solchen Disziplinarverhältnisses zwischen ihm und dem unmittelbar Vorgesetzten, welches einerseits die notwendige Unterordnung des Ausführenden unter den Disponierenden, die notwendige Einheitlichkeit und Planmäßigkeit des Betriebes sicherstellen, andererseits jedes Zuviel an Disziplin, das die Würde oder legitime Interessen des Arbeiters verletzen würde, ausschließt.

Die Lohnämter bilden das Kernprinzip jenes industriellen Konstitutionismus, welcher das Arbeitsverhältnis in der Privatindustrie umgestaltet, aber auch in der verstaatlichten Industrie seine volle Existenzberechtigung bewahrt.

So sehen wir, daß die Errichtung der Distriktskommissionen im englischen Bergbau und ihre Befugnis zur gesetzlichen Lohnfestsetzung weit hinausreicht über die Überwindung einer augenblicklichen Schwierigkeit, daß sie die Verpfanzung jener australischen Methoden zunächst auf das stammverwandte England und indirekt, vermöge des von England ausgehenden Beispiels, wohl auf Gesamteuropa darstellt, welche das Arbeitsproblem unserer Zeitepoche zu lösen vermögen.



KORRESPONDENZEN

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

ALBERT SAUZÈDE, SOMMIÈRES: EIN NEUES BERGWERKSGESETZ IN FRANKREICH.

DIE französischen Bergwerke haben in den letzten Jahren überaus bedeutende Gewinne erzielt, so z. B. die Bergwerksgesellschaft von Courrières, die im Jahre 1850 mit einem Aktienkapital von 600 000 Franken, zerfallend in 2000 Aktien im Werte von je 300 Franken, begründet ward. Im Jahre 1870 wurde für jede Aktie im Werte von 300 Franken eine Dividende von 1500 Franken gezahlt. Im Jahre 1908 betrug der mittlere Kurs einer solchen Aktie im ursprünglichen Nominalwert von 300 Franken: 88 500 Franken.

Ein anderes Beispiel: die Bergwerksgesellschaft von Bétheune, die im Jahre 1851 mit einem Kapital von 3 000 000 Franken begründet wurde, gab im Jahre 1901 einen Reingewinn von 12 Millionen.

Diese Beispiele lassen sich beliebig vervielfältigen, und ihr Studium bewog die vom letzten Parlament eingesetzte Kommission, sich für die Verstaatlichung der Bergwerke auszusprechen. Deputierter Zevaès begründete als Berichterstatter eingehend den genannten Vorschlag.

Seit dieser Zeit fanden indessen Neuwahlen zum Parlamente statt, und die neu eingesetzte Kommission sprach sich gegen die Schlußfolgerungen des Berichterstatters Zevaès aus, aus der wohl ganz gegenstandslosen Befürchtung heraus, daß die Ablösung der Bergwerke für die Staatsfinanzen gefährlich werden könnte. Die Kommission schloß sich vielmehr einem Regierungsvorschlag an, der die Konzessionierung von Bergwerksunternehmen auf eine neue Grundlage stellt: Im Gegensatz zum bestehenden Gesetz vom Jahre 1810 werden dem Staat wichtige Kontrollrechte über deren Betrieb nach seiner gesundheitlichen Seite hin zugesprochen, und sollen die Konzessionen von nun an nicht mehr unentgeltlich, sondern mit einer Gewinnanteilsabgabe an den Staat verbunden sein.

Im Einzelfalle soll der Staat berechtigt sein, vom Bergwerksunternehmer die Errichtung einer Fabrik für Verwertung der Abfälle, die Errichtung oder Subvention von zum Bergwerk führenden Straßen, Bahnen und Kanälen, gewisse Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter, sowie deren Teilhaberschaft an den Gewinnen des Unternehmens, zu fordern. Um letzteren Punkt entwickelte sich eine sehr lebhafte Debatte. In der Tat sind viele Sozialreformer für die Errichtung einer Aktienkategorie, die den Arbeitern zugesprochen werden soll und die ihnen einen Sitz im Verwaltungsrat verleihen würde. Der Kongreß der Bergleute zu Albi formulierte diese Forderung im Jahre 1910 in nachstehender Weise: „Die Bergleute werden durch die bloße Tatsache ihrer Beschäftigung im Bergwerke Aktionäre desselben. Die Aktien, die ihnen zustehen, werden ihrem Gewerkverein übergeben,

der die Gewinne nach dem Verhältnis der von jedem Arbeiter geleisteten Arbeitstage verteilt. Der Gewerkverein soll im Verwaltungsrat des Bergwerkes nach der Verhältniszahl seiner Aktien vertreten sein.“

Die Regierung Monis hat sich diesen Gedanken, freilich in einer ganz andern Richtung, zu eigen gemacht. Sie sieht allerdings in dem Projekt Bergwerksaktien vor, die keiner tatsächlichen Einzahlung entsprechen, jedoch zum Vorteile des Staates. Um eine rasche Durchführung des Gedankens zu ermöglichen, beschloß sie sogar, in das Budget des Jahres 1911 einen Artikel aufzunehmen, durch den die Regierung ermächtigt wird, die obgenannte Bestimmung zunächst bei Verleihung neuer Konzessionen einzufügen.

Der Artikel des Budgets hat naturgemäß bloß auf die Verleihung neuer Konzessionen Bezug. Der obgenannte Gesetzentwurf jedoch soll auch rückwirkende Kraft auf Bergwerke, die im Sinne früherer Konzessionen betrieben werden, besitzen.

Zunächst soll die feste Abgabe pro Hektar von 50 Centimes auf einen Franken, ferner die Abgabe vom Reingewinn, die bisher 5 Prozent betrug, in jenen Fällen, wo der Reingewinn 10 Prozent des Anlagekapitals übersteigt, auf 20 Prozent dieses Reingewinns erhöht werden.

Die Aktionskommission der Kohlenbergwerke Frankreichs hat allerdings gegen diesen Paragraphen lebhafte Vorstellungen erhoben und suchte darzulegen, daß eine Steuer von 20 Prozent ein wahrer Eingriff in die durch die Konzession ein für allemal festgelegten Beziehungen zwischen dem Staate, der die Konzession erteilt, und der konzessionierten Gesellschaft bedeute, daß sie nicht mehr in den Rahmen der Steuerhoheit des Staates falle, sondern eine rechtswidrige Beraubung der Gesellschaften darstelle. Die Regierung ist gegenüber dieser Kritik fest geblieben und hat die große Mehrheit der Nation hinter sich. Man ist in der Tat fast einmütig der Ansicht, daß bei den wachsenden Geldbedürfnissen des Staates für soziale Zwecke eine Heranziehung der außerordentlich hohen Bergwerksgewinne nur billig sei. Die relative Armut Frankreichs an Kohlenlagern und die hohen Transportpreise für ausländische Kohle schaffen hier eine Art natürliches Monopol und damit eine Quelle sicheren Gewinnes, die dem Staate, der allein das Recht zur Ausbeutung der Bodenschätze der Nation besitzt, zufließen muß.



POLITISCHE ENTWICKLUNG

EDUARD BERNSTEIN, MITGLIED DES REICHSTAGES, BERLIN: WIE IST EINE KOOPERATION DER PARTEIEN DER LINKEN IM DEUTSCHEN REICHSTAG MÖGLICH?



IE Reichstagswahlen vom Januar 1912 haben in ihrem zweiten Teil — den Stichwahlen — einen Vorgang gezeigt, der für das politische Leben Deutschlands etwas durchaus Neues war. Es ist dies die Abmachung zwischen den Leitungen der sozialdemokrati-

schen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei, kraft deren die letztere ihre Anhänger aufforderten, unter keinen Umständen Kandidaten der Parteien der Rechten — Zentrum und Konservative — zu unterstützen, die sozialdemokratische Parteileitung aber ihren Parteimitgliedern anempfahl, in 16 bestimmten Wahlkreisen, wo sozialdemokratische gegen volksparteiliche Kandidaten in Stichwahl waren und die Parteien der Rechten die Entscheidung zwischen ihnen in der Hand hatten, die Agitation zu mäßigen — zu „dämpfen“ — um die Volkspartei vom Wohlwollen oder Übelwollen jener Parteien leidlich unabhängig zu halten.

Wesentlich in dieser letzteren Bestimmung liegt auf sozialdemokratischer Seite das Neue der Abmachung. Denn wo bürgerlich radikale Kandidaten gegen Kandidaten der konservativen Parteien in Stichwahl standen, hat die Sozialdemokratie auch früher meist zugunsten jener die Stimmen abgegeben. Aber eine freiwillige Abtönung des Kampfes an Orten, wo nur noch zwischen dem Kandidaten der eignen Partei und dem einer rivalisierenden Partei das Mandat streitig war und der sozialdemokratische Kandidat ernsthaft in Frage kommen konnte, war bisher in der Sozialdemokratie nie erfolgt und auch noch nicht von Dritten ihr abverlangt worden. Es ist daher begreiflich genug, wenn in den Reihen der Sozialdemokratie diese Abmachung vielfach mit Mißmut aufgenommen worden ist, und ganz besonders versteht man die Auflehnung der sozialdemokratischen Mitgliedschaften solcher Wahlkreise gegen sie, wo — wie z. B. in Groß-Berlin — die fortschrittliche Volkspartei die einzige bürgerliche Partei ist, die überhaupt noch bei den Parlamentswahlen gegen die Sozialdemokratie ernsthaft in Frage kommt. Nicht das ist das Bemerkenswerte, daß das Rundschreiben des sozialdemokratischen Parteivorstandes, das jene Lösung ausgab, Widerspruch gefunden hat, sondern daß ihm in der großen Mehrheit der bezeichneten Wahlkreise Folge gegeben wurde.

Welches aber ist das politische Ergebnis des Abkommens?

Hinsichtlich der Mandatsverteilung ist die Folge gewesen, daß fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokratie zusammen den Parteien der Rechten mehr Mandate abnahmen, als dies bei dem früheren Verhalten der beiden Parteien im Stichwahlkampf der Fall gewesen wäre. Genau auf die Zahl läßt sich der Unterschied nicht berechnen, da unkontrollierbare Stimmen Stichwahlen oft Zufallscharakter geben. Fest steht nur, daß am zweiten und dritten Stichwahltag in einer viel größeren Anzahl solche Kreise, wo die Entscheidung bei den Wählern der Volkspartei lag, Sozialdemokraten gegen Kandidaten der Rechten gewählt wurden, als nach den Erfahrungen früherer Wahlen erwartet werden konnte. Seit dem Jahre 1884 hat von Reichstagswahl zu Reichstagswahl von denjenigen Stichwahlen, bei denen Sozialdemokraten in Frage kamen, ein immer kleinerer Prozentsatz mit dem Sieg dieser geendet. Bei den letzten drei allgemeinen Wahlen — 1898, 1903 und 1907 — war er so, der gleichen Reihe nach, auf 24, 21 und 15 % gesunken, in diesem Jahr aber hat er sich auf 39 % gehoben. Von 124 Stichwahlen, in welchen Kandidaten der Sozialdemokratie mit Kandidaten anderer Parteien zur Wahl standen, fielen 46 zugunsten der Sozialdemokratie aus. Bei etwa der Hälfte davon hat entweder positives Stimmen eines erheblichen Teils volksparteilicher Wähler für den sozialdemokratischen Kandidaten oder starke Stimmenenthaltung solcher Wähler den Sieg des Sozialdemokraten herbeigeführt. Die Volkspartei ihrerseits gewann mit Hilfe der Sozialdemokratie über 20 Mandate auf Kosten der Parteien der Rechten.

Diese Mandatsbewegung hat es herbeigeführt, daß die Parteien der Rechten des Reichstags — Konservative, Zentrum, Reichspartei und konservative Wirtschaftsparteiler — zusammen von 397 nur 162 Reichstagsmandate erhielten, also selbst mit Hilfe des rechten Flügels der Nationalliberalen, der etwa die Hälfte dieser insgesamt 44 Mitglieder zählenden Fraktion ausmacht, keine Mehrheit zustande bringen. Sie bringen aber auch, obwohl ihnen dann die Stimmen der Mehrheit der 18 Polen und 5 Welfen zufallen, die agrarisch gesinnt sind, keine Mehrheit für ihre spezifischen wirtschaftspolitischen Zwecke zusammen. Insofern kann man sagen, daß die Reichstagswahlen des Jahres 1912 für die Parteien des politischen und wirtschaftlichen Fortschritts günstig ausgefallen sind.

Aber die Debatten, die der neue Reichstag seit seinem Zusammentritt bis Ostern gepflogen hat, haben in Verbindung mit seinen Abstimmungen zugleich gezeigt, daß auch von einer Mehrheit der Linken in ihm nicht gesprochen werden kann, obwohl diejenigen Parteien, die im Wahlkampf die Parole ausgegeben hatten: „Nieder mit der Herrschaft des schwarzblauen Blocks“ zusammen die Mehrheit der Mandate erlangt haben. Nämlich Sozialdemokraten 110, Volkspartei 43, Nationalliberale 44 und liberale Bauernparteien 5 Mandate. Insgesamt sind das 202 Mandate, also 4 mehr als die absolute Mehrheit. Indeß hat die nationalliberale Partei durch ihr Verhalten bei der Wahl der Präsidenten des Reichstags und auch bei verschiedenen andern Anlässen deutlich gezeigt, daß sie grundsätzlich nicht als eine Partei der Linken betrachtet sein will. Sie will eine „Partei der Mitte“ sein, das liberale Zentrum des Deutschen Reichstags. Aus ihren Wahlaufrufen schon ging für den aufmerksamen Leser ziemlich deutlich hervor, daß ihr Kampf gegen den „schwarzblauen“ Block gar nicht darauf ausging, diese Verbindung von Konservativen und Klerikalen durch eine Koalition mit den Parteien der Linken des Reichstags lahmzulegen, sondern nur das Ziel verfolgte, sie zu Zugeständnissen an gewisse politische Ideen des Nationalliberalismus mürbe zu machen. Ihre Anathemas richteten sich daher immer nur gegen Superlative der Politik jener: *Hochkonservatismus*, *Hochagrariertum* und ähnliche Extreme mehr. Für diesen Kampf reklamierten sie die Stimmen der Wähler der Linken, ohne Verpflichtungen eingehen zu wollen gegenüber den Parteien der Linken. In diesem Sinne führten sie auch das Wort von den *nationalen Parteien* im Munde, das keine Fraktion der Rechten des Reichstags, wohl aber die größte Fraktion der Linken des Reichstags, die Sozialdemokratie, ausschließt.

Ob für eine solche Mittelpartei im deutschen Parteileben auf die Dauer noch Raum ist, kann dahingestellt bleiben. Für eine gesunde Parteigruppierung und für Ausbildung bestimmten politischen Denkens ist sie jedenfalls eher hinderlich. Ihre Irrationalität wird aufs klarste dadurch veranschaulicht, daß die Mitglieder der nationalliberalen Partei nicht nur bei der Wahl der Reichstagspräsidenten, sondern fast bei jeder größeren Frage, die den neuen Reichstag beschäftigt hat, in der Abstimmung sich getrennt haben; die einen gingen nach rechts, die andern nach links, und ein dritter Teil blieb auf dem Zaune sitzen und enthielt sich der Abstimmung. Es findet da ein Gärungsprozeß statt, vor dessen Ausgang jede Hineinbeziehung des Nationalliberalismus in Betrachtungen über die Modalitäten und Möglichkeiten einer Kooperation der Linksparteien des Reichstags nur zu Selbsttäuschungen sowie zur Umfälschung des Begriffs der politischen Kooperation führen würde.

Was heißt politische Kooperation?

Offenbar ist sie nicht mit der Tatsache gelegentlichen Zusammensegehens, gelegentlicher Verständigung in bezug auf bestimmte Fragen gleichbedeutend, die vom Parlament zu entscheiden sind. Denn solche gelegentliche Verständigungen hat es längst schon zwischen den Parteien der Linken wie zwischen denen der Rechten oder zwischen Gruppen der Rechten und Linken gegeben. Sie liegen im Wesen der parlamentarischen Aktion, sind durch den Mechanismus des Parlaments bedingt. Im Parlament stehen sich die Parteien anders gegenüber, als draußen im Wahlkampf. Draußen findet das Bilden der Kräfte der Parteien statt, drinnen aber handelt es sich um das Verwerten, hat man die Kräfte selbst schon gemessen, ist der die Leidenschaften am stärksten in Bewegung setzende Akt des politischen Kampfes schon abgespielt. Draußen dreht es sich um die Grundsätze, welche die Stellung der Parteien zur Totalität der Fragen der Zeit bestimmen, drinnen wird über die einzelnen Fragen und Teilfragen, in die jene sich auflösen, getrennt verhandelt, und treten daher jedesmal Einzelheiten sachlicher Natur in den Vordergrund, bei denen die Grundanschauungen nicht in ihrer umfassenden Bedeutung zum Ausdruck kommen können. Auch der vermittelungsfeindlichste Revolutionär kann, wenn er als Gesetzgeber ernst genommen werden will, bei einer Gesetzesvorlage, die nur einen Ausschnitt des sozialen Lebens betrifft, sich nicht über die gegebene Struktur und Eigentumsordnung der Gesellschaft hinwegsetzen. Es könnte ihm sonst z. B. passieren, daß er, statt die privilegierten Positionen zu vermindern, nur zu den alten noch neue hinzuschafft. Ebenso kann aber auch der konservativste Gesetzgeber die aus den Entwickelungen des sozialen Lebens sich ergebenden neuen Bedürfnisse und Anforderungen nicht völlig ignorieren, wenn er nicht unerträgliche Zustände schaffen will; auch muß der Gesetzgeber des einen Landes wohl oder übel darauf Rücksicht nehmen, welche Wege die Gesetzgebungen der andern Länder wandeln.

Aus diesen und andern Gründen findet im Parlament bei der Beratung von Gesetzesvorlagen oder Initiativanträgen allerhand Verständigung von Fraktionen zu Fraktionen statt und es kommt sogar vor, daß gelegentlich Fraktionen zusammengehen, die für gewöhnlich sich sehr fremd gegenüberstehen. Wenn auch naturgemäß es in der Regel Nachbarfraktionen sind, die in bezug auf Abänderungen und Ergänzungsanträge zu solchen Vorlagen miteinander verhandeln.

Es kann sich also nicht — oder nicht bloß — um solche Gelegenheitsverständigungen handeln, wenn die Frage einer Kooperation der Parteien der Linken des Reichstags zur Erörterung steht. Für sie brauchte es keiner vielen Worte und Abhandlungen, sie werden auch ohne sie vorhanden sein, wie sie ohne sie schon vorhanden waren, als noch der Manchestermann Eugen Richter die entscheidende Stimme im Rat der bürgerlichen Linken hatte. Der Begriff Kooperation würde vielmehr nur dann Anwendung finden, wenn die Verständigung über Gelegenheitsfragen hinaus greift, wenn sie auf der Voraussetzung einer größeren Dauer beruht, sich auf die leitenden Gesichtspunkte der Politik im Großen erstreckt und damit auch auf das Verhalten der Parteien zueinander außerhalb des Parlaments zurückwirkt.

Stellt man die Frage so, und sie kann meines Erachtens gar nicht anders gestellt werden, so leuchtet nach dem Vorausgeschickten ohne weiteres ein, daß zwischen der Sozialdemokratie und dem heutigen Nationalliberalismus wohl Gelegenheitsverständigungen jener alltäglichen Gattung stattfinden können,

eine echte parlamentarische Kooperation aber einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist. Ein oft zitiertes Wort sagt, man schließe keine Allianzen mit einem Leichnam. Aber es wäre nicht minder widersinnig, an irgendwelchen Feldzug mit einer auseinanderstrebenden Truppe zu denken. Für eine Kooperation der Linken käme immer nur ein Bruchteil des Nationalliberalismus in Betracht, und zwar derjenige, bei dem der Ton auf die letzte Silbe dieses Wortes zu liegen kommt.

Anders steht es mit der fortschrittlichen Volkspartei. Auch in dieser Partei lassen sich verschiedene Strömungen unterscheiden. Aber sie sind nicht in dem Grade disparat, wie die Fraktionen des Nationalliberalismus, streben nicht in gleichem Maße auseinander. Der geistige Entwicklungsprozeß der Volkspartei führt sie, wie das verschiedene ihrer Redner im Parlament offen anerkannt haben, der Gesellschaftsauffassung der Sozialdemokratie näher, wozu allerdings auch der ökonomische Umwandlungsprozeß der Gesellschaftsschichten beiträgt, aus der diese Partei die Masse ihrer Anhänger zieht. Zwar haben schon früher gewisse Kategorien von Beamten und Angestellten — so namentlich Lehrer — bei der Volkspartei und ihren Vorgängern eine Rolle gespielt, aber unzweifelhaft hat sich der Prozentsatz dieser Elemente in ihrer Anhängerschaft sehr vermehrt. Der Angestellte aber empfindet heute, wo für die Mehrheit seiner Berufsgenossen die Etablierung eines eignen Unternehmens aufgehört hat ihr Denken zu beherrschen, sozial wesentlich anders als früher. Die Wandlungen in ihrer Parteiklientel konnten daher die sozialpolitische Auffassung der Volkspartei nicht unberührt lassen, und wie groß auch die Differenzen im praktischen Verhalten der Sozialdemokratie und der Volkspartei zur Sozialpolitik noch sind, so braucht man nur die heutigen Abstimmungen dieser letzteren Partei zu den dahingehörigen Fragen mit der Stellung zu vergleichen, die noch vor zwei bis drei Dezennien ihre damaligen Führer zu ihnen einnahmen, um eine wesentliche Vorwärtsentwicklung des tatsächlichen Verhaltens im Sinne radikaler Reformpolitik herauszuerkennen.

Kurz, die im Schoße der Gesellschaft vor sich gehenden ökonomischen Wandlungen bringen den demokratischen Liberalismus zu einer viel stärkeren Betonung des Gegensatzes von Arbeit und Besitz, von Sozialinteresse und partikularen Hoheitsrechten, als es der Fall war, solange ihm das Unternehmertum als die Zentralsonne des sozialen Universums erschien. In dem Maße aber, als der Liberalismus seine sozialen und politischen Aufgaben im Lichte dieses Gegensatzes begreift, muß sich in der Tat seine Oppositionstellung zu den konservativen Parteien und ihren wirtschaftspolitischen Schleppträgern verschärfen und ihn an die Seite der Sozialdemokratie drängen. Dann sind solche Vorgänge, wie der Zerfall der Bülow'schen Paarung beim Streit um die Finanzaufbesserung, nicht mehr als Zufälligkeiten zu beurteilen, sondern als Notwendigkeiten, für die jener Streit nur den äußern Anstoß lieferte, wie solcher Anstoß in der Geschichte so oft als Zufälligkeit auftritt, wenn zur Notwendigkeit herangereifte Konflikte zum Ausbruch kommen.

Was war, wenn wir ihn als Ganzes betrachten, die Signatur des Reichstagswahlkampfs vom Januar 1912? Offenbar ist sie darin angezeigt, daß er, unbedeutende Bruchteile ausgenommen, die Wählerschaften in zwei große Lager gruppierte, die den in der Geschichte immer wieder miteinander ringenden Fundamental tendenzen der Politik entsprechen. Auf der einen Seite die Vertreter des Autoritätsgedankens in Staat und Religionsbekenntnis, in

Wirtschaft und Unterricht, die Parteien der Überlieferungen, die Verfechter der erworbenen Rechte. Auf der andern Seite aber in verschiedener Abtönung die Parteien der Anforderungen der neuen Gesellschaftsklassen, der in der Gesellschaft sich neu entwickelnden Bedürfnisse, die Verfechter der mit den Überlieferungen unvereinbar gewordenen Rechte des organischen Lebens der Gesellschaft, die Kämpfer für das Recht der neuen Erkenntnisse über die alten Satzungen, für das Recht der ewig sich verjüngenden Wissenschaft über die althergebrachten Glaubensformeln kirchlicher und staatsrechtlicher Dogmatik. Und nur eine solche Kooperation der Parteien der Linken, welche als leitenden Gesichtspunkt diese Gegenüberstellung festhält, die sich auf der Höhe des Wahlkampfs in mehr oder weniger klar formulierter Ausprägung den Wählern als das bestimmende Moment für die Trennung der beiden Lager aufdränge, wird von nennenswertem Bestand und wahrhaft fruchtbar sein können.

Dann aber, wenn dies geschieht, wird sie auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Politik sich bewähren können. In den Fragen der politischen Rechte des Volks, der Selbstregierung der Nation sind die Programme der Parteien der Linken längst im wesentlichen identisch, desgleichen in den Forderungen hinsichtlich der Weltlichkeit von Staat und Schule, der Freiheit der Bekenntnisse, der demokratischen Gestaltung des Rechtswesens. Es ist hier nicht so sehr das Was als das Wie, nicht das Prinzip, sondern die Kraft und Methode des Vorgehens zu seiner Verwirklichung, was in Frage steht. Das Gleiche ist der Fall bei den Fragen der Steuergesetzgebung und der Handelspolitik, des Verwaltungswesens und der Sozialpolitik im weiteren Sinne. Überall hier muß das Bewußtsein, daß es sich um die scharfe Heraushebung der Rechte der werdenen Funktionen der Gesellschaft gegen geschichtlich überlebte Einrichtungen und Vorrechte handelt, die Parteien der Linken zusammenführen.

Schließlich, aber nicht zum wenigsten, ist eine Kooperation der Linken notwendig und wird bei gebührender Vergegenwärtigung und Anwendung der hier entwickelten Grundprinzipien auch möglich sein in der Behandlung der Fragen der auswärtigen Politik und der Rüstungen. In dieser Beziehung ist es heute in Deutschland, soweit die bürgerlichen Parteien in Betracht kommen, unter dem Gesichtspunkt der kulturellen Anforderungen so schlimm bestellt, wie nur möglich. Während die Entwicklung des wirtschaftlichen und geistigen Weltverkehrs die Angehörigen der Kulturnationen immer näher zusammenbringt, immer dichtere Netze über die ganze Kulturwelt zieht, immer mehr Voraussetzungen wahrer Internationalität schafft, haben bei uns selbst die liberalen Parteien in diesen Dingen Schritt für Schritt vor der nationalistischen Agitation die Segel gestrichen. Der kosmopolitische Geist, der in viel höherem Grade, als man es heute wahr haben will, zur wirtschaftlichen und politischen Hebung des deutschen Volks beigetragen hat, ist leichtherzig preisgegeben worden und hat einem Nationalismus das Feld überlassen, der dem Jingogeist gewisser Teile des englischen Volkes und dem in Frankreich die Köpfe umnebelnden Chauvinismus in nichts nachgibt. Kein Wunder daher, daß auch die Widerstandskraft des Liberalismus gegen die wachsenden Ansprüche des Militarismus und Marinismus völlig in die Brüche gegangen ist. Hier muß einmal Einhalt geboten werden, wenn es nicht zu einem mörderischen Kriege zwischen den vorgeschrittensten Völkern Europas kommen soll, der die Entwicklung um Generationen zurückwerfen kann. Die Kraft zu diesem Widerstand wird der bürger-

lich demokratische Liberalismus aber nur gewinnen aus der Kooperation mit der Demokratie der Arbeiterklasse, mit der Sozialdemokratie.



CHRONIK

ABD-UL-HAMIDS Armenierhaß: Man fragt allgemein, warum denn der Sultan Abd-ul-Hamid sich durchaus als geschworener Todfeind des armenischen Volkes gebe, wo doch in allen früheren kriegerischen Epochen die Armenier der Pforte als wertvolle Stützen galten. Sie hatten von den Türken den Namen millet-i-Sadika, d. i. „das treue Volk“, erhalten. Abd-ul-Hamid aber bannte es aus all seinen Gnaden.

Die Erklärung liegt darin, daß Abd-ul-Hamid illegitimer Sohn eines Armeniers — Tablakiar — und einer Armenierin — Fatché — ist, die beide dem königlichen Hof als Sklaven angehörten. Als Großvezir Midhat Pascha nun den Sultan Abd-ul-Aziz hatte erhängen und den neuen Sultan Murad V. in den Kerker

werfen lassen, hütete er sich wohl, das Racheschwert einem nahen Verwandten seiner Opfer in die Hand zu drücken. Er zog vielmehr Abd-ul-Hamid II. aus dem Nichts hervor, der ihm Garantien für Dankbarkeit und Fügsamkeit zu bieten schien.

Am Anfang seiner Regierung wurde Abd-ul-Hamid von sehr vielen Türken „der Armenier“ genannt. Dieses wurde ihm unheimlich. Eingeschlossen in seinen Palast, fürchtete er sich unablässig vor dem Lose seiner Vorgänger. Und er betrachtete sich als gezwungen, seinen armenischen Landsleuten mit tödlichem Haß zu begegnen und sich dadurch als Nichtarmenier, als Turke und als unverfälschter Abkomme Osmans zu legitimieren.

Ali Zaou,
Saloniki.



SOZIALE ENTWICKLUNG

DR. WERNER HEGEMANN, BERLIN: DEMOKRATIE ODER DIKTATUR FÜR GROSS-BERLIN?



ER die Diskussion der Groß-Berliner Kommunalpolitik verfolgt, stößt überall auf die Erwartung, mit der in Furcht und Sehnsucht ein Spreepräfekt, ein Baron Haussmann, ein kommunalpolitischer Bismarck ver- oder herbeigewünscht wird. Wenn der doch gewiß

eifersüchtig über die Rechte der „Selbstverwaltung“ wachende Oberbürgermeister Kirschner-Berlin unmutsvoll von der „Misere von Groß-Berlin“ spricht, „der gegenüber, nach seiner Ansicht die Verhältnisse des seligen Deutschen Reiches einfach und geregt waren“, so liegt dieser Äußerung ein ähnlicher Gedanke zugrunde, wie Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg ihn ausdrückt, wenn er die Groß-Berliner kommunalpolitischen Verhältnisse mit der Zerrissenheit des Frankfurter Bundestages, wie ihn Bismarck erlebt hat, vergleicht, und wenn er von der Tätigkeit des jungen Propaganda-Ausschusses „Für Groß-Berlin“ (Bernhard Dernburg, E. Franke, R. Kuczynski, H. Muthesius, A. Südekum usw.) eine Wirkung erhofft, die in engerem Rahmen dem Einflusse des Nationalvereins gleicht, der vor etwa 50 Jahren die öffentliche Meinung aufrief und entgegen der Vielseitigkeit und Zerrissenheit der staatlichen Gewalten immer und immer wieder den Regierenden predigte, daß doch endlich einmal die Einheit kommen müsse *). Diese heißersehnte Einheit zu schaffen mußte ein Bismarck kommen. Auch der Groß-Berliner Stadtbaukünstler, der die notwendigen, aber durch überlange Verzögerung schon beinah unmöglichen Straßendurchbrüche in künstlerischen Lösungen kühn aufs Papier projiziert, wünscht sich einen Haussmann, wie er in den 50er und 60er Jahren gestützt durch einen allmächtigen Herren das Paris des zweiten Kaiserreiches nach großartigen, einheitlichen Plänen schuf. Mit Behagen betont der jeweilige Berliner Projektmacher, daß er gern bereit sei, ebenso, wie einst Haussmann, seine Projekte auf dem Wege korporativer Beratungen durchzuführen, „vorausgesetzt immer, daß die betreffende Kommission“, wie Haussmann mit einer Verbeugung zu Napoleon sagte, „nur aus einem Mitglied besteht“. Wer schließlich als Historiker die Entwicklung Groß-Berlins verfolgt, muß ebenfalls zugeben, daß die größten Verdienste um Berlin von den Hohenzollern des 17. und 18. Jahrhunderts erworben wurden, die ihre großartigen Pläne der Stadterweiterung und Wohnungspolitik mit rücksichtslosestem Despotismus durchgesetzt haben. Unter Berücksichtigung solcher Stimmungen und Befürchtungen, wie sie also heute angesichts des unentwirrbaren gordischen Knotens überall herrschen, verdient wohl die Frage genaue Erwägung, unter welchen politischen Formen es denn überhaupt möglich werden kann, daß aus diesem Rattenkönig widersprechender Kirchturmsinteressen, der sich heute noch unter dem Namen Groß-Berlin versteckt, eine wirkliche Hauptstadt entsteht, eine Hauptstadt, deren Organisation, deren Wohnungsverhältnisse, deren Freiflächen-, Spielplatz- und Verkehrsverhältnisse dem deutschen Namen keine Schande machen. „Wir Deutschen“, sagte Heinrich von Treitschke, „sind das einzige Kulturvolk, das ohne eine große Stadt sich die Stellung einer Großmacht erobert hat; die Vorzeige und die Schwächen ländlich-kleinstädtischer Bildung liegen uns tief im Blute. Nun unternehmen die aufstrebenden Kräfte einer neuen Zeit vor unseren Augen, dies alte unnatürliche Gebrechen zu heilen, das allein aus den Wirren und dem Unglück einer höchst verwickelten Geschichte sich erklärt. Unsere Hauptstadt wird bald die größte Kommunalverwaltung der Welt besitzen und als „Provinz Berlin“ den beengenden Formen der Städteordnung entwachsen. Die „Provinz Berlin“ auf die Treitschke gehofft hat, und für die Bismarck durch weiland Oberbürgermeister Hobrecht vorübergehend erwärmt worden war, ist sehr bald begraben worden, unter den Klängen des Spottliedes, das begann mit:

*) Vgl. Dominicus' Rede in der vom Propaganda-Ausschuß „Für Groß-Berlin“ einberufenen Versammlung in der „Neuen Welt“, Verlag Vita, Charlottenburg S. 22ff.

„Wer reitet so spät durch Nacht und Wind?
Es ist Herr Hobrecht mit seinem Kind“,

und dessen Schluß lautete: „Die Provinz Berlin war mausetot“.

Wie soll denn nun endlich diese stolze Kommunalverwaltung, wie sie schon vor bald 40 Jahren Treitschke gefordert hat, entstehen? Bei der Beantwortung dieser Frage erscheint die von den Oberbürgermeistern Kirschner und Dominicus herangezogene Analogie mit den reichsdeutschen Verhältnissen vor 1870 besonders glücklich. Diese Analogie drängt sich einem förmlich auf und zwar in noch mancher anderen, als in der von den beiden Oberbürgermeistern angedeuteten Richtung. Genau wie der nationale und staatliche Fortschritt nämlich, dessen wir uns jetzt freuen, in der vielgeschmähten Umschwungszeit von 1848 seine Wurzel hat, und genau wie das große Verfassungswerk von 1848 später von dem größten deutschen Staatsmann ohne Zaudern zur verfassungsmäßigen Grundlage des deutschen Reiches gemacht werden konnte, genau so gehen die Wurzeln der besten städtebaulichen Ideen der Neuzeit, nachdem die gute Tradition des alten Regimes einmal völlig abgebrochen war, auf die Märztage zurück. Während langer Jahrzehnte war das Verständnis dafür erstickt gewesen, daß normale Wohnungsverhältnisse in einer Stadt mit wachsender Bevölkerung nur erreicht werden können, wenn das Stadterweiterungs-Geschäft — in seiner hundertfachen Kompliziertheit mit Fragen der Steuertechnik, der Architektur, des Verkehrswesens, der Baupolizei, des Hypothekarrechtes und des Kreditwesens — eine der vornehmsten Aufgaben des Staates und der Stadtverwaltung darstellt, zu der die ersten Kräfte, Politiker, Künstler und Techniker herangezogen werden müssen. Jahrzehntelang hatte auch im Stadterweiterungs-Geschäft die Philosophie des Ministers von Schulenburg aus dem Jahr 1806 geherrscht: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Unsere Aussichten dürfen sich nicht über das entfernen, was in unseren Mauern vorgeht. Dies ist unser einziges höheres Interesse, mit dem wir uns allein beschäftigen müssen“. Dieser Geist, der prinzipiell nicht über die engen Stadtmauern hinausschauen wollte und — durfte, wurde durch die Städteordnung von 1808 sogar zum Gesetz erhoben: die Stadt wurde auf einen kleinen Teil ihres früheren Umfangs auf das Gebiet innerhalb der Zollmauern beschränkt; das hatte die verhängnisvollsten Folgen für die städtebauliche Entwicklung Groß-Berlins, die sich künftig gleichsam unter der Zwangsvorstellung vollzog, Berlin sei eine ummauerte Festung, sei nicht ausdehnungsfähig, und der in der Umgebung fehlende Platz müsse durch Etagenhausbau der Luft abgewonnen werden. So war es denn wie eine Offenbarung, als Ende der vierziger Jahre zum ersten Male wieder Männer, die viel im Ausland, namentlich in England, gereist waren, genug soziales Verständnis und städtebauliches Gewissen hatten, um weitläufige, planmäßige Siedelungen im Umkreis von Berlin zu fordern, Siedelungen, die vom Zentrum der Stadt mit dem Dampfwagen innerhalb einer Viertelstunde erreichbar sein müßten. Diese Siedelungen nun sollten sich auf der breiten Basis großer vielseitig ausgebildeter Genossenschaften mit ausgesprochen demokratischem Charakter entwickeln: eine Entwicklungsform, die ja gerade in England und Amerika so außerordentlich zur segensreichen Gestaltung des Kleinwohnungswesens beigetragen hat. Im Gegensatze also zu dem selbstherrlichen Vorgehen bei den vom aufgeklärten Despotismus geschaffenen Stadterweiterungen fordern die Pfadfinder des neuzeitlichen Städtebaues

weitgehende Durchführung demokratischer Gedanken. Diese gesunden demokratischen Forderungen der Wohnungspolitik, wie sie damals dargelegt wurden und dann vorübergehend feste Form durch die, mitten in den politischen Unruhen von 1847/48 gebildete, erste Berliner gemeinnützige Baugesellschaft gewannen, sind in der ganzen weiteren baulichen Entwicklung Berlins immer aufs neue wiederholt worden, und wenn sie auch bis auf den heutigen Tag nur vereinzelt über den Zustand des Postulats hinausgekommen sind, so läßt sich doch heute noch auf ihnen genau so gut eine Regeneration des Berliner Städtebaus begründen, wie auf den politischen Forderungen des Jahres 1848 das Deutsche Reich aufgebaut worden ist.

Aber noch in anderer Beziehung ist die Analogie zwischen der inneren Politik des Reiches mit der städtebaulichen Politik Groß-Berlins fruchtbar; bei der Erörterung der Frage, ob Diktatur oder Demokratie unsere zerfahrenen Groß-Berliner Verhältnisse wird heilen müssen. Bismarck hat durch geschicktes Aufnehmen der großen, demokratischen Forderungen von 1848, die wahrhaften Klammern gefunden, die Tiefen der Nation zu erfassen und unwiderruflich an das neue, von Preußen geführte Reich zu binden. Er erklärte in seiner Denkschrift von Baden-Baden (Juli 1861) „Die nationale Vertretung des deutschen Volkes bei der Bundeszentralbehörde ist als das einzige Bindestmittel zu bezeichnen, welches den divergierenden Tendenzen dynastischer Sonderpolitik ein ausreichendes Gegengewicht zu geben vermag.“ In ganz ähnlicher Weise ist 1888 das Konglomerat von Städten und Dörfern Groß-Londons durch die Verleihung des allgemeinen und direkten Wahlrechts zum Grafschaftsrat über die Hausbesitzerparlamente der einzelnen Gemeinden hinweg zu einer stolzen Einheit zusammengesetzt worden.

Warum sollte nicht für Groß-Berlin eine ähnliche Lösung durchgesetzt werden können? Die Regierung wird ihre Bedenken gegen die sozialdemokratischen Mehrheiten, die derartige Wahlen bringen könnten, um so schneller beiseite setzen, je mehr sie sieht, daß sie bei ihren neuzeitlich orientierten Bestrebungen auf dem Gebiete der Baupolizeiordnungen und des Bebauungsplanwesens, denen sich sehr bald ähnliche Bestrebungen auf dem Gebiete des Verkehrs-, des Freiflächen- und Park- und besonders auch des Kommunalsteuerwesens anreihen müssen, viel weniger Widerstände bei den Sozialdemokraten als bei den Grundbesitzer-Parlamenten findet. Wer heute als Unparteiischer mit Vertretern der Regierung über die Möglichkeiten spricht, sozialpolitische Forderungen namentlich auf dem Gebiete des Städtebaues bei den Kommunen durchzusetzen, wird es gradezu komisch finden müssen, mit welcher Beruhigung er auf das Vorhandensein von Sozialdemokraten als ziemlich zuverlässigen Förderern der geforderten Maßregeln hingewiesen wird. Nachdem in Groß-Berlin sich Wohnungsverhältnisse entwickelt haben, unter denen 600 000 Groß-Berliner in Wohnungen zusammengepackt sind, in denen auf jedes heizbare Zimmer (Küche und die in ganz geringer Zahl vorhandenen Kabusen sind dabei nicht als Zimmer gerechnet 5—13 Personen kommen, treffen in der Tat die Worte Gustav von Schmollers zu, daß „wir die unteren Klassen durch ihre Wohnungsverhältnisse zu Barbaren, zu tierischem Dasein herabdrücken“. Die Regierung hat da das allergrößte Interesse Abhilfe zu schaffen; und da die in der Regierung einflußreichen Kreise vorläufig wenigstens nur zum kleineren Teil in Interessengemeinschaft mit der Bodenspekulation stehen (über die Großspekulanten: Forst- und Militärfiskus soll später ein Wort gesagt sein), braucht in diesem Falle die Regierung

nicht mit der konservativen Rechten — in kommunalen Fragen vertreten durch Bodenspekulation und Hausbesitz, Haberland und Cassel — Hand in Hand zu gehen. Es kann vielmehr in der Kommunalpolitik sehr bald eine Zeit wiederkehren, die der innerpolitischen Lage in den sechziger Jahren ähnelt, eine Zeit, in der die Regierung gegen das Dreiklassenwahlrecht der Kommunen aus denselben Gründen und ebenso scharf vorgeht, wie Bismarck es tat, als er gegen das Dreiklassenwahlrecht zum Landtage den Kreuzzeitungs-Artikel inspirierte, in dem es heißt: „Dies Wahlsystem ist nichts anderes als die Repräsentation des Geldkapitals mit dem lügnerischen Schein, daß es eine Vertretung des ganzen Volkes wäre. Es ist die Herstellung einer modernen Geldaristokratie, welche alles Höhere und Edlere nach oben wie nach unten je länger desto mehr in den Staub des gemeinsten Materialismus herunterzieht“. Die Tatsache, daß die Regierung durch ihre beiden als besonders gefährlich bekannten Grundstücksspekulanten, Forst- und Militärfiskus, selber an einer antisozialen, kleinhausfeindlichen Ausnutzung des Bodens interessiert ist, kann, auch wenn wirklich die Regierung sich endgültig nicht auf höhere Pflichten besinnen sollte, unter Umständen gerade ein Grund für sie werden, um so schärfer gegen die Konkurrenz von ebenfalls antisozialen, privaten Terrainspekulanten vorzugehen. Schließlich hat es ja der Staat, der als Aufsichtsbehörde gleichsam Monopolist der Schnellbahnen ist, in der Hand, die Bodenpreise in der noch unerschlossenen Umgebung Groß-Berlins genau so zuverlässig — ja willkürlich und selbstverständlich zu seinem Vorteile — zu regulieren, wie man die Temperatur des Wassers in einer gut bedienten Badewanne regulieren kann: es braucht nur endlich wieder einmal ein weitblickender und städtebaulich denkender Willen in Aktion zu treten. Die Möglichkeiten, die sich somit zur Lösung des Groß-Berliner Problems bieten, sind durchaus danach angetan, die Besorgnis vor (ebenso-wie die törichte Hoffnung auf) einen gewalttätigen Spreepräfekten zu verscheuchen. Diese Möglichkeiten liegen nämlich, so will es scheinen, ausschließlich in der endlichen Anwendung demokratischer Prinzipien auch auf die Gemeindeverwaltung. Um die zum Himmel schreienden Notstände des Berliner Wohnungs-, Verkehrs- und Freiflächenwesens zu heilen, bedarf es einerseits der Demokratisierung neuzeitlicherer Anschauungen über diese Fragen: die Massen, die am verhängnisvollsten leiden, verharren vorläufig noch in gleichgültiger Apathie. Andererseits aber können die neuen besseren Anschauungen, die jetzt auf der ganzen Linie durchzudringen anfangen, zur Herrschaft nur dann gelangen, wenn ein politisches Instrument geschaffen wird, um die geradezu allmächtigen Interessentengruppen zum Anerkennen sozialer Mindestforderungen zu zwingen. Dieser Zwang wird um so schwerer ausgeübt werden können, als die großen Interessentengruppen durch das Dreiklassenwahlrecht, kumuliert durch das Hausbesitzerprivileg, instand gesetzt worden sind, sich die Organe der sogenannten „Selbstverwaltung“ dienstbar zu machen und die Lage ist noch weiter kompliziert dadurch, daß diese „Selbstverwaltung“ nicht nur allgemein als integer, als moralisch unantastbar gilt, sondern es in einem gewissen Sinne sogar wirklich ist, obgleich sie durch ihre Entstehung notwendig eine Interessentenvertretung darstellt; diese Verwaltung und ihre Organe sind in dem Sinne nämlich unantastbar, in dem die weißen Katzen unantastbar waren, die von den schlau spekuliierenden assyrischen Kriegern bei der Eroberung Ägyptens vor der Schlachtreihe hergetragen wurden, weil die Ägypter eben die weißen Katzen für heilig und unantastbar hielten. So ist auch ein hoher Beamter des Reiches

oder des preußischen Staates auch dann noch eine respektable Persönlichkeit, wenn er sich pensionieren läßt um sein kerniges Alter in den Dienst eines großen Grundstücksspekulanten zu stellen, dessen viele Zeitungen nicht gerne unfreundlich Erwähnung tun.

■ So utopisch bei der gegenwärtigen politischen Machtverteilung die Hoffnungen auf eine neue Orientierung unserer Kommunalpolitik klingen mögen, so unberechtigt muß es sein, sie ganz von der Hand zu weisen: bisher hat die phönixartige Kraft des deutschen Volkes zum großen Teil doch eben darin bestanden, daß im letzten, gefährlichen Moment unabweisbare soziale Forderungen doch immer wieder durchgesetzt worden sind, ohne Rücksicht darauf, daß deswegen der Staat Friedrichs des Großen oder die Stein-Hardenbergschen Reformen oder das Reichstagswahlrecht als sozialistisch verdächtigt wurden. Der hämische Zyniker, der eine große Neuorientierung unseres Staatslebens in Fragen der Kommunalpolitik als im heutigen Preußen unmöglich von der Hand weist, versündigt sich am Glauben an den heiligen Geist der Zukunft unseres Volkes, denn unsere Zukunft liegt ganz und gar in unseren großen Städten, einmal in ihrer Steuer- und Volkskraft, in ihrer Kaufkraft, die auch die deutsche Landwirtschaft, die auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren kann, künstlich am Leben erhält, zum anderen aber in der Entwicklung der deutschen Stadtkultur, auf deren höchste, stolzeste Blüte wir noch mit heißem Herzen hoffen dürfen und wollen.

Soviel zur Frage: wird die kommunalpolitische Misere Groß-Berlins auf gewaltätigem oder demokratischem Wege gelöst werden? Nicht viel anders steht es mit der Frage, die dem Stadtbaukünstler am Herzen liegen muß: „wird es durch die Organe demokratischer Körperschaften möglich sein, nicht nur einheitliche, sondern auch wahrhaft künstlerische Gedanken durchzuführen“? Auch hier braucht die Antwort durchaus nicht nur pessimistisch auszufallen. Es muß und wird gelingen, — und das wird leichter sein wie manches andere — die Großstadtbevölkerungen so weit künstlerisch zu erziehen, daß sie sich dem gewaltigen suggestiven Zwang großer künstlerischer Gedanken rückhaltlos hingeben. Der Erziehungsarbeit, die da zu leisten ist, ist schon in großem Maße vorgearbeitet und sie wird auch dadurch erleichtert, daß hier ein uninteressiertes Zusammenwirken vieler edler Kräfte möglich ist und daß der ideale Wettbewerb mit den Metropolen des Auslandes durch Nationalstolz, Geschäfts- und Fremdenverkehrsinteresse gleicherweise angefeuert wird. Die großen Leistungen edler Stadtbaukunst früherer Zeiten sind vielfach aus dem freien Zusammenwirken der Kräfte des Bürgertums entstanden (Nürnberg, Rothenburg, Augsburg) und wo die stadtbaukünstlerische Entwicklung durch das Eingreifen genialer Despoten forciert worden ist (Paris, Berlin) ist dann jeweils nach dem Verschwinden des allmächtigen Städtebauers das Chaos um so verhängnisvoller geworden. Auch die Kette künstlerischer Entwicklung ist nicht stärker als ihr schwächstes Glied und dieses schwache Glied ist in diesem Falle der Durchschnittsgeschmack, der gehoben und zuverlässig werden muß, der aber natürlich Ansicht auf Gesundung erst dann hat, wenn mit den menschenunwürdigen, vertierenden Wohnungsverhältnissen aufgeräumt worden ist. Ludwig XIV. hat auf dem Sterbebette seine Passion fürs Bauen den Ruin seines Volkes genannt, im Gegensatz dazu muß eine von einem stolzen Gemeinwillen getragene und wahrhaft sozial orientierte Stadtbaukunst ein freudiges Einigungsmittel für die Herzen der in ihren sonstigen Interessen gespaltenen millionenköpfigen Großstadtbevölkerungen werden.

RENÉ SIMON, KABINETTSCHEF IM FRANZÖSISCHEN ARBEITSMINISTERIUM, PARIS: WECHSELSEITIGE UNTERSTÜTZUNGSVEREINE IN FRANKREICH.



ILDEN, Zünfte und Gesellenvereine woben zu allen Zeiten starke Bande zu Schutz und Trutz zwischen den arbeitenden Volkschichten und gewährten Unterstützungen meist in Naturalien. Mit der französischen Revolution wurden jedoch alle zunftähnlichen Bildungen in Acht und Bann getan.

Der Artikel 291 des Strafkodex beschränkt die Zahl sich ohne Staatserlaubnis dauernd zusammenschließender Personen auf 20.

Aber Gegenseitigkeitsunterstützung ist etwas so natürliches, daß ihre Betätigung sich allmählich wieder durchsetzt, sei es auf konfessioneller Grundlage, sei es in beruflichen Körperschaften, sei es endlich im Schoße des Freimaurertums.

Das Gesetz vom 15. Juli 1850 und das Dekret vom 26. März 1852 machen diese Gründungen rechtsgültig und zwar in dreifacher Form. 1. Als einfach geduldete oder freie Gesellschaften; 2. als anerkannte Gesellschaften und 3. als Gesellschaften, denen der Charakter „öffentlicher Nützlichkeit“ zuerkannt wurde und die der Staat schützte und subventionierte, wenn auch in der Form einer engherzigen Vormundschaft. Zur Bedingung wurde gemacht: Vorheriges obligatorisches Ansuchen um Versammlungserlaubnis, Begrenzung der Mitgliederzahl auf 500 für anerkannte, auf 2000 für Gesellschaften öffentlicher Nützlichkeit, staatliche Ernennung der Präsidenten anerkannter Gesellschaften, Ausbreitungsbeschränkung auf gewisse Gemeinden, zwangsweise Deponierung von, Gesellschaftsfonds die 1000 resp. 3000 Frs. übersteigen in staatlichen Kassen. Infolge privater Leistungen der Ehrenausschüsse wurde es den Gesellschaften ermöglicht, auch Altersversorgungen zu gewähren.

Die einmal anerkannten Gesellschaften hatten das Recht, nach Herzenslust Tochtervereine zu gründen. Durch diese Zersplitterung wurde ihre Wirksamkeit stark herabgemindert. Gegen Ende des zweiten Kaiserreichs gab es ungefähr 6000 solcher Gesellschaften. Im Jahre 1889 zählte man deren allein in Frankreich 8500. Gegenwärtig existieren 16 000 anerkannte, 5000 freie und 22 Gesellschaften, denen der Charakter „öffentlicher Nützlichkeit“ zuerkannt wurde! Sie umfassen $4\frac{1}{2}$ Millionen Mitglieder mit Kapitalien in Höhe von 340 Millionen Mark. Trotz dieser enormen Gesamtsumme wäre es den Gesellschaften ohne hohe Staatssubventionen und anderer „außergewöhnlicher“ Unterstützungen nicht möglich, die von ihren Stiftungsbüchern gesteckten Obliegenheiten zu erfüllen.

Die erste staatliche Geldleistung waren 10 Millionen (27. März 1852), aus deren Zinsen gefährdete Gesellschaften gestützt werden sollten. Dieses Kapital wuchs durch seine Zinsen so an, daß im Jahre 1856 hiervon 160 000 M. für Gründung eines unveräußerlichen und unangreifbaren Fonds für Altersversicherung ausgeworfen wurden. An diesen Fond wurden aber so viele Anforderungen gestellt, daß er bald erschöpft ward. Im staatlichen Budget wurde darauf eine von Jahr zu Jahr sich steigernde Vorsorge getroffen, doch konnte nicht allen Ansuchen der Gesellschaften Rechnung getragen werden. Diese Subventionen stiegen bis zum Jahr 1880 auf 400 000 Mk.,

bis zum Jahr 1908 auf 2,100 000 Mk. Seit 1900 erhalten auch die nicht Altersversorgung betreibenden Gesellschaften eine Subvention von bis jetzt 300 000 Frs. Auch genießen die gegenseitigen Versicherungsgesellschaften Subventionen von den Departements und Gemeinden. Ein wesentlicher Zuschuß kommt endlich von Legaten. Von 1855—1903 wurden fast 3 Millionen Mark vermöge letztwilliger Verfügungen den Altersversorgungsfonds der anerkannten Gesellschaften hinterlassen und eine noch größere Summe den allgemeinen Fonds der Gesellschaften. Die Beiträge der Ehrenmitglieder haben allein bei den anerkannten Gesellschaften im Jahre 1903 über 2½ Millionen Mark betragen.

Im Jahre 1903 beließen sich denn auch die tatsächlichen Gesamteinkünfte aller Gesellschaften auf 41 Millionen Mk., während die Beitragsleistung der ordentlichen Mitglieder nur 24 Millionen ausmachte, ein Beweis dafür, wie großer Beihilfen aus öffentlichen Mitteln die Bewegung bedarf.

Das Gesetz vom 1. April 1898 hat die Wirkungssphäre der gegenseitigen Unterstützungsvereine wesentlich erweitert. Diese Gesellschaften, die, wie gesagt, bis dahin höchstens Alters- und Krankenversicherung betreiben durften, schließen heute mit ihren Mitgliedern auch Lebens- und Todesversicherungsverträge ab, bezahlen Sterbegelder, sowie Witwen- und Waisenpensionen. Sie können ferner Fachschulen errichten, Arbeit vermitteln, im Falle der Arbeitslosigkeit Unterstützungen gewähren; allerdings müssen sie in diesen drei letzteren Fällen separate Beiträge erheben.

Festgehalten wird, daß kein Verband das Recht hat, einzelnen Mitgliedern auf Kosten der andern Sondervorteile zuzuwenden. Die Gesamtheit der Vereine ist im Generalrat der „Vereine für gegenseitige Unterstützung“, der dem Arbeitsministerium angegliedert ist, durch 18 Mitglieder vertreten, während 18 andere Delegierte von der Regierung ernannt werden.

Alle diese neuen, von den Vereinen übernommenen Unterstützungsziele haben an ihre materielle Leistungsfähigkeit Anforderungen gestellt, denen nur zum Teil durch Erhöhung des Budgets Rechnung getragen werden konnte; im übrigen wurde der Staat zur finanziellen Hilfeleistung herangezogen und hat denn auch auf die Leitung der Vereine wesentlichen Einfluß gewonnen.

Der Staat kam seinen Verpflichtungen teils durch die oben erwähnten Subventionen, teils dadurch nach, daß er den Vereinen Steuer- und Stempelfreiheit gewährte. Haben die französischen Vereine auch keine so bedeutende Ausdehnung, wie die englischen „Friendly Societies“ mit ihren 7 Millionen Mitgliedern und ihrem Kapital von nahezu 800 Millionen Mk. gewonnen, so scheint die Zukunft dieser Wohlfahrtseinrichtung doch auch in Frankreich vollständig gesichert. Auch das kürzlich angenommene Gesetz über „Obligatorische Arbeiterversicherung“ ist weit davon entfernt, den Vereinen für Gegenseitigkeitsunterstützung zu schaden bietet vielmehr neue Möglichkeiten der Kombination mit den schon bestehenden Einrichtungen. Das Gesetz gewährt solchen Arbeitern, die zugleich Mitglieder beider Vereinigungen sind, bedeutende Privilegien und materielle Vorteile.

Dessenungeachtet werden gewiß manche Reformen erforderlich sein, um dieser mächtigen Organisation ungehinderte Entfaltung zu sichern. Insbesondere werden sich kleinere Gesellschaften mit größeren verbinden müssen, um an Verwaltungskosten zu sparen.



NEUE LITERARISCHE TENDENZEN

HERMAN KROEPELIN: ÜBER WALTHER RATHENAU: „MECHANISIERUNG“ (*).



INEN starken Druck übte in unserer weltwirtschaftlichen Entwicklung die ungeheure Volksverdichtung. Sie nötigte naturgemäß zur Erhöhung der Güterproduktion, und zwar zur Erhöhung der Produktion unter Ersparnis von Arbeit und Material. Der Weg dazu war Organisation und Technik. Das Ergebnis aber war: — die Mechanisierung der Welt.

Nicht mit einem Male. Aber mit der Güterproduktion fing es an. Der Hunger schob und drängte; die Organisation besorgte die Arbeitsteilung, die Häufung gleicher Arbeit, die Herbeischaffung der Masse zur rationellen Ausnutzung der Arbeitsfähigkeit: — das war die Mechanisierung der Produktion. — Die Funktionen des Besitzes wurden in allen ihren einzelnen Teilen für sich beweglich gemacht; die gleichgerichteten Funktionen angehäuft; Masse war der Besitz sich selbst: — und diese Mechanisierung des Besitzes nennen wir Kapitalismus. — Das Pflichtgefühl wird auf ein Spezielles konzentriert; gleichartige Objekte werden hinzugestellt; Übung ermöglicht ein immer größeres Quantum: — die mechanisierte Pflicht wird Verantwortung. — Zu welcher unglaublichen Spezialisierung hat die Organisation der Wissenschaft geführt! Nur die Registrierung kann noch das Gleichgerichtete zusammenfassen! Und in den Winkeln der Register staut sich die Masse unseres Wissens bergehoch: — die Mechanisierung der Wissenschaft liegt ihrer Natur nach noch besonders deutlich zutage. — Die „Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns“ wird mechanisiert zur Treuhand-Aktiengesellschaft; die Regierung wird mechanisiert zur Verwaltung; die Pädagogik wird mechanisiert in ihren Fachlehrern; der Mensch wird mechanisiert zum Bürger, zum Familienvater, zum Berufs- und Gewerbetreibenden, zum Radfahrer, zum Waisenrat, zum Geschworenen. Es gibt fast keine Tätigkeit mehr, die den Menschen nicht während dieser Tätigkeit in einen Kreislauf einschließt, der, durch Organisation eingerichtet, darnach in sich selber schwingt und kein anderes Maß in sich duldet, als sein eigenes. Auf ihrer eigenen Kreislinie kommt die mechanisierte Tätigkeit zu uns, wir geben unsern Stoß dazu, und sie läuft weiter. Den Anfang weiß man nicht, und das Ende auch nicht.

Das also wäre die Mechanisierung? — Nein! — Sie ist noch viel mehr! Sie ist die Leben und Existenz gewordene Sachlichkeit mit einer eigenen intelligiblen Funktion. Die äußeren Erfolge der Mechanisierung sind gar nicht das Wesentliche. Wenn wir auch diese Erfolge heut gar nicht mehr entbehren können; schon aus der Raison des Magens nicht; „das rückwärtsstürmende Getriebe würde alles Menschenwerk zerschmettern“, drückt Rathenau das aus. Aber das viel Wichtigere ist, daß wir durch Organisation etwas in sich Lebendiges geschaffen haben, ein „Es“, das nun in der Organisation vorwärts stürmt. Nehmen wir ein Beispiel: den modernen Kontoverkehr der Banken. Nachdem die Idee einmal Tat geworden war, breitet

(*) Walther Rathenau: „Zur Kritik der Zeit“. S. Fischer Verlag, Berlin.

sich der mechanisierte Betrieb von selbst aus; es kommt nichts weiter hinzu, als die immer größere Masse, und es entsteht in dieser Mechanisierung eine unheimliche Macht. Es ist also in der Organisation eine intelligible Funktion lebendig, die sich selbständig vorwärts arbeitet. Und das ist das Wesen der Mechanisierung.

Von der sachlichen Seite her angesehen ergibt sich also einmal, daß der uns nur allzugut bekannte Kapitalismus nur eine Teilfunktion — und bei weitem nicht die wichtigste! — einer weit umfassenderen Idee ist; und weiter, daß die Mechanisierung ihr Eigenleben gerade dadurch gewinnt, daß die in ihr tätigen Menschen nur mit einer Teilkraft tätig sind, die genau der Anforderung der Sache entspricht und vor allem nicht die Farbe der Persönlichkeit haben darf. Der Kreis muß ohne Aufenthalt und unbeschwert weiter gleiten können. Je unpersönlicher die Kräfte einströmen, desto reiner vollendet sich der mechanisierte Kreis. Es soll nur die Sache gedeihen.

Aber hier stehen wir schon an der Überspannung, und schon bei der Betrachtung von der Sachseite her kommen wir zu Friktionen. Rathenau führt uns zu den Mechanisierungen im Gebiet der Kunst. Und hier können wir zuerst um die Ecke sehen; hier verwirrt nicht die aufgestapelte Masse; „die Mechanisierung nähert sich hier in Technik und Inhalt ihrer Werke indianischen Darbietungen“. Wir erinnern uns endlich, daß es sich in unserer Welt mehr noch, als um die Sachen, um die Menschen handelt. Sollen doch die Sachen unsertwegen da sein, nicht wir der Sachen wegen. Wie stellt sich dann, über die Futterfrage hinaus, für uns Menschen das Mechanisierungsproblem?

Durch das gesamte Dasein des Menschen schießen von allen Seiten die mechanisierten Kreise. Jeder Kreis erzwingt unsere Anteilnahme. Wir geben hierhin einen Kräftestoß und dahin. Und dafür beziehen wir nur unsern Anteil an der mechanisierten Produktion, nicht mehr? — Rathenau breitet unser gesamtes Leben aus; alle Arten der Mechanisierung werden nach Herkunft und Erfolg besprochen; auch von der menschlichen, der seelischen Seite. Und es wird festgestellt, wie im Rausch der Mechanisierung wohl das Intellektuelle, das Zählende, Wägende, Messende im Menschen sich gewaltig entwickelt hat, aber eben so offen wird nachgewiesen, daß alles Seelische verkümmert ist, alle Ideale gestürzt sind. Rathenau sieht sich dann die subjektiven Träger der Mechanisierung näher an. Und da eröffnet sich ein gewaltiges Bild: — das Bild von der Schichtung der Völker. Er schildert die furchtsame und zweckgerichtete Unterschicht und die mutige, zweckfrei sich fühlende Herrenschicht. Er weist nach, wie diese Unterschicht in der Mechanisierung ihre Kräfte häufte zur Deposidierung der Oberschicht, zur „Entgermanisierung der Welt“. Doch aus tausend mechanisierten Kreisen erwächst noch lange nicht eine Kugel, und bei aller Zweckhaftigkeit des Daseins wurde die innere Leere der Menschenseele immer grauenhafter. Und daß dann doch der Mensch nicht anzugehen wagt gegen diesen entsetzlichen Zustand! —

„Aber dieser Zustand ruht auf Vernunft!“ Die Mechanisierung ist eine Kraft, die sogar die Sprache „in zahllosen Formeln abstrakter Zusammenhänglichkeit“ so für sich in Besitz genommen, daß das Lallen der Seele einen dagegen nun erst recht lächern muß. Die Zeit hat alles nur für sich benutzbar, alles rationell gemacht. Die Zeit behauptet, sie hat ihren Sinn gefunden. Aber sie hat ihre Seele verloren. Die Kunst wird sie suchen müssen. Die germanischen Ideale freilich werden nicht wieder kommen, aber verjüngte Geschwister. Vielleicht, daß die neue Gleichmachung, nicht in der

Richtung der Arbeit, aber in der Art der Arbeit, in der gleichen Not, einen neuen Boden für die neuen Ideale hergibt.

Das sind in zusammenfassender Gruppierung die Ideen, in denen hauptsächlich die Bedeutung des neuen Rathenauschen Buches ruht. Die Ideen sind nicht in die Dinge hineingedacht; sogar die Form des Buches und die immer neue Nuancierung, in der die Gedanken auftreten, beweisen ihr Gewachsensein. Ihren Keim sehe ich schon in Rathenaus erstem Buche; aus dem sie dann in den Band der „Reflektionen“ übergingen, wo sie in einem nur zwei Seiten langen Aufsatz „Organisation“ vorgebildet sind. Aus der Fülle der zuströmenden Erscheinungen lösen sie sich dann immer klarer heraus und lassen uns der Erscheinungen Herr werden. Immer deutlicher erkennen wir im Gang der Untersuchung, daß das umfassende Prinzip die Subsummierung ohne Gewalt gestattet: — daß das Gefundene also wirklich ein Prinzip ist.

Rathenau hat das Buch Gerhart Hauptmann gewidmet, und ich kenne keine männlichere Widmung: — „Deinen Namen schreibe ich auf die erste Seite dieses Buches. Du weißt, ich habe gezögert, es zu veröffentlichen, weil zweierlei mir fehlt: die Ausführlichkeit, die der Leser von Betrachtungen verlangt, und die Überredungskunst des dialektischen Beweises, die ich nicht respektiere. Ich glaube, daß jeder klare Gedanke den Stempel der Wahrheit oder des Irrtums auf der Stirn trägt. Dir, Gerhart, habe ich stets geglaubt, ohne Beweis und ohne Umschweif.....“

Auch Rathenau hätte vielleicht Anspruch auf solchen Glauben? — —



CHRONIK

IM Banne des Eisens: Ein Ingenieur, Dr. Colin Ross, hat im Verlag der Lese, München, eine Reihe Skizzen erscheinen lassen, die dazu bestimmt sind, im Volke das Bewußtsein zu wecken, wie sehr die ganze Gegenwart im Banne des Eisens steht. Wie viel dem Eisen zu danken ist, was das Eisen bedeutet und was es heißen würde, wenn die Eisenvorräte der Erde einmal erschöpft sein würden. Dabei kommt Dr. Colin Ross auf die Herstellungsweise von Stahl und Eisen zu sprechen und schildert in lebendiger Weise eine Reihe der wichtigsten Fabrikationszweige. Die Skizzen sind gut ge-

schrieben und beweisen wieder einmal, welch unendlich dankbarer, selbst poetischer Stoff die „prosaischen“ Fabriken sein können. Allerdings verfällt auch Dr. Ross in den anscheinend unausrottbaren Fehler, die Dinge nicht durch ihre eigene Riesenhaftigkeit wirken zu lassen, sondern er holt seine Metaphern aus allen möglichen anderen Gebieten. Er spricht von einer Feuer„burg“, als ob ein Hochofen an sich nicht etwas ganz unvergleichbares wäre, etwas das selbständig beschrieben werden muß, als ein Gebilde der stärksten Gegenwart. Es ist wirklich unnötig, die Illusion durch Erinnerungen an das Mittelalter zu zerstören. Ross

macht genau das Gleiche mit der Feder, was die Ingenieure anstellten, wenn sie vor einen eisernen Bahnhof eine steinerne Burgfront klebten.

E. L.



Der Octopus: So heißt der erste Teil einer Folge sozialer Romane von Frank Norris, betitelt „Das Epos des Weizens“, die in Deutschland noch viel zu wenig bekannt sind. Der Octopus behandelt den Kampf der kalifornischen Weizenbauern mit dem Eisenbahnntrust. Der Octopus, das blutsaugende Ungetüm, das mit seinen Fangarmen alles umklammert, was ihm Nahrung geben kann, ist die Eisenbahn. Schon die beliebig erhöhten Frachtzölle bringen die Weizenbauern um den Ertrag ihrer Mühlen und nun kommt auch noch dazu, daß der Kaufpreis des Landes, das sie seit Jahren bebauen und auf das sie das Vorkaufsrecht haben, um das Zehnfache des ausbedungenen Preises emporgeschaubt wird. Damit ist ihr Ruin besiegt. Die Gerichte sind auf der Seite der Bahn; alle rechtlichen Mittel versagen. Man greift schließlich zu dem der Bestechung, um Kandidaten in die Eisenbahn-Kommission zu bekommen, die für die Weizenbauern stimmen. Auch das schlägt fehl, da die Bahn über höhere Bestechungssummen verfügt. Und nun von Haus und Hof vertrieben, kommt es zum Entscheidungskampf. Man greift zu den Waffen. Aber die Liga der Weizenbauern ist zu wenig organisiert, im entscheidenden Momente stehen die Anführer allein und fallen durch die Schüsse ihrer Feinde. Dies in dünnen Worten die eigentliche Fabel. Wie der erste Teil den Anbau, so hat der zweite den Umsatz des Weizens zum Vorwurf. „The Pit“, „die Getreidebörs“e, eine Geschichte aus Chicago. Der dritte blieb leider unvollendet,

da der Tod dem Autor die Feder aus der Hand nahm.

R. Handlirsch.



Bekenntnisse zur Gegenwart und Zukunft*) Dies Buch müht sich um die Nöte, die jedem heute am Herzen liegen: um die Wirrnisse der gegenwärtigen deutschen Kultur. Es will in allen Tätigkeitssphären des Geistes die bedeutsamen Erscheinungen herausholen und sie in den Zusammenhang des ganzen kulturellen Lebens stellen. So werden Querschnitte gelegt durch die Philosophie, die Literatur, das Theater, das Frauenleben, die Kunst unseres Zeitalters. Persönlichkeiten wie Rich. Strauss, Richard Wagner, Böcklin, Georg Simmel, Otto Brahm, Max Reinhardt treten auf, das Problem der modernen Decadence, des Verhältnisses von Persönlichkeit und Masse, des Schriftstellers in dieser Zeit wird gewürdigt. Doch das Buch begnügt sich nicht mit der Analyse der Tatbestände, vielmehr nimmt es zu allen Erscheinungen und Fragen Stellung von einer einheitlichen Lebensanschauung aus. Und diese Lebensanschauung ist ein energischer Kampf gegen all das Gleisnerisch-Hohle, Anmaßend-Leere, Krankhaft-Entartete, Überfeinert-Haltlose, Übergeistigt-Lebensarme, das in den verschiedensten Formen und unter den verschiedensten Masken in der Gegenwart wirksam ist. Und sie ist zugleich ein heißes Bekennen zu einer Philosophie des Starken, Einfachen, Gradlinigen, Differenzierten und doch Echten, des Geistes und der Sinne, des freudigen Enthusiasmus an der Schönheit dieser Erde, des Aufgehens der entwickelten Persönlichkeit im Ringe der Allgemeinheit. Von diesem

*) Friedrich Alafberg: Aufstieg. Bekenntnisse zu Gegenwart und Zukunft. Leipzig. Xenien-Verlag 1912.

Lebensgefühl aus sucht das Buch auch den Zusammenhang mit der deutschen Vergangenheit, vor allem mit der älteren Romantik, die ja nicht weniger das Erbe der Klassik vertrat als sie einem neuen Zeitalter der Menschheit den Weg bereitete. Darum ist es auch dem Andenken Friedrich Schleyes zugeschrieben.

Es liegt in der Natur des Unternehmens, daß das Buch Vollständigkeit weder erreicht noch erstrebt. Es ist ein aphoristisches Buch, muß es sein. Die Kompliziertheit des modernen Lebens und der modernen Seele lassen das Systemwerk nicht mehr zu. Der Essay ist an die Stelle der Kapitel getreten. Der Essay zugleich als Kunstform, wie ein

lebenswarmes, prophetisches Buch es fordert.

Viele werden in dem Buch zu viel Optimismus finden. Sie werden auf den Tiefstand des allgemeinen kulturellen Lebens, auf die Seelenopfer unserer innerlich verarmten Zivilisation, auf das Versagen der Religion hinweisen. Und sie werden die Ansätze zu einem besseren Morgen, die hie und da sich regen, als schüchterne Versuche kennzeichnen, deren Bedeutung man heute noch nicht werten könne. Ihnen ist entgegenzuhalten, daß das Buch nicht bloß ein Aufschürfen, In-die-Tiefe-Bohren, Nachgraben, sondern vor allem auch ein Wille ist.

Friedrich Alafberg.

